

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Wenn Rußland mit Impfstoff droht

Amtsantritte von US-Präsidenten sind keine heikle Angelegenheit. Unter DDR-Diplomaten soll es die Maxime gegeben haben: Jeder Neue im Weißen Haus ist eine Gefahr für den Weltfrieden. Das war im kalten Krieg, und es spricht Bände, daß heute dasselbe gilt.

Die maßlose Attacke Joseph Bidens, Wladimir Putin sei ein „Killer“, markiert die Rück-

mit dem werde eine „gewaltige Öffnung“ der Sowjetunion möglich sein.

Biden hat mit Putin ein Gegenüber von anderem Kaliber. Der US-Präsident verkörpert zudem persönlich den Niedergang der US-Vormachtstellung. Er war jener US-Senator, der den Schlächtereien des Westens in Jugoslawien, in Afghanistan und im Irak nicht nur zustimmte, sondern im Vollgefühl, nach 1991

die „einzige Supermacht“ zu sein, geradezu auf sie drängte. Diese Kriege haben die US-Hegemonie aber massiv untergraben. Biden unterschrieb nun zwar die Vereinbarung mit Rußland über die Verlängerung des „New Start“-Abkommens, des letzten großen atomaren Abrüstungsvertrages, aber bereits Ende Februar führte er sich mit einem illegalen Luftschlag auf Syrien so ein, wie es von einem frischgebackenen US-Präsidenten erwartet werden mußte – als Gefahr für den Frieden. Er setzt im Nahen



kehr eines „US-Falken“ ins Weiße Haus, wie „Monitor“ bereits kurz nach den US-Wahlen im November zeigte. Der Ausraster erinnert an Ronald Reagan, der am 11. August 1984 erklärte: „Meine amerikanischen Mitbürger, es freut mich, Ihnen heute mitteilen zu können, daß ich ein Gesetz unterschrieben habe, das Rußland dauerhaft für vogelfrei erklärt. Wir beginnen in fünf Minuten mit der Bombardierung.“

Ähnliches verkniff sich der eingefleischte Antikommunist wenig später. Er wußte bald, was er an Michail Gorbatschow hatte. Der besuchte im Dezember 1984, vier Monate vor seiner Wahl zum KPdSU-Generalsekretär, Großbritannien. Aus 2014 freigegebenen Dokumenten geht hervor, daß Premierministerin Margaret Thatcher und der Russe gut miteinander konnten. Sie berichtete an Reagan: „Ich fand ihn auf jeden Fall einen Mann, mit dem man Geschäfte machen kann. Ich mochte ihn tatsächlich.“ Reagan sprach 1990 von einem „Empfehlungsschreiben“ Thatchers für Gorbatschow. Sie hatte angekündigt,

Osten die Politik Donald Trumps am Rand eines Krieges fort. Der hatte übrigens kurz nach seinem Amtsantritt am 7. April 2017 mit 60 Tomahawk-Marschflugkörpern ebenfalls einen syrischen Militärflughafen beschießen lassen. Putin wies die Aggression damals kühl, aber energisch zurück.

Auf den „Killer“ reagierte der russische Präsident gelassen und etwas belustigt. Er wünschte seinem Gegenüber „Gesundheit“ und riet ihm, nicht von sich auf andere zu schließen. Dann allerdings holte er den russischen Botschafter aus den USA zurück, um – wie es in Moskau hieß – eine „irreversible Verschlechterung“ der Beziehungen zu verhindern. Klarer können Diplomaten kaum sagen, wie ernst die Angelegenheiten stehen. Bidens Kraftausdruck ging im antirussischen Propagandahagel, den der Westen auf seine Bevölkerungen prasseln läßt, fast unter: EU-Binnenkommissar Thierry Breton, der als Aufpasser des französischen Präsidenten in Brüssel vor die Nase von EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen gesetzt wurde,

erklärte, für den russischen Impfstoff Sputnik V gebe es in der EU „absolut keinen Bedarf“. Offenbar gilt russisches Vakzin bei einigen als Drohung wie einst sowjetische Panzer. Der Internationale Sportgerichtshof verbot fast gleichzeitig russischen Sportlern, die wegen angeblichen Staatsdopings bei Wettkämpfen im Ausland nicht für Rußland antreten dürfen, das Liebeslied „Katjuscha“ an Stelle der Nationalhymne zu singen. Und: Das mediale Dauergejaule um Herrn Nawalny hält an.

All das ist Begleitmusik zur imperialistischen Praxis. Am 22. März erließen EU, USA, Großbritannien und Kanada koordinierte Sanktionen gegen mehrere Länder, darunter erstmals seit 1989 gegen China. Am selben Tag reiste Sergej Lawrow zu zweitägigen Gesprächen mit seinem Amtskollegen Wang Ji dorthin. Vieles deutet darauf hin, daß etwas vorbereitet wird, das die Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis widerspiegelt. Zunächst teilten die Minister am 23. März mit, daß sich beide Länder vom westlich dominierten globalen Zahlungsverkehr abkoppeln werden, um ihr Sanktionsrisiko zu mindern. Eine Sensation. Am selben Tag hieß es sorgenvoll im Deutschlandfunk, daß in der BRD rund eine Million Arbeitsplätze vom Export nach China abhängen.

Arnold Schölzel

Aus dem Inhalt



Ostermarsch 2021	2
Bidens „Killer“-Bemerkung	3
US-Offensive in Afrika	4
Drohender Faschismus in Indien	5
Neuer Weltwährungspatron	7
Auf Blut gebaut	9
Vor 70 Jahren: Ethel und Julius Rosenberg hingerichtet	13
Kampfansage von oben	10
Regieren mit den Versagern	15
Wissenschaftliche Weltanschauung	17
Die NVA in der DDR	19
Zur Geschichte der KPF	21
Über ökonomische Gesetze	24
Der Holocaust von Gardelegen	27
Leserbriefe	29-31

Ostermarsch 2021

Berlin: Runter vom Sofa! Rauf auf die Straße!

Im Herbst wird eine neue Regierung gewählt. Parteien werben um unsere Stimme. Eine gute Zeit, unsere Stimmen zu erheben und die Weichen für eine friedliche Politik zu stellen.

Wir wollen:

- Keine Atombomber für die Bundeswehr und keine Atomwaffen auf deutschem Boden
- Keine Kampfdrohnen für die Bundeswehr und keine deutsche Unterstützung für US-Drohnen- und andere Militäreinsätze
- Keine 2 % des BIP für Militär und Rüstung
- Kein Schüren der Feindbilder Rußland und China und keine Aggressionspolitik

- Keine Militarisierung der EU
- Keine Rüstungsexporte
- Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr
- Macht endlich, was wirklich zählt:
- Konsequente Abrüstung
- Umstellung von Rüstungsproduktion auf zivile Produkte (Konversion)
- Entspannung und Dialog
- Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags
- Einhaltung des Völkerrechts
- Gelder und alle politischen und gesellschaftlichen Anstrengungen dahin, wo sie gebraucht werden: Gesundheit, Umwelt, Bildung, Soziales, Kultur

Auftaktkundgebung des Berliner Ostermarsches:

**Sonnabend, 3. April, 13 Uhr,
Rosa-Luxemburg-Platz**

Es sprechen: Giselherr Hickel (Niederländisch-ökumenische Gemeinde), Jutta Kausch (SchauspielerIn, Friedenskoordination Berlin), Yannick Kiesel (Naturfreunde Deutschland), Barbara Majd Amin (AG Frieden GEW Berlin), Ulrike Trautwein (Generalsuperintendentin Sprengel Berlin, Evangelische Kirche) Dominicus Vogl (ICAN)

Magdeburg: Bundeswehr giert

Bundeswehr giert. Kurzes Motto – klare Feststellung. Deutschlands Militär greift an. Das Verteidigungsministerium twittert ein Zitat des Bundeswehrgenerals Zorn: „Drohnen sind aus aktuellen und zukünftigen Konflikten nicht mehr wegzudenken.“ Damit meinen Ministerin Kramp-Karrenbauer und ihr General bewaffnete Drohnen. Bewaffnete Drohnen sind Angriffswaffen. Zweck ist unverkennbar nur die Tötung unliebsamer Personen. Wir können dies deutlich am NATO-Partner USA sehen. Der Partner nennt die ermordeten Personen anschließend Terroristen. Dabei ist es die Bewaffnung der Drohne, die den Terror verursacht. Wer in einem Gebiet lebt, über dem die Drohne schwebt, spürt die ständige Gefahr: Ich kann ohne Vorwarnung das Opfer eines Angriffs werden. Kein Tag, keine Stunde ohne Angst! Manche Bedrohte werden depressiv, manche flippen aus. Für welchen aktuellen Konflikt will die Bundeswehr die Angriffsdrohnen einsetzen? Denkt Herr Zorn dabei an Mali oder Afghanistan? Wo will er zukünftige Konflikte sehen? Denkt er an Ziele in Rußland oder in China? Militär, das ständig dabei ist, sich selbst zu begründen, macht sich seine Feinde.

Die Bundeswehr giert nach Fläche.

Bereits im August 1994 erfolgte ihre Landnahme eines 232 Quadratkilometer großen Geländes aus unserer Colbitz-Letzlinger Heide. Mindestens aus dem südlichen Teil sollte sie nach politischen Verhandlungen wieder abziehen. Die Bundeswehr verblieb aber beharrlich auf dem annektierten Terrain. Eine Bundeswehr zieht sich nicht zurück. Sie bastelt sich statt dessen ihre Lobby. So knickten die hiesigen Landespolitikerinnen ein. Mit ihnen die Landespolitiker. Sie beharrten nicht mehr auf dem ehemals unterzeichneten Heidekompromiß.

Das Zwischenergebnis ist ungehemmter Kriegsübungsbetrieb. Jetzt noch auf einer durch die Manöverstadt Schnöggersburg zusätzlich versiegelten Fläche. Alles über einem natürlichen Trinkwasservorkommen. Bundeswehr zerstört Natur.

Die Bundeswehr giert nach Nachwuchs.

Die Bundeswehr kommt in die Schulen. Nur auf Einladung, aber sie wird oft eingeladen. Ihre Jugendoffiziere reklamieren für sich, daß sie nicht werben, aber informieren dürfen. Die Information ist einseitig – also Werbung. Der erste Generalinspekteur rief den Tätigkeitsbegriff „Jugendoffizier“ vor 63 Jahren ins Leben. Er umriß als ihre Aufgabe, „eine allgemeine Wehrbereitschaft bei allen Teilen der Jugend durchzusetzen“. Dieser General hieß Heusinger und war zuvor Wehrmachtsgeneral. In der Tradition der Wehrmacht will sich die Bundeswehr aber nicht sehen. So motivieren Jugendoffiziere heute die Schüler, sich an das Karrierecenter der Bundeswehr zu wenden. Dort besteht die Macht des Augenblicks, sie ergreifend zu influenzieren. Den Rest an Wankelmütigkeit der Geköderten beseitigen fetzige YouTube-Videos und anlockende Plakate. Diese hängen überall in Magdeburg. Hier residieren Jugendoffiziere und Karrierecenter unter derselben Adresse. Kein Zufall.

Die kalten Krieger können es nicht lassen. Nicht Deutschland, sondern Honduras hat als 50. Mitgliedstaat der UN den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen ratifiziert. Damit ist das UN-Atomwaffenverbot im Januar 2021 in Kraft getreten. Deutschland will nicht Teil dieses Vertrages sein, weil die NATO es nicht will. Die Bundeswehr bleibt seit über 60 Jahren Funktionsträgerin der nuklearen Teilhabe. Sie stellt für die von den USA in Büchel/Rheinland-Pfalz vorgehaltenen

20 Atombomben die Trägerflugzeuge und die Piloten.

Die Bundeswehr giert nach exorbitanten Investitionen.

Militärausgaben sollen als fixer Prozentsatz des Bruttoinlandprodukts festgesetzt werden. So wollen es die deutsche Regierung und die NATO. Diese Rüstungsausgaben werden dem Haushalt entnommen und so sozialisiert. Im Ergebnis sind es gigantische Umverteilungen an die Rüstungsindustrie, besonders die deutsche. Der Reichtum einzelner wächst schneller als die gesamte Wirtschaft. Die Spaltung der Gesellschaft verfestigt sich. Mit unheilvollen Folgen für das demokratische Zusammenleben. Die Demokratie ist im Kapitalismus zur Plutokratie geworden. Hier ebenso wie schon längst in den USA.

Strebst Du auch nach einer demokratischen Gesellschaft ohne tarnfleckige Gier? Dann schließe dich uns an!

Ostermarsch 2021 und 331. Friedensweg der Bürgerinitiative OFFENE HEIDE

**Ostermontag 5. April 2021, 11 Uhr,
Domplatz in 39104 Magdeburg**

Worte aus der Kirche durch Giselher Quast, Domprediger i.R., Entrée mit Lars Johansen, Kabarettist

Ostermarsch, begleitet mit Friedensliedern handgezupft und gesungen durch Jan Blümel

Zwischenkundgebung am Karrierezentrum der Bundeswehr, Am Buckauer Tor

Es spricht Daniel Lücking, Journalist

14 Uhr Kundgebung auf dem Domplatz.

Es sprechen Jenny Schulz, Die Linke, Magdeburg, Katrin Skirlo, DGB-Region Altmark-Börde-Harz

Gedanken zu Bidens „Killer“-Bemerkung

Obwohl Joe Biden Lob für seine bisherige Innenpolitik verdient, insbesondere für seinen 1,9-Billionen-Dollar-Rettungsplan, war seine Charakterisierung des russischen Präsidenten Wladimir Putin im nationalen Fernsehen als „Killer“ nur ein weiteres Indiz dafür, was sich leider als gefährlicher Trend in der Außenpolitik der neuen US-Administration zeigt. Während seine Innenpolitik radikal von dem abweicht, was wir in den USA in den letzten 40 Jahren gesehen haben, ist seine Außenpolitik die des gescheiterten Business as usual, des „Normalbetriebs“. Eine Fortsetzung der Politik der militärischen Vorherrschaft gegenüber der ganzen Welt wird zudem früher oder später eine Abkehr von progressiven innenpolitischen Prioritäten erfordern.

Gegenwärtig befinden wir uns in einer Welt, die es in den Reagan-Bush-Clinton-Tagen des Neoliberalismus nicht gab. Eine mehr und mehr spürbare Klimanotlage, eine unerwartet eingetretene globale Pandemie sowie auf sie folgende Superrezessionen und Depressionen lähmen viele Länder wirtschaftlich. Die Schere zwischen Arm und Reich geht von Tag zu Tag weiter auseinander. Lösungen für diese Probleme erfordern eine nie dagewesene internationale Zusammenarbeit. Es kommt daher zur Unzeit, daß der Präsident der Vereinigten Staaten den russischen Präsidenten als „Killer“ bezeichnet. Das spiegelt gefährliche Tendenzen in der US-Außenpolitik wider, z. B. den Einfluß des alten außenpolitischen Establishments, das eine so große Rolle dabei spielte, das gegenwärtige globale Chaos zu erschaffen. Die USA verfügen über fast 800 militärische Einrichtungen auf der ganzen Welt. Die neuen nationalen und weltweiten Realitäten erfordern den Abbau dieses Netzes von Basen. Dazu muß das Denken darüber geändert werden, was nationale Sicherheit ausmacht. Zunächst einmal werden die USA militärische Abenteuer rund um den Globus stoppen müssen, einschließlich der Konfrontation mit Rußland. Wladimir Putin als „Killer“ zu bezeichnen, während die USA Rußland entlang seiner Grenzen bedrohen, ist für die Neuordnung der Prioritäten kaum hilfreich. Ebenso wird die militärische Konfrontation der USA mit China im Südchinesischen Meer der notwendigen Neuordnung der Prioritäten überhaupt nicht förderlich sein.

Es gibt noch keinen wirklichen Hinweis darauf, daß Biden sich in Richtung eines Endes der Konfrontation mit Rußland oder China bewegt. In Afghanistan befinden sich die Vereinigten Staaten seit 20 Jahren im Krieg, Milliarden Dollar wurden für dafür ausgegeben und Biden signalisierte, daß die US-Truppen dort bleiben werden. Er versprach während des Wahlkampfes, das Atomabkommen mit dem Iran wiederzubeleben, das er als Vizepräsident mitverhandelt hatte. Er versprach auch, die verfassungsmäßige Rolle des Kongresses bei militärischer Gewaltanwendung wieder einzuführen. Aber statt dessen ordnete er als Präsident die

Bombardierung eines angeblich vom Iran unterstützten Außenpostens in Syrien an – gegen den Einwand demokratischer Senatoren. Darüber hinaus hat er den Rückzug



von US-Truppen aus Syrien verzögert. US-Truppen stehen daher weiterhin gegen den Willen eines souveränen Staates auf dessen Territorium.

Biden behauptete außerdem, er wolle als Präsident die US-Drohnenpolitik überprüfen, aber bisher kam es nur zu deren gezielteren Ausrichtung. Ein Anzeichen dafür, daß der Einsatz von Killerdrohnen alsbald beendet werden könnte, gibt es nicht. Er setzt die Unterstützung der USA für einen Regimewechsel in Venezuela fort, indem er unmenschliche Sanktionen verlängert. Sie zielen eindeutig darauf ab, die legitime venezolanische Regierung zu stürzen. Vergeblich haben die UN die USA aufgefordert, ihre grausame Blockadetaktik zu beenden, die dem venezolanischen Volk Medikamente und Lebensmittel verweigert.

Was die Außenpolitik gegenüber Rußland betrifft: Sachkundige Quellen gehen davon aus, daß die US-Regierung noch mehr Sanktionen und geheime Cyber-Aktionen gegen russische Institutionen genehmigen wird. Eine solche Entscheidung dürfte immer mehr und schlimmere Cyberangriffe beider Seiten auslösen. Langfristig wird das weder dem amerikanischen noch dem russischen Volk nützen. In bezug auf China hat Außenminister Antony Blinken die Beziehungen zu der Volksrepublik als „größten geopolitischen Test des 21. Jahrhunderts“ bezeichnet. Dabei geht die US-Regierung gleichzeitig wirtschaftlich und militärisch in Konfrontation zu dem Land, etwa durch Fortsetzung von Marinemanövern im Südchinesischen Meer.

Die Vereinigten Staaten können sich nicht auf die Klimakrise, Pandemie, weltweite Wirtschaftskatastrophen und auf eigene Probleme konzentrieren, wenn sie weiterhin Kriege, Regimewechsel sowie sonstige militärische Abenteuer durchführen.

Niemand behauptet, daß sich die US-Außenpolitik über Nacht radikal ändern kann oder geändert wird. Hoffnung besteht allein darin, daß die Biden-Administration gestützt auf das, was wir in der Innenpolitik sehen, zu einer besseren Ausrichtung kommt, wenn es um äußere Angelegenheiten geht.

Sie können, Herr Präsident, damit anfangen, sich nicht gegen die Russen in Stellung zu bringen. Das führt uns nirgendwohin.

Grundlage des vorliegenden Artikels bildet der Beitrag „Biden's 'killer' comment about Putin reflects obsolete foreign policy“ von John Wojcik auf der Website der Zeitung der KP der Vereinigten Staaten von Amerika „People's World“ vom 19. März 2021.

Redaktionelle Bearbeitung und Übersetzung durch Silvio Rossi



Karikatur: Klaus Stuttmann

Bidens Charme-Offensive in Afrika

Der neue US-Präsident Joseph Biden klinkte sich am ersten Februar-Wochenende in den Video-Gipfel der Afrikanischen Union ein. In seiner Rede versprach er eine „enge Partnerschaft in gegenseitigem Respekt“. Auf dem nächsten Gipfel hoffe er, persönlich anwesend sein zu können. Biden hat zu tun. Er muß den politischen Scherbenhaufen seines Vorgängers aufkehren, möchte dessen rassistische Beschimpfung aus dem Jahr 2018, Afrika sei ein „shit-hole“, vergessen machen. Was für ein Widerspruch: Nach der demaskierenden Präsentation der amerikanischen Version von „freedom and democracy“ anlässlich der US-Präsidentenwahlwahlen möchte er sich „engagieren, in die demokratischen Institutionen zu investieren“. Zugleich soll Afrika gegen die Covid-Pandemie und den Klimawandel unterstützt werden. Große Worte, doch die Hypothesen des „America first“ wiegen schwer. Um nur einige Beispiele anzuführen: Nachdem Donald Trump den WHO-Generaldirektor Tedros Ghebreyesus beschuldigt hatte, Chinas Politik in der Pandemie zu betreiben, wird Biden Zweifel ausräumen müssen, u. a. was die Unterstützung der globalen Covax-Impfstrategie betrifft, wobei die Wiederaufnahme der WHO-Beitragszahlungen nur ein erster Schritt sein könnte.

Es stehen international aber einige von Trump bisher blockierte Entscheidungen an, die Afrikanerinnen und Afrikaner betreffen. Die 66jährige frühere Finanz- und Außenministerin Nigerias, Vizepräsidentin der Afrikanischen Entwicklungsbank BAD und aktuelle Präsidentin der Impfstoff-Allianz Gavi, Ngozi Okonjo-Iweala, verblieb als einzige Kandidatin für die Nachfolge von Roberto Azevedo an der Spitze der Welthandelsorganisation WTO. Sie setzte sich verspätet gegen den Widerstand der US-Regierung durch, will sich vor allem für Subventionen zugunsten der afrikanischen Fischerei einsetzen und zeigen, daß multilaterale Verhandlungen erfolgreich sein können. Sie wird die WTO vor allem als System der Streitbeilegung reformieren und dabei zwischen China und den USA vermitteln müssen. Die USA haben Konfliktlösungen dadurch verhindert, daß sie unter Trump die Neuwahl für ausscheidende WTO-Richter boykottierten.

Akinwumi Adesina, der frühere nigerianische Landwirtschaftsminister, seit 2015 an der Spitze der Afrikanischen Entwicklungsbank BAD, konnte erfolgreich die Steine aus dem Weg räumen, die seine Wiederwahl im September 2020 verhindern sollten. Selbst eine von Trumps Finanzminister Steven Mnuchin veranlaßte Untersuchungskommission mußte anerkennen, daß die Vorwürfe von Mitarbeitern (Begünstigung, Managementfehler) unberechtigt waren. Fatou Bensouda, ehemalige Justizministerin in Gambia und seit 2004 Chefanklägerin am Internationalen Strafgerichtshof, wird samt Mitarbeiter mit US-Sanktionen belegt. Sie erdreistet sich seit 2017, Kriegsverbrechen

in Afghanistan ins Visier zu nehmen und dabei das US-Militär und die CIA nicht auszunehmen. Also wird ihr Akteneinsicht in den USA verwehrt.

Wird der US-Imperialismus seine Afrika-Strategie ändern? Oberflächlich ja, ver-glichen mit Donald Trumps Plumpheit verändert Biden Tonlage und Vokabular, zeigt diplomatisches Verhalten und wechselt „verbranntes“ Personal aus. Doch die Zielrichtung bleibt gleich: Roll back, um den gewachsenen politisch-ökonomischen Einfluß Chinas zurückzuschrauben. Vor allem geht es darum, die unvorstellbar hohen Sympathiewerte in Afrika für das chinesische Entwicklungsmodell umzudrehen. Und die Zeit drängt: Noch in diesem Jahr soll im Senegal das alle fünf Jahre veranstaltete Forum der chinesisch-afrikanischen Zusammenarbeit FOCAC stattfinden, auf dem partnerschaftliche Entwicklungsprojekte fortgeschrieben, Problemlösungen wie Kredite, Handelsdefizite etc. verhandelt werden. Bereits im Januar begann mit Uganda das Karussell der Wahlkämpfe, wo in Ländern wie Niger, Congo, Djibouti und Zambia an den Ketten neokolonialer Abhängigkeit gerüttelt wird, allerdings gleichzeitig auch die antichinesische Propaganda heißläuft. Seit 20. Januar 2021 ist Robert F. Godec der für Afrika zuständige US-Vizestaatssekretär. An ihm liegt es, von den Wahlen abgesehen „einige Kühe vom Eis“, sprich: ins westliche Lager zu holen.

So hatte es sich Präsident Trump im Nilwasser-Konflikt mit Äthiopien verscherzt, als seine „Vermittlung“ in den Rat ausuferte, Ägypten solle militärisch zuschlagen. Im Gebietsstreit mit dem Sudan droht Äthiopien, das durch den Sezessionskrieg mit Tigray geschwächt ist, zu unterliegen – erst recht, seit die USA den Sudan von der Sanktionsliste genommen hatte (im Gegenzug für die Anerkennung Israels).

Es gilt, die erkalteten diplomatischen Beziehungen zu Nigeria, der größten Ökonomie Afrikas, zu verbessern, nicht nur um zerbrochenes Porzellan zu kittieren, was BAD und die WTO-Kandidatur betrifft, sondern auch, um die militärische Kooperation nicht zu beeinträchtigen. Präsident Buhari wahrte sich gegen Einmischung und erwartet die Rücknahme von Trumps Bann gegen nigerianische Immigranten und die Kürzung von Hilfsgeldern.

Aber im Wesen wird sich die imperialistische Strategie der US-Regierung nicht ändern: Die Einkreisung Rußlands und der Volksrepublik China wird intensiviert. Die von Ost nach West, von Dschibuti bis zum Atlantik Afrika durchziehende militärische „Spicy Route“ („Scharfe Route“) von Africom-Operationsbasen soll den Kontinent beherrschen.

Nicht nur das Hauptquartier von Africom wird von Deutschland auf den Kontinent verlegt, auch die Einsatzkräfte sind zu „optimieren“, die Strategie gegen den Terror wird neu ausgerichtet, „rekalibriert“. So sollen US-Truppen in Somalia und im

Niger abgezogen werden, ein Wink mit dem Zaunpfahl, daß westlich geneigte Politiker im Wahlkampf unterstützt werden, vergleichbar mit der Drohung, die französischen Interventionstruppen Barkhane aus Mali abzuziehen.

Beispiel Kenia – ein Hauptfeld für Africom: Es führt in „strikter militärischer Koordination“ die Operationen gegen Al Shabab in Somalia. Als Gegenleistung erhielt Kenia 824 Millionen Dollar allein im Jahr 2018 an Militär- und Wirtschaftshilfe. Die US-Regierung griff auf einem Handelsgipfel 2018 tief ins milliarden schwere Füllhorn, um u. a. parallel zur chinesisch finanzierten populären Eisenbahnstrecke von Nairobi bis Mombasa eine Autobahn zu bauen und in einem Joint-Venture den US-Multis Bechtel, General Electric und IBM Großprojekte zu finanzieren. 400 Millionen Dollar zusätzlich geflossene Antiterrorausgaben sollen sich nun auszahlen, um das erste Freihandelsabkommen im subsaharischen Afrika an Land zu ziehen. Seit März 2020 laufen die Verhandlungen. Wird Präsident Uhuru Kenyatta dem koordinierten Druck von Weltbank, IWF und US-Administration widerstehen können?

Am 15. März 2018 hatte Kenyatta das zwei Jahre lang zwischen China und der Ostafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft EAC ausgehandelte Freihandelsabkommen zurückgewiesen, „um die heimische Industrie zu schützen“. Wird die jahrelange Propaganda fruchten, Kenia befinde sich in der chinesischen Schuldenfalle? Um das Lügen zu strafen, vereinbarten die kenianische und die chinesische Regierung ein Schuldenmoratorium. Einen Tag vor Fälligkeit des 1,4-Milliarden-Dollar-Kredits für die Eisenbahnlinie von der Hauptstadt Nairobi zur Hafenstadt Mombasa wurde die Tilgung über die nächsten sechs Jahre gestreckt, wurden die Zinsen erlassen. Einzige Bedingung: Kenia verpflichtet sich, den gesamten Schuldenbestand zu veröffentlichen.

Georges Hallermayer
Sarreguemines/Schwerte

Am 16. April begeht

Dr. Peter Elz

aus Königs Wusterhausen seinen 80. Geburtstag.

Mit dem ihm eigenen Durchhaltevermögen und politischer Standhaftigkeit ist es dem erfahrenen DDR-Ökonomen und „RotFuchs“-Autor ein Herzensbedürfnis – wie er selber sagt – „Visionen zu entwickeln über gangbare Wege in die Zukunft“. Dafür sagen wir Dank, lieber Peter, und wünschen Dir Kraft und Gesundheit für die kommende Zeit.

Schatten des Faschismus über Indien

„Menschen, seid wachsam!“ – dieser Ausspruch von Julius Fučík ist vielen bekannt, doch nicht jedem ist wohl bewußt, wie relevant die Worte des tschechischen Kommunisten und Schriftstellers nach wie vor sind. Denn die gesellschaftlichen Ursachen und Träger des Faschismus bestehen in jeder kapitalistischen Gesellschaft. Dies bedeutet, daß die Geister der Vergangenheit in neuer Form zurückkehren können. Das Kapital ist bereit, alles zu tun, um seine Vorherrschaft zu bewahren. Je prekärer seine Situation wird, je schärfer ihn seine Widersprüche zerreißen, desto unmenschlicher gebärdet es sich. Anzeichen dafür sind in verschiedenen Teilen der Welt sichtbar. Die herrschenden Klassen Brasiliens, Kolumbiens, der Vereinigten Staaten, der Ukraine, der Türkei und Israels unterdrücken zunehmend die Arbeiterbewegung und Teile der Linken in ihren Ländern. Indien nimmt in dieser Reihe einen besonderen Platz ein. Verschiedene Gründe, darunter das ethno-religiöse Umfeld, die Nachbarhaft zu China und die zunehmend stärkeren Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, machen das Land zu einem Testfeld für die reaktionärsten Praktiken. Vor dem Hintergrund der Verschärfung der innenpolitischen Lage und der internationalen Situation wird diese Rolle immer deutlicher.

Die Bauernproteste in Indien (siehe „RotFuchs“, Januar 2021) wurden durch die forcierte Deregulierung der Landwirtschaft und deren völlige Unterordnung unter den „freien Markt“ hervorgerufen. Private Unternehmen, die in der Lage sein werden, den Erzeugern ihre Bedingungen zu diktieren, treten an die Stelle des Staates. Die USA und der Internationale Währungsfonds unterstützten die Regierung dabei selbstverständlich. Doch es droht eine Katastrophe. Denn erstens ruiniert dies die Bauernschaft, welche die Hälfte der Erwerbsbevölkerung ausmacht, und zweitens gefährdet es die Ernährungssicherheit Indiens. Die Regierung Narendra Modis setzte die entsprechenden Gesetzesentwürfe im Parlament nur durch Nichtberücksichtigung der Stimmen aller kommunistischen Abgeordneten durch. Zudem wurden die Stellungnahme des Obersten Gerichtshofs, der die Reform aussetzen wollte, sowie die Stimmen der Regionen ignoriert. Einige indische Bundesstaaten erkennen deshalb die Legitimität der Schritte der Zentralregierung nicht an. Diese reagierte darauf mit dem Hinweis, daß man erst in ein oder zwei Jahren über die Reform diskutieren solle – wenn ihre Vorteile für alle offensichtlich sein würden. Das ist ein glanzvolles Beispiel dafür, welche Bedeutung den parlamentarischen und rechtsprechenden Organen im Rahmen des bürgerlichen Staatsbetriebs zugeordnet ist.

Auf Demonstrationen gegen die Gesetze reagierten die Behörden mit blanker Gewalt und dem Einsatz paramilitärisch ausgerüsteter Polizei. Demonstranten werden zudem unter der Anwendung eines Gesetzes aus der Kolonialzeit festgehalten, welches jahrelangen Gefängnisgewahrsam ohne Anklage

oder Kaution ermöglicht. Dies ist das Vorgehen in der „größten Demokratie der Welt“. Zeitgleich nutzen staatliche Behörden die Tatsache, daß ein großer Teil der Demonstranten einer religiösen Minderheitsbewegung angehört, dazu, ihnen separatistische Bestrebungen und Unterstützung aus dem Ausland vorzuwerfen – so stünden Pakistan und China hinter den Protesten. Hinzu kamen der Vorwurf, sie verunglimpften damit den Kampf um die Unabhängigkeit Indiens vom britischen Kolonialjoch. Zelte, in denen diese übernachteten, wurden mit Steinen und Molotowcocktails beworfen. Bei Gegenwehr der Insassen griff die bis dahin inaktive Polizei gegen die Angegriffenen mit Schlagstöcken und Tränengasgranaten ein.

Besonderer Haß richtet sich auch gegen Kommunisten und Linke. In den Publikationen der regierenden Bharatiya Janata Partei (BJP) werden diese als „Agenten Pekings“, „Feinde des indischen Volkes“, welche Massaker von Muslimen an Hindus duldeten, als „Schande des Landes“ und „Staatsfeind Nummer Eins“ bezeichnet. Darin spiegelt sich eine die gesamte Gesellschaft durchdringende Strategie der Irreführung und Verblendung wider, welche darin gipfelt, daß die Führung der rechts-extremen Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS), als deren politischer Arm die BJP gilt, behauptet, daß die indische Geschichte „von Europäern verzerrt“ sei und nicht nur etwa 5 000 Jahre zurückreiche, sondern bis in die Zeit der Entstehung der Erde. Zudem seien u. a. China, Japan und Sibirien angestammte Territorien Indiens.

Darüber könnte man lachen, wenn nicht auch konkretere Zukunftsziele genannt würden. So forderte RSS-Chef Mohan Bhagwat kürzlich den Anschluß Pakistans und Afghanistans an Indien. Sein Mitarbeiter Indresh Kumar nannte das Coronavirus „Chinas biologische Waffe“ und erläuterte, daß Indien die Verantwortung habe, die Welt von diesem illegitimen und gewalttätigen Nachbarn zu befreien. Zudem fördern staatliche Behörden diese Rhetorik. So sei die Bildung von BJP-nahen Regierungen in Nepal und Sri Lanka mit entsprechenden Maßnahmen forciert worden.

Der wachsende Grad der Aggressivität nach außen hängt direkt mit der Tiefe der Krise im Innern zusammen. Im vergangenen Jahr zeichnete Indiens Wirtschaft einen Rückgang um fast acht Prozent. Mehr als 100 Millionen Arbeitsplätze gingen verloren, die Einkommen der arbeitenden Inder sanken um durchschnittlich 17 Prozent. Die der Ärmsten sogar um ein Viertel. Dies hat zu einer Verdoppelung der Armut geführt – nach Angaben der Vereinten Nationen hungern 200 Millionen Menschen im Land. Gleichzeitig stieg das Gesamtvermögen der reichsten Inder um ein Drittel und Maßnahmen der Behörden verschärfen diese Ungleichheit noch. Im diesjährigen Haushalt wurden die Sozial- und Gesundheitsausgaben sowie die Nahrungsmittelsubventionen gekürzt, während gleichzeitig die Verteidigungsausgaben um 20 Prozent stiegen. Zudem wurden zur

Bekämpfung des stark gestiegenen Haushaltsdefizits Steuererhöhungen beschlossen – bei Gewährung neuer Vorteile für das Großkapital im Rahmen der Agrarreform.

Ein minimaler staatlicher Anteil wird nur in vier Industriezweigen bestehen bleiben: Kernenergie, Verteidigungsindustrie, Verkehrs- und Telekommunikationswesen sowie Bergbau. Dutzende Großunternehmen, darunter Banken, Energie- und Verkehrsunternehmen, sollen noch in diesem Jahr privatisiert werden. Privates Kapital wird zunehmend in das Bahnwesen, die Energieversorgung und das Gesundheitswesen fließen. Von den 30 000 Kliniken, die zum Covid-19-Impfprogramm zugelassen sind, sind 20 000 privat. Kündigungsfristen sowie Arbeitszeiten und sonstige Bedingungen wurden selbstredend auch „flexibilisiert“.

In einer Erklärung bezeichnete die Kommunistische Partei Indiens (Marxisten) entsprechende Initiativen als kolossalen Verrat am Volk und als Bedienung von Unternehmerinteressen. Entsprechend beteiligten sich Kommunisten aktiv an den Protesten und unterstützten z. B. im Bundesstaat Andhra Pradesh einen Streik in einem Stahlwerk. Dort wurden bei Protesten gegen die Privatisierung mehrere Gewerkschafter verhaftet. Ebenso solidarisierten sie sich mit streikenden Mitarbeitern eines Toyota-Werks im Bundesstaat Karnataka, die ohne Lohnerhöhung 20 Prozent mehr Autos als bisher produzieren sollten, sowie mit mehr als 100 000 Transportarbeitern, welche die Nachzahlung in den Pensionsfonds für die letzten fünf Jahre fordern.

Sollte es bei den anstehenden Wahlen in vier Bundesstaaten zu Niederlagen der Regierungspartei kommen, wäre ihre Dominanz in den Regierungen aller Bundesstaaten gebrochen. Daher bereisen derzeit Regierungsdelegationen und der Regierungschef selbst die betreffenden Staaten. Ob die Eröffnung von einem neuen Krankenhaus, Zuschüsse für die Arbeiter von Teeplantagen oder die Eröffnung einer neuen U-Bahn-Linie – es wird alles genutzt, um von eigenen Fehlern abzulenken, Chauvinismus zu fördern und alle möglichen Versprechungen abzugeben.

Ihre Hauptaufgabe sehen die Kommunisten darin, eine säkulare linksdemokratische Front zum Sieg zu führen. Bereits in drei Bundesstaaten wurden derartige Koalitionen gebildet. Sie waren in der Vergangenheit auch siegreich – trotz Gewalt und Einschüchterung. Ihre Wählerschaft sind vor allem Werktätige in den Fabriken und auf den Feldern. Nur ein darauf aufbauender Massenwiderstand in ganz Indien kann das reaktionäre Regime in seinem Wüten aufhalten.

Grundlage dieses Artikels bildet der gleichnamige Beitrag von Sergej Koshemjakin in der Prawda vom 12. März 2021.

Redaktionelle Bearbeitung und Übersetzung durch Silvio Rossi

Über die Inhaftierung von P. Stan Swamy SJ in Indien

Nach seiner oft widersprüchlichen Geschichte hat sich seit Mitte der 60er Jahre der Jesuitenorden mit seinem 1965 angetretenen Generaloberen Pedro Arrupe SJ (1907–1991) auf den Weg gemacht, den Einsatz für ihren christlichen Glauben mit dem Kampf für die Gerechtigkeit zu verknüpfen. Dieser wahrhaft christliche Einsatz kann in einer Gesellschaft, in der das Privateigentum die Herrschaftsstrukturen auf allen Ebenen der Gesellschaft bestimmt, nicht erfolgen, ohne, wie Arrupe SJ auf der 32. Generalkongregation 1974/1975 seinem Orden mit auf den Weg gab, einen Preis dafür zu zahlen. Einen solchen Preis zahlen seither viele Jesuiten weltweit. Beispielhaft ist Daniel Berrigan SJ (1921–2016), der wegen des Protests gegen den Völkermord der USA in Vietnam von den US-Behörden als erster katholischer Priester inhaftiert und als Kommunist verfolgt wurde. Diesen Preis zahlten mit ihrem Leben die Jesuitenpater Ignacio Ellacuría SJ (1930–1989), Ignacio Martín-Baró SJ (1942–1989), Segundo Montes SJ (1933–1989), Amando López SJ (1936–1989), Juan Ramón Moreno SJ (1933–1989) und Joaquín López y López SJ (1918–1989). Sie wurden zusammen mit der Köchin Elba

Julia Ramos (1947–1989) und ihrer Tochter Celina Maricet Ramos (1973–1989) im Auftrag des US-Imperialismus am 16. November 1989 in El Salvador ermordet. Den Preis des Kampfes um Gerechtigkeit zahlt in der Gegenwart auch der Jesuitenpater Stan Swamy SJ (geb. 1937) in Indien.

Indien gilt unter vielen westlichen Intellektuellen, die nach einem Sinn ihres Lebens suchen und nicht in der Lage sind, ihrem Leben einen Sinn zu geben, als Land der Sehnsucht. Sie lassen sich von einem nicht hinterfragten Mystizismus in Indien und von der ihnen fremden Seele des indischen Volkes faszinieren. In den 70er Jahren hat der indische Philosoph Osho (1931–1990) in der Bundesrepublik Deutschland großen Zulauf gehabt. Die sich mit roter Bekleidung uniformierende Sannyas-Bewegung rekrutierte sich aus eher linksintellektuellen, finanziell meist gut situierten Schichten und wurde von der Bundesrepublik hingenommen, weil der Protestbewegung gegen die deutsche Aufrüstung und revanchistische Politik mögliche Bündnispartner wegfielen. Die Sannyasins wurden deshalb in der Bundesrepublik nicht mit Berufsverbot belegt oder sonst irgendwie diskriminiert, sie waren eben keine Kommunisten.

Die Völker Indiens sind seit Jahrhunderten in den Fesseln der Religion. Das Kastensystem

in Indien wurde vom Hinduismus sanktioniert und gefestigt.

Der vom italienischen Faschismus inhaftierte Marxist Antonio Gramsci (1891–1937) hat zu einem Artikel über die Religiosität Indiens des Orientalisten Giuseppe Tucci (1894–1984) in seine Miszellenhefte um 1930 notiert: „Es ist offensichtlich, daß in Indien angesichts der jahrhundertalten gesellschaftlichen Abgestumpftheit und der verknöcherten Schichtungen der Gesellschaft



und, wie es in allen großen Agrarländern der Fall ist, angesichts der großen Menge von mittleren, insbesondere klerikalen Intellektuellen, die Krise sehr lange anhalten und eine große Revolution notwendig sein wird, damit es zum Anfang einer Lösung kommt“. Die indische Unabhängigkeitsbewegung wurde mit seinem Führer der nationalen Bourgeoisie Mahatma Gandhi (1869–1948) und dessen Mitstreiter Jawaharlal Nehru (1889–1964) weltweit beachtet. Die Befreiung Indiens 1947 aus der britischen Kolonialherrschaft bedeutete für die weit überwiegende Mehrheit der heute 1,3 Milliarden Menschen aber nicht eine Befreiung aus Armut und der damit verbundenen Unterdrückung. Die durch den Gandhismus verklärte Gewaltlosigkeit wurde für die Durchsetzung gesellschaftlicher Perspektiven zu einem Hemmnis. Den englischen Imperialismus hatte die Industrialisierung von Indien nicht interessiert, er zerstörte vielmehr die nichtlandwirtschaftliche Produktion. Im Laufe des 19. Jahrhunderts wurden Millionen von Indern aus ihren Gewerben in die Landwirtschaft vertrieben. Nach der Befreiung vom Kolonialismus erfolgte nach kapitalistischen Vorgaben die industrielle Entwicklung. Nehru hat in jungen Jahren die revolutionären Errungenschaften der Sowjetunion aufmerksam beobachtet. 1928 hat er über die Befreiung der

Frauen in der Sowjetunion in einer indischen Zeitschrift einen eigenen Artikel geschrieben, daß „die neue Ordnung den alten Boden tief aufgebrochen (hat), und in Turkestan, Jakutien und Aserbaidschan, wo die Frauen bis vor kurzem noch abgeschlossen hinter einem Vorhang saßen, sitzen diese heute gleichberechtigt mit den Männern in den Räteversammlungen der Republiken“. Aber Nehrus Blick auf die Sowjetunion hatte für das indische Volk keine konkreten Ergebnisse

gebracht. Der Schweizer Sonderberichterstatter der UNO Jean Ziegler (geb. 1934) stellt in seinem auch dem Andenken des Menschenrechtsaktivisten aus dem Jesuitenorden Michel Riquet SJ (1898–1993) gewidmeten Buch „Wir lassen sie verhungern“ fest: „Ein Drittel aller in Indien geborenen Kinder sind untergewichtig, was darauf schließen läßt, daß auch ihre Mütter stark unterernährt sind. Jedes Jahr erleiden dort Millionen Säuglinge infolge von Unterernährung irreparable Hirnschäden, und weitere Millionen Kinder unter zwei Jahren verhungern“.

Dazu gibt es gigantischen Reichtum wie im fruchtbaren Distrikt Shivpur, der von einer Kaste besonders mitleidloser Großgrundbesitzer beherrscht wird. Weil die Völker Indiens

versuchen, aus dieser Dialektik von einem wahrhaft teuflischen Reichtum Weniger verursachten Armut zu gelangen, nehmen in der Gegenwart die Tendenzen nicht zuletzt vom Hindu-Extremismus zum offenen Faschismus zu. Morde sind an der Tagesordnung, Moscheen werden zerstört, die Welt schaut zu.

Der indische, von der Befreiungstheologie inspirierte Jesuit Stan Swamy SJ (*1938) steht an der Seite der Armen und Unterdrückten. Er ist seit dem 8. Oktober 2020 schon mehr als hundert Tage mit anderen indischen Menschenrechtsaktivisten in Haft. Es wird ihm vorgeworfen, er habe kommunistische bzw. maoistische Bewegungen unterstützt und sei deshalb ein gefährlicher Aufrührer. Pater Stan Swamy SJ setzt sich seit vier Jahrzehnten schon vor allem für die Rechte der indigenen Völker in Jharkhand, Chattisgarh und Madhya Pradesh mit Mut und Herz ein. Die Solidaritätsbewegung für diesen Zeugen der Gerechtigkeit muß über die Gesellschaft Jesu hinausgehen und zu einer Priorität werden. Es wäre das auch ein Signal zur Änderung der globalen gesellschaftlichen Verhältnisse.

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler

Quelle: Zeitung der Arbeit, 20. Januar 2021

Neuer Weltwährungspatron

Der Yuan schwächt den US-Dollar

Auf dem Treffen der Biden-Administration und der chinesischen Regierung am 18. und 19. März in Anchorage, US-Bundesstaat Alaska, ließ Washington die Maske fallen. Mit ungewöhnlich scharfen Worten attackierte US-Außenminister Antony Blinken seine chinesischen Gäste. Chinas Außenminister Wang konterte: „Wir erwarten von den USA, daß sie verstehen, daß die Volksrepublik China fest entschlossen und in der Lage ist, ihre fundamentalen Interessen zu schützen.“ Das ist deutlich.

Wochen zuvor erschien unter der Überschrift „Der Yuan schwächt den US-Dollar“ auf „teleSUR“ ein interessanter Beitrag des brasilianischen Politologen Tullio Ribeiro. Darin ging es um den Wettstreit der führenden Weltmächte USA und Volksrepublik China. Im aktuellen Fokus liegt der chinesische Aufstieg im Vergleich zur US-amerikanischen Stagnation. Es wird erwartet, daß sich die VR China in den nächsten zehn Jahren zur größten Volkswirtschaft der Welt entwickelt und die USA beim Bruttoinlandsprodukt (BIP) überholt. In der Position Kaufkraft in lokaler Währung hatte die asiatische Volksrepublik die Nordamerikaner bereits 2015 hinter sich gelassen. Und nicht zu vergessen: In Pandemie-Zeiten wuchs die chinesische Volkswirtschaft 2020 um 2,3 Prozent im Vergleich zum Jahr davor. Im vierten Quartal 2020 waren es sogar 6,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Das BIP erhöhte sich im gleichen Zeitraum um 4,9 Prozent.

Der chinesische Aufwärtstrend beweist die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den US-Amerikanern. Ein Beispiel dafür ist Huawei. Dieser globale Anbieter von Informations- und Kommunikationstechnologie ist führend in der Welt. 2020 befanden sich unter den 500 Hauptbetrieben laut der Zeitschrift „Fortune“ 124 chinesische (einschließlich Hongkong) und 121 US-amerikanische Betriebe. 1990 gehörte kein einziger Betrieb aus der VR China dazu. Der Vergleich läßt sich auf anderen Gebieten wie Verkehrswesen, Hochtechnologie und Infrastruktur fortsetzen. Während die USA ihre militärische Stärke aufbieten, um sich ihre Märkte zu sichern, treibt China den logistischen Komplex „Seidenstraße“ voran, um sich Schritt für Schritt in Asien und Europa zu integrieren und dort an Einfluß zu gewinnen. Zwischen 2011 und 2015 produzierte die Volksrepublik mehr Zement als die USA. Innerhalb von 15 Jahren baute sie mehr Wohnungen als ganz Europa hat. Das Straßennetz ist um 50 Prozent ausgedehnter als das der USA. China hat ein Eisenbahnnetz für Hochgeschwindigkeitszüge, das größer ist als das aller anderen Länder zusammen-

genommen. Die Erfolge Chinas sind das Ergebnis einer kontinuierlichen Regulierung des Entwicklungsmodells, das positive Wachstumsraten bei geringer Haushaltsverschuldung zum Ziel hat. Präsident Xi Jinping prägte im vergangenen Jahr den Begriff „Doppelte Zirkulation“. Man will einen starken Binnenmarkt aufbauen, um das Land vor der Bedrohung des wachsenden West-Protektionismus zu schützen. Die KP Chinas nennt das „Reform der Binnennachfrage“ mit zielgerichteten Maßnahmen, die im Fünfjahrplan von 2021 bis 2025 Vorrang haben. Die Familien sollen einen größeren Anteil am Nationaleinkommen erhalten.



Von Mitte des 18. Jahrhunderts bis zum Ende des 19. Jahrhunderts basierten die Währungen auf Münzen oder Banknoten. Das Fehlen von Investitionen und die Instabilität zwischen den Nationen führten zu einem neuen Zyklus. Gold wurde zum Patron. Zwischen 1914 und 1945, in der Periode zweier Weltkriege und der Weltwirtschaftskrise von 1929, veranlassten der außer Kontrolle geratene Währungskurs und die Instabilität zwischen den Nationen das Abgehen von diesem Modell. 1946 brachte der Bretton-Woods-Vertrag ein System, das dem Gold-Patron ähnelte. 1970 war Frankreich das erste Land, das seine Dollar-Reserven in Gold wechselte. Es gab damit anderen Nationen den Weg vor, dem diese dann auch folgten. Die USA verließen daraufhin am 15. August 1971 einseitig und ohne Vorankündigung den Bretton-Woods-Vertrag.

Zur Zeit zeichnet China seine zukünftigen Kaufverträge in Yuan mit der Option der Konvertierbarkeit in Gold. Seine Führungsrolle auf dem Weltmarkt mit den großen Goldreserven und der Mehrheit der US-amerikanischen Schuldtitel in der Tasche, ermöglicht der Volksrepublik diesen Kraftakt. Aktuell sind die Chinesen die größten Kunden des Planeten. Sie können deshalb immer mehr den Yuan einsetzen. Daraus folgt, daß die Nachfrage nach dem US-Dollar von Jahr zu Jahr zurückgeht. Viele Partner Chinas vollziehen ihre Transaktionen in nationalen Währungen.

Die Welt wird Zeuge eines neuen Währungspatrons. Guo Weimin, wissenschaftlicher Chef der Bank Chinas meint, daß in diesem historischen Prozeß die wirtschaftlichen Herausforderungen, verursacht durch die Pandemie des Corona-Virus, die Dringlichkeit erhöht haben, daß die chinesischen Betriebe die digitale Währung nutzen. Obwohl kein offizieller Kalender für den Start der souveränen digitalen Währung Chinas vorliegt, hat die Volksbank Chinas die Absicht, den „e-yuan“ als elektronisches Zahlungsmittel vor den Olympischen Winterspielen im Februar 2022 in Beijing zu starten. Guo sprach auch davon, daß der prinzipielle

Vorteil des e-yuan-Systems in der Fähigkeit besteht, den Bargeldfluß zu „durchkämmen“ und die Einhaltung der Finanzregulierungen zu vereinfachen. Ein weiteres Beispiel: Die Risikoinvestitionen auf dem Immobilienmarkt, die nicht in den Originalplan eines Projekts passen, können mit Hilfe der digitalen Währung besser überwacht werden. Die digitale Währung bietet jedem Wirtschaftsbereich und jeder Regierung eine größere Haushaltskontrolle und eine bessere Wahrnehmung einer herannahenden Krise oder Finanzspekulation.

Der Wettstreit zwischen den USA und der VR China ist in Lateinamerika in vollem Gange. Er hat gleiche und verschiedene Zielpunkte. Die Chinesen betrachten Asien als ihr Aktionsgebiet. Ihr Blick auf Lateinamerika ist mehr wirtschaftlicher als politischer Natur. Die US-Amerikaner sind jedoch der Auffassung, daß sie auf Lateinamerika nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch politischen Anspruch haben, den sie verteidigen müssen ... Die Geschichte kennt unzählige Aktionen der USA, um sich in Mittel- und Südamerika einzumischen. Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg war der guatemaltekeische Präsident Jacobo Arbenz Opfer einer Invasion und eines Putsches, weil er auf dem Bodenbesitz des US-amerikanischen Unternehmens United Fruit Company eine Agrarreform durchführen wollte. Es ist noch nicht bekannt, welche Priorität die Biden-Regierung Lateinamerika beimessen wird. Die Zusammenarbeit mit China ist für Lateinamerika und die Karibik eine Möglichkeit der Entwicklung des Subkontinents. Die US-amerikanische Kurzsichtigkeit beim Umgang mit den lateinamerikanischen Ländern erhöht die Aussicht auf deren Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China, die eine Neokolonalisierung ausschließt. Die natürlichen Ressourcen des Subkontinents würden an Wert gewinnen.

In der ersten Woche 2021 erreichten Chinas Devisenreserven den vorläufigen Gipfel von 3,21 Billionen US-Dollar. Ein Kapital, das

die Volksrepublik in Projekte investieren kann. Die VR China ist bereits der Haupt-handelspartner Brasiliens und der zweitgrößte Handelspartner Argentiniens. Beide Länder waren vor einigen Jahren noch Gefangene der Märkte der USA. Bolivien hat große Reserven an Erdgas und Lithium, das für Fahrzeug-, Informations- und Kommunikationstechnologien wichtig ist. Die Projekte der Infrastruktur, der Förderung neuer Energiequellen und der Energieverteilung können mit chinesischer Finanzierung rechnen. An Stelle von Anleihen mit hohen Zinsen wird es möglich, Produktionsketten zu entwickeln, in denen die integrierten Unternehmen an den Gewinnen beteiligt sind. Die Aufwertung des Yuan in der Handelsbilanz kann für die Länder Lateinamerikas sehr nützlich sein. Sie wären so in der Lage, Fabrikzeugnisse und Maschinen

in der gleichen Währung einzukaufen, in der sie die lateinamerikanischen Produkte verkaufen. Das macht den US-Dollar überflüssig. Ein weiterer Aspekt, der dem Kontinent nützlich sein kann, ist die zeitnahe Einführung des e-yuan. Obwohl es noch kein Datum gibt, besteht die Absicht, ein Modell der internationalen und nationalen Transaktionen mit mehr Steuersicherheit einzuführen. Es ist Praxis der reichen lateinamerikanischen Unternehmen, ihre Reserven in Steuerparadiese zu überweisen. Damit reduzieren sie die Einnahmen des Staates und seine Fähigkeit, die Außenverbindlichkeiten zu bezahlen. Seine Steuerpflichtigen aber haben Schwarzgelder in den Ländern des Nordens.

In der Geschichte hat es immer Formen von Allianzen gegeben: Das römische Reich, das spanische Kolonialreich, das

englische Handelsimperium, das Paktsystem der USA ... Die US-amerikanische Krise und die Art und Weise, wie sie bewältigt werden soll, schaden der Welt. Die großen Reserven Chinas könnten eine neue Welle der Entwicklung auslösen. Lange Zeit war Lateinamerika nur ein Rad im Getriebe des Neokolonialismus. Es zahlte dem Norden hohe Zinsen und verkaufte ihm Agrarzeugnisse zu niedrigen Preisen. Im Verbund mit der VR China könnte sich das ändern. Die Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC) bekäme kräftige Impulse. Das Forum CELAC-China besteht bereits seit sechs Jahren.

Wolfgang Herrmann
Dreesch

gestützt auf den Beitrag von Tulio Ribeiro in „teleSUR“

Komitee „27. Februar“ in Italien gegründet

Unter dem Motto „Gegen EU, Euro, NATO und ihre Draghi-Regierung! Kampf für Frieden, internationale Zusammenarbeit und ein Italien der Arbeiter!“ wurde am 8. März ein Bündnis von sieben Parteien und gesellschaftlichen Organisationen, darunter die 2009 gegründete und mit der KKE eng verbundene Partito Comunista, gebildet. Zuvor hatten am 27. Februar gleichzeitig in mehr als 20 Groß- und Mittelstädten Demonstrationen gegen die Einsetzung der Regierung unter der Führung des früheren Chefs

der Europäischen Zentralbank stattgefunden. Unter den schwierigen Bedingungen der Pandemie gingen Tausende Arbeiter, Angestellte, Arbeitslose, Studenten sowie Intellektuelle auf die Straße. Sie bekundeten neben Teilen des Kleinbürgertums aus Handel, Handwerk und anderen Klein- und Kleintunternehmen ihre Unzufriedenheit mit der bisherigen Pandemiepolitik der Vorgängerregierung Conte sowie mit der Einsetzung Mario Draghis als Verwalter der Interessen der BRD-geführten EU. Die

sonst übliche Mauer des Schweigens konnte ob der Breite und Größe der Proteste überwunden werden, so daß alle größeren Medienanstalten des Landes über die Demonstrationen berichteten.

Die Teilnehmer und Bündnispartner betonten, daß es ihr Ziel sei, die bestehende Spaltung der Arbeiterklasse und ihrer Bewegung zu überwinden, dem Verlust einst erkämpfter sozialer Rechte und Errungenschaften entgegenzutreten sowie eine starke und geeinte Opposition aufzubauen. Erst damit könnte auch der Beeinflussung durch Medien, reformistische Parteien und Gewerkschaften sowie der katholischen Kirche entgegengewirkt werden.



Eine nach der Einbindung in staatliche Strukturen gewendete Opposition sei dabei ein ebenso abschreckendes Beispiel wie die letzte von der EU installierte Regierung unter Mario Monti. Zudem sei Opposition angesichts der italienischen Realität 2021 nötiger denn je: Gegenwärtig sind etwa elf Millionen Menschen arm, zehn Millionen arbeitslos, darunter 52 Prozent der jungen Menschen. Der durchschnittliche Lohn beträgt in einigen Regionen etwa 700 Euro, der gesamten Mittelschicht droht Armut, die Unterschiede zwischen armen und reichen Regionen wachsen ähnlich wie in der BRD und vergrößern sich enorm. International wolle man sich gegen die von der neuen US-Administration unter Joseph Biden forcierte Einkreisung der Russischen Föderation als auch der Volksrepublik China wenden.

Silvio Rossi



Mario Draghis

Quelle: <https://www.m-48.it/2021/03/nasce-il-comitato-27-febbraio/>

Auf Blut gebaut

Der indonesische Massenmord, die Geopolitik und das Gedächtnis des Westens

Mit seinen schneeweißen Stränden, dem türkisblauen Ozean und von Palmen gesäumten Dörfchen gilt die Küste Balis als paradiesisches Ferienziel. Was bis heute wohl die allerwenigsten wissen, die sich hier Cocktail schlüpfend auf Strandliegen räkeln: Die Insel im Osten Indonesiens war Schauplatz eines der brutalsten Verbrechen des 20. Jahrhunderts. Zwischen 1965 und 1966 wurden im Land etwa eine Million Menschen umgebracht, häufig mit Beilen und Knüppeln. Der von der US-Regierung unterstützte antikommunistische Massenmord findet heute wenig Beachtung – weil er so „erfolgreich“ war. Denn die geplante Vernichtung unbewaffneter Linker sollte weitere Putsch und Massaker rund um die Erde inspirieren und Washington so einem Triumph im Kalten Krieg entscheidend näherbringen. In seinem großartigen, bisher nur auf Englisch erschienenem Buch „The Jakarta Method“ zeichnet der US-amerikanische Journalist Vincent Bevins dieses fast vergessene Kapitel nach.

Die drittgrößte KP der Welt

In den 50er Jahren war die Kommunistische Partei Indonesiens (PKI) eine wichtige Kraft in dem südostasiatischen Inselstaat, in dem der antikoloniale Reformler Sukarno seit der Unabhängigkeit 1945 Präsident war. Die PKI hatte ein pragmatisches Verhältnis zu dessen Regierung. Einerseits unterstützte sie viele Initiativen des „linksgerichteten Dritte Welt-Nationalisten“, andererseits verfolgte sie eine eigenständige Politik. Die Partei wuchs Ende der 50er Jahre rasant an, weil sie viele Verbesserungen für die arme Landbevölkerung erkämpfen konnte, straff organisiert war und als wenig korrupt galt. 1965 hatte die Partei mehr als drei Millionen Mitglieder und war damit die drittgrößte kommunistische Partei nach ihren Pendants in der UdSSR und China.

Die PKI, aber auch der Linksnationalist Sukarno, waren für die USA eine Provokation. Seit dem Zweiten Weltkrieg setzte Washingtons Außenpolitik zunehmend auf einen aggressiven Interventionismus. In Guatemala und Iran orchestrierte die CIA Staatsstreich – und nahm selbst in europäischen Staaten wie Italien und Frankreich Einfluss, um die populären kommunistischen Parteien zurückzudrängen. Indonesien aber spielte eine ganz besondere Rolle: Das viertgrößte Land der Welt durfte nicht in linken Händen bleiben. Ein Plan mußte her.

1958 scheiterte ein erster, von der CIA unterstützter Putschversuch. Danach kam es zu einem Strategiewechsel: Die USA unterstützten den Aufbau einer antikommunistischen Front im Militär. In Medien kolportierte Verschwörungserzählungen erzielten ihre Wirkung: Binnen kurzer Zeit flammte ein für das Land völlig neuer, fanatischer Antikommunismus auf.

1965 wurde die PKI verboten, Präsident Sukarno faktisch entmachtet und 1966 der General Suharto eingesetzt, der als US-amerikanischer Vasall gelten muß. Im Oktober 1965 begannen die Massentötungen. Hunderttausende, unbewaffnete Menschen waren plötzlich vogelfrei. Ihr „Verbrechen“: vermeintliche oder tatsächliche Mitgliedschaft in oder Unterstützung der PKI. Rund eine Million unschuldige Menschen wurden innerhalb von sechs Monaten ermordet, Millionen weitere in Konzentrationslager interniert, gefoltert und zu Zwangsarbeit verdammt. Ausgeführt wurden die Massaker von verschiedenen Gruppierungen – islamische Milizen, Paramilitärs – unter den Augen der untätigen, oft auch aktiv beteiligten offiziellen Sicherheitsorgane. Das Morden gewann eine solche Dynamik, daß auch ganz normale Menschen mitmachten. Die USA sahen dabei nicht nur wohlwollend zu. Die CIA versorgte die indonesischen Dienste mit Listen Verdächtigter, half bei der Waffenbeschaffung und stellte Kommunikationsmittel zur Verfügung.

Jakarta war fast überall

Die Ereignisse in Indonesien nennt Bevins einen „Tsumani, der jeden Winkel der Erde erreichte“. Auch in anderen Regionen wurden linke und progressive Regierungen mit Hilfe der CIA gestürzt und an ihrer statt rechte Generäle eingesetzt. Neben Indonesien spielte dabei vor allem Brasilien eine wichtige Rolle für Washington. Mit Hilfe der USA putschte dort 1964 das Militär den Linksnationalisten João Goulart aus dem Amt. Die antikommunistische Legende, die als Rechtfertigung diente, ähnelt den Geschichten, die nur ein Jahr später in Indonesien in die Welt gesetzt werden sollten. Nach dem jeweiligen Umsturz standen beide Länder in engen Beziehungen; brasilianische und indonesische Offiziere wurden gemeinsam in US-Stützpunkten ausgebildet. Die brasilianische Junta sprach intern ausdrücklich von einer „Operation Jakarta“, von einer physischen Vernichtung des Kommunismus im Land. Daß das in Brasilien letztlich nicht mit der gleichen Vehemenz wie Indonesien umgesetzt wurde, ist auf interne Richtungsstreits zurückzuführen. Für die USA waren Indonesien und Brasilien wegen ihrer Größe und geostrategischen Lage die wichtigsten Brückenköpfe einer antikommunistischen Allianz in der „Dritten Welt“. Doch auch anderswo wurde bald erwogen, was Bevins die „Jakarta-Methode“ nennt. Zwar gab es nicht den einen zentralen Plan, aber rechte Diktaturen von Südkorea bis Sudan arbeiteten eng zusammen, lernten voneinander – und bezogen sich immer wieder auf das Grauen in Indonesien. Durch seine jahrelangen Recherchen gelingt Bevins, der unter anderem lange als Brasilien-Korrespondent der „Los Angeles Times“ gearbeitet hat, der Nachweis, daß es

in mindestens 22 Ländern Pläne für regelrechte antikommunistische Vernichtungsprogramme unter der Ägide Washingtons gab – und man in mindestens elf dieser Pläne direkt auf das indonesische Blutbad Bezug nahm.

Insbesondere in Lateinamerika wurden mit Hilfe der USA Zehntausende Linke, Reformkräfte und Indigene verfolgt, ermordet und ins Exil getrieben. Als ideologische Klammer diente auch hier ein fanatischer Antikommunismus. 1966 wurde nach Bevins Recherchen die Taktik des heute sprichwörtlichen „Verschwindenlassens“ von Indonesien aus nach Guatemala importiert, wo sie eine wichtige Rolle im Staatsterror spielte. In Chile sprühten rechtsradikale Terrorgruppen als Drohung das Wort „Jakarta“ an Häuser, in denen Linke lebten. Auch dort nannte das Regime seinen Plan zur systematischen Ermordung der Gefolgschaft des 1973 weggeputschten Salvador Allende intern „Operation Jakarta“ – wie auch Generäle der argentinischen Putschregierung nach 1976 in dem Massenmord in Südostasien ein Vorbild erblickten.

Allende, Goulart oder Sukarno waren populäre Reformer, die auf demokratischen Wege Veränderungen umzusetzen suchten. Auch die PKI in Indonesien stand nicht davor, gewaltsam die Macht an sich zu reißen, sondern war für die USA bedrohlich, weil sie beliebt, gut organisiert und einflußreich war. Der damalige Vizepräsident Richard Nixon gab einmal ganz unverhohlen zu, in Indonesien seien demokratische Verfahren abzulehnen, weil „die Kommunisten in einer Wahl wahrscheinlich nicht geschlagen werden können“.

Diese Staatsstreich trafen ihre Opfer meist unvermittelt und unvorbereitet. Und sie hatten verheerende Folgen: Für viele waren sie der schlagende Beweis, daß unbewaffnete, demokratische Politiken unter US-Hegemonie zum Scheitern verurteilt seien. Viele Linke griffen zu den Waffen, um ein „zweites Jakarta“ zu verhindern. Die neu entstandenen Guerillabewegungen heizten den rechten Staatsterror weiter an.

Das eurozentrische Gewissen

Die brutalen Staatsstreich und Massenermordungen im Globalen Süden setzten aber auch die Parameter der aktuellen globalen Weltordnung. Sie froren vielerorts die soziale Entwicklung ein, verschafften den USA gegenüber der UdSSR geostrategische Vorteile und zementierten kapitalistische Verhältnisse. Die vom brasilianischen Reformler Goulart angestrebte Landreform wurde mit dem Putsch abrupt auf Eis gelegt – und bis heute nicht umgesetzt. Mit Jair Bolsonaro wird das größte Land Lateinamerikas heute von einem notorischen Antikommunisten und Ex-Militär regiert, der die Folterknechte der Diktatur als Vorbilder nennt und ganz offen die Hinrichtung von Linken fordert. Mit dem

Putsch in Chile wurden alle Hoffnungen auf eine Verringerung der exzessiven Ungleichheit begraben und das Land als eine Art Labor des globalen Neoliberalismus auf einen marktradikalen Kurs getrimmt. Die Verwerfungen dieses Modells führen bis heute regelmäßig zu Massenprotesten. In Indonesien, dem Schauplatz des brutalsten dieser Massaker, siedelten sich nach dem Sturz Sukarnos Hunderte US-Firmen an. Nur wenige Tage nach dem Putsch drang etwa die Bergbaufirma Freeport in den Dschungel Westneuuguineas vor. Heute steht dort mit

der Grasberg-Mine das größte Goldbergwerk der Welt. Und der Antikommunismus ist seit jenen dunklen Tagen zwischen 1965 und 1966 Staatsdoktrin, fast schon eine nationale Religion. Eine Aufarbeitung des Massakers hat nicht stattgefunden. Die Opfer und ihre Familien wurden weder rehabilitiert noch entschädigt. Eine Entschuldigung hat es nie gegeben. Bevins kommt zu einem schonungslosen Urteil: Unsere westlich-kapitalistische Weltordnung ist auf Blut gebaut. Und der Umstand, dass im Westen kaum jemand von dieser Blutspur berührt ist, während jeder

runde Jahrestag der fast gleichzeitigen Niederschlagung des Prager Frühlings gebührend begangen wird, macht deutlich, wie eurozentrisch das liberale Gewissen tickt.

Niklas Franzen

Quelle: ND, 30./31.2.2021, S. 18

Vincent Bevins: The Jakarta Method. Washington's Anticommunist Crusade and the Mass Murder Program that Shaped Our World. Public Affairs, 285 S., geb., 19,90 US-Dollar plus Versand

Massive Kampfansage von oben

Die Corona-Pandemie im Dienste des Kapitals (Teil 1)

Die Corona-Pandemie als vielfach tödlicher Angriff auf den menschlichen Organismus hat der Erdbevölkerung das Fürchten gelehrt und auf allen Kontinenten riesige Friedhöfe als traurige Bilanz hinterlassen. Insbesondere zeigte sie den Hightech-Nationen die Grenzen ihrer bisher vermeintlichen fast perfekten Naturbeherrschung auf. Sie traf anfänglich nur auf wissenschaftliche, technologische und medizinische Hilflosigkeit.

Trotz der in Rekordzeit entwickelten Impfstoffe und des begonnenen massenhaften Impfens werden SARS-Cov2 und seine Mutanten der Forschung und der Medizin noch viele Rätsel aufgeben. Bezogen auf die Wirtschaft und das Finanzwesen der BRD ist die Pandemie jedoch keineswegs rätselhaft.

Wenn auch zunächst in Teilen der Kapitalistenklasse eine große Verunsicherung über die dadurch entstehenden möglichen Verluste vorherrschte, war sich das große Kapital ziemlich sicher, aus der Pandemie nicht als Verlierer hervorzugehen. Ausgehend von der Wirkungsweise des Virus wähten sich 30 Dax-Konzerne und rund 60 Großunternehmen, mit Ausnahme der Lufthansa, TUI, Werften für Kreuzfahrt- und Luftfahrergastschiffe sowie große Warenhäuser in vieler Hinsicht coronaresistent. Die Vorteile gegenüber dem kleinen und mittleren Kapital lagen und liegen in den vielen schon digitalisierten Prozessen in Großunternehmen, im Gewicht des Exportanteils am Gesamtumsatz mit Blick auf die wachsende Aufnahmefähigkeit des chinesischen Marktes, im Vertrauen darauf, als systemrelevantes Unternehmen im Notfall vom Staat eine Finanzhilfe zu erhalten.

Die Strategie des großen Kapitals war von Anfang an darauf ausgerichtet, die Corona-Pandemie direkt und indirekt, zeitnah und zeitversetzt so profitabel wie möglich zu vermarkten, Markt- und Marktpositionen auszubauen, Konkurrenten zu überflügeln und auszuschalten sowie die Pandemie als naturgegebene Profitquelle maximal auszubeuten. Während jene den Binnenmarkt (Massenkonsument, Investitionen) stark deformierte, trieb sie das große Kapital zu verstärkten Exportaktivitäten. Dabei wurde das über viele Jahrzehnte praktizierte Modell einer gewinnbringenden Industrie konsequent fortgeführt. Es gründet

sich auf zwei entscheidende Faktoren: permanente Qualitätssicherung bei allen exportfähigen Erzeugnissen und Technologien sowie ein dynamisches Kostenniveau, die zusammen unschätzbare Vorteile gegenüber allen Konkurrenten bieten. Aus Sicht der Kapitalverwertung sind der Export und die Dynamik der Kostensenkung ein Paar Schuhe. Die in den Dax-Konzernen und Großunternehmen 2020 eingetretenen Exportrückgänge und damit Gewinnbrüche wurden durch ein aggressives Kostenmanagement mehr als ausgeglichen.

Die Corona-Pandemie hat das große Kapital nur minimal tangiert. Prognosen zufolge werden allein in den Dax-Konzernen für die Wirtschaftstätigkeit 2020 über 32 Milliarden Euro als Rendite an die Aktionäre ausgeschüttet. Selbst die Börse in Frankfurt am Main als Finanzspielplatz der großen Unternehmen und als Seismograph für ihre Dynamik erzielte einen Gewinn von über 1,2 Milliarden Euro.

Die Pandemie war und ist für das große Kapital nicht nur Treiber des Exports, sondern zugleich entscheidender Stimulator für das Ingangsetzen einer breit gefächerten Kostensenkungsoffensive. Sie ist in ihrem Kern ein sozialer Kahlschlag. Das große Kapital hat alle den Profit negativ beeinflussenden sozialen Komponenten auf den Prüfstand gestellt. Die Zielstellung ist eindeutig: Kürzen, durch kapitalfreundlichere Lösungen ersetzen, streichen. Die forcierte Digitalisierung bietet ihm die Möglichkeit, schrittweise eine immer wirksamere Kontrolle über die Leistungsbereitschaft der lohnabhängig Beschäftigten auszuüben und damit die Poren des Arbeitstages zu verdichten, die Mehrwertrate pro Beschäftigten weiter zu erhöhen.

Für die kapitalistische Betriebswirtschaft verläuft die Leistungskurve im Home Office noch zu flach, sind die möglichen Einspareffekte noch längst nicht erschlossen. Mit der durch Arbeitsökonomien, Soziologen, Psychologen und Juristen entwickelten Organisationsform der Arbeit, als agiles Arbeiten bezeichnet, kontrollieren sich die Beschäftigten perfekt selbst, organisieren und managen ihre Ausbeutung im Konzerninteresse eigenständig. Anfänglich gedacht als Organisationsform für Projektarbeiten, hat sie darüber hinaus schon breitere Anwendung gefunden. Mit der

arbeitsorganisatorischen Form – agiles Arbeiten – wird die Erwartung verbunden, daß sich der fachliche Ehrgeiz, die Kompetenz und das Spezialwissen des einzelnen, sein Wunsch nach Selbstverwirklichung optimal mit den Konzernzielen verschmelzen. Der einzelne soll das Gefühl haben, als würde er nur für sich arbeiten. Die daraus entstandenen Vorteile im Konkurrenzkampf sind offenkundig. Im VW-Konzern arbeiten schon über 4000 lohnabhängig Beschäftigte in dieser Organisationsform. Das große Kapital sieht im agilen Arbeiten eine zusätzlich gewachsene Produktivitäts- und Kreativitätsreserve. Die Corona-Pandemie ist für die Konzerne und Großunternehmen Anlaß, die bisher existierenden juristischen Unternehmensformen für Konzernbetriebe und -bereiche zu liquidieren und durch andere stark Profitbegünstigende zu ersetzen. Mit dieser rechtlichen Handhabe ist es leichter, aus dem für die lohnabhängig Beschäftigten günstigen Flächentarifvertrag auszusteigen und den Beschäftigten einen neuen Tarifvertrag überzustülpen. Damit wird ein Rahmen geschaffen, um wirksamer Lohnsenkungen durchzusetzen und die Mitspracherechte der Beschäftigten zu beschneiden. Die neuen Unternehmensformen sind der Türöffner für mehr Leiharbeit und befristete Arbeitsverträge.

Zum Geschäftsmodell der Konzerne und Großunternehmen in der Pandemiezeit gehört offensichtlich, Finanzhilfen vom Staat anzufordern, üppige Dividenden an die Aktionäre auszuschütten und die Belegschaften aufzufordern, im Interesse der Standortsicherung des Unternehmens und der Bewahrung von Arbeitsplätzen im Jahr 2021 pandemiebedingt auf Lohn- und Gehaltsforderungen zu verzichten. Auf breiter Front werden die Bedingungen für die Betriebsrente, ihre Höhe und ihre Auszahlungsdauer in Frage gestellt. Diese Kostensenkungsoffensive ist nicht nur sozialer Kahlschlag, sie ist Auslöser einer massiven politischen Kampfansage von oben gegen alle Formen demokratischer Mitsprache der lohnabhängig Beschäftigten. Hauptziel der Angriffe durch die Unternehmensspitze sind die Betriebsräte und die sie vertretenen Gewerkschaftsfunktionäre. Viele von ihnen werden als Feinde des Unternehmens politisch diffamiert.

Prof. Dr. Achim Dippe

Sie wollen wieder marschieren ...

Der 1977 erschienene BRD-Film „Steiner – das Eiserne Kreuz“ zeigt, wie eine Vielzahl anderer Filme auch, die Schrecken und die Grausamkeit des Zweiten Weltkrieges. Doch nicht nur das. Der Film fordert zum Nachdenken und zur Positionierung auf. So wird z.B. einem Soldaten die Weisung erteilt: „Frag nicht nach dem Warum, sondern geh und stirb.“ Oder wir werden mit der Frage eines deutschen Generals konfrontiert, die er gleichsam selbst beantwortet: „Was machen wir, wenn dieser Krieg verloren geht? Wir bereiten uns auf den nächsten vor.“

Dieser Satz zieht sich wie ein roter Faden durch die deutsche Politik der letzten hundert Jahre. Heute verkündet man von hohen Kanzeln, wir sind wieder wer. Im November 2020 erklärte die Verteidigungsministerin vor dem Bundestag, daß man mit Rußland nur aus der Position der Stärke heraus verhandeln werde, was immer eine gute Tradition deutscher Außenpolitik gewesen sei und das solle auch zukünftig so bleiben.

Bereits 1961 schrieb der Spiegel-Herausgeber Rudolf Augstein, der enge Kontakte in Regierungskreise unterhielt, in einer Sonderausgabe der Zeitschrift „Magnum“ zur „Bilanz der Bundesrepublik“ u.a.: „Die neue deutsche Armee wurde nicht gegründet, um den Bonner Staat zu schützen, sondern der neue Staat wurde gegründet, um eine Armee gegen die Sowjets ins Feld zu stellen.“ Eine Aussage, die in einem engen Zusammenhang mit der Forderung der deutschen Verteidigungsministerin bzw. des deutschen Außenministers nach der „Übernahme von Verantwortung“ zu sehen ist. Ein koordiniertes Vorgehen, wenn man in Betracht zieht, daß die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von Leyen und der Chef der Münchner Sicherheitskonferenz Wolfgang Ischinger mit analogen Rufen oder auch mit Äußerungen, wie Deutschland müsse „die Sprache der Macht erlernen“ in Erscheinung treten.

Verantwortung, was ist das eigentlich? Bei Wikipedia kann man lesen: „Zur Verantwortung für die Zukunft gehört vor allem auch das Abwägen von Risiken und deren Bewertung durch Abschätzung der Risikofolgen. Damit verbunden ist das Gebot, solche Handlungen zu unterlassen, die eine existenzielle Gefährdung der Umwelt oder künftiger Generationen nach sich ziehen könnten.“

Dieses Credo scheint jenen, die in diesem Sinne wirken sollten, unbekannt zu sein. Dafür sucht man immer wieder neue Gründe, um sich mittels Sanktionen unter Verletzung völkerrechtlicher Normen in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen. Vor einigen Wochen konnte man in der FAZ lesen: „Wirtschaftssanktionen sind billiger als Krieg“. Heißt das, daß lediglich die Kostenfrage von einer bewaffneten

Auseinandersetzung abhält? Dennoch sind Sanktionen auch eine Form von Krieg, ein Krieg ohne Waffen, unter denen die betroffenen Staaten leiden. Auch Deutschland nimmt den Tod von tausenden Menschen billigend in Kauf, wie nicht zuletzt Syrien und auch Venezuela beweisen. Nur, wenn diese das eigene Land treffen, findet man klare Worte. Als es um die Sanktionen der USA gegen die Pipeline „Nord Stream 2“ ging, sagte der deutsche Vizekanzler in einem Interview:



Szene aus dem Film „Steiner – das Eiserne Kreuz“

„Solche Sanktionen sind ein schwerer Eingriff in die inneren Angelegenheiten Deutschlands und Europas und der eigenen Souveränität. Das lehnen wir entschieden ab.“

Doch nirgendwo ist gegenwärtig von den NATO-Staaten und der EU die Absicht zu erkennen, die Konfrontation abzubauen und zur Entspannungspolitik zurückzukehren. Ja, sie wollen wieder marschieren! Mit einer angeblichen Bedrohung durch Rußland begründen sie ihre eigene Aggressivität. Die deutsche Verteidigungsministerin fordert in Vasallentreue und Einigkeit mit den Forderungen der USA unverblümt mehr Geld für die Rüstung und die Bundeswehr. Doch vergessen wir nicht: Hinter ihr stehen die reaktionären Kräfte der militärischen Führung in Bundeswehr und NATO sowie die deutschen Rüstungskonzerne auf ihrer Jagd nach Maximalprofiten. Worum es geht, unterstrich die Bundeskanzlerin im November 2019 mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Erhöhung der Rüstungsausgaben: „Unsere Bundeswehr ist auf der einen Seite gefragt in Auslandseinsätzen, dort, wo Konflikte herrschen, und sie dient damit unseren Interessen. Zum Beispiel in letzter Zeit neben Afghanistan auch verstärkt in Afrika ...“

Deutsche militärische Interessen in Afrika – das sind bekannte Töne aus der Vergangenheit. Tatsache bleibt auch, daß die Bundeswehr mit ihren Auslandseinsätzen dazu beiträgt, Konflikte in Afghanistan, Syrien, Irak, Mali u. a. Ländern am Köcheln zu halten. Hier werden Waffen, Munition und Gerät gebraucht. Der Dank der Rüstungskonzerne ist gewiß. Nicht zu vergessen der Erwerb und die Erprobung militärischer Fähigkeiten

unter Einsatz modernster Waffen. Auch das gab es schon – im Spanienkrieg. Ja, sie wollen wieder marschieren.

Fazit ist, die Macht und den Einfluß, den Deutschland in der Welt hat, brachte bisher kaum Verbesserungen in den internationalen Beziehungen. Im Gegenteil, ein neuer Feind wurde ausgemacht: China. Nicht nur Rußland bedroht uns jetzt, sondern auch China. Und auch das muß dem Volk glaubhaft vermittelt werden – erneut mit Hilfe

der deutschen „Leitmedien“.

Bei den von den USA provozierten Spannungen mit China und im Südchinesischen Meer darf Deutschland natürlich nicht abseitsstehen. Es muß auch hier „Verantwortung“ übernehmen.

Die geostrategischen Interessen treten bei der Aufteilung der Welt in Interessengebiete in den Vordergrund. Aus dem deutschen Verteidigungsministerium kann man hören, daß die UN-Sanktionen gegen Nordkorea eine gute Voraussetzung dafür bieten, eine deutsche Fregatte mit einer entsprechenden „Überwachungsfunktion“ in das Südchinesische Meer zu schicken. Es gibt eine Vielzahl weiterer Anhaltspunkte, die auf eine aktive

Kriegsvorbereitung der NATO unter aktiver deutscher Beteiligung hinweisen. Um dem entgegenzutreten, hat China Rußland kürzlich ein Militärbündnis angeboten. Hier hat man den Ernst der Lage offensichtlich erkannt.

Wie sagte doch der zu Beginn zitierte deutsche General? „Das Töten ist vollkommen sinnlos und trotzdem machen alle wieder mit.“ Wie wahr, wenn man die gegenwärtige internationale Entwicklung betrachtet. Sie werden wieder marschieren, wenn ihnen niemand in die Arme fällt.

Dietmar Hänel
Flöha

Günter Strobel

Oberst a. D. der DDR-Grenztruppen, begeht am 2. April seinen 85. Geburtstag.

Vorstand und Redaktion gratulieren dem standhaften Kommunisten, den die Rachejustiz ins Gefängnis warf und der zu den Pionieren beim Aufbau des „RotFuchs“-Fördervereins gehört. Langjährig als Vorsitzender der Regionalgruppen Dresden und Luckenwalde wirkend, prägst Du, lieber Günter, wesentlich das Gesicht unseres linken Bildungsvereins mit. Wir drücken Dir kräftig die Hand und wünschen Dir Gesundheit und Lebensfreude.

USA und NATO drängen nach Osten

Während die Menschen in den europäischen Ländern mit der Corona-Pandemie und deren wirtschaftlich verheerenden Folgen konfrontiert werden, planen die USA außerhalb ihrer NATO-Beteiligung umfangreiche Investitionen im militärischen Bereich in Polen.

An 11 Standorten, allein an sieben Flughäfen und Luftwaffenstützpunkten soll die militärische Infrastruktur massiv verstärkt oder neu geschaffen werden. Natürlich mit Zustimmung und Begeisterung der US-hörigen polnischen derzeitigen Führungselite.

Am 15. August vergangenen Jahres wurde dafür ein Abkommen über eine verstärkte „Verteidigungszusammenarbeit“ zwischen der Regierung der Republik Polen und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika geschlossen.

Das Dokument enthält eine Liste der vereinbarten Einrichtungen und Gebiete, die künftig gemeinsam aus- oder gebaut und von den US-Streitkräften genutzt werden sollen:

- Luftwaffenstützpunkte in Łask, Powidz, Miroslawiec und Dęblin,
- Trainingsgelände in Drawsko Pomorskie, Żagań (einschließlich des militärischen Ausbildungszentrums und Militärkomplexe in Żagań, Karliki, Trzebień, Bolesławiec und Świątoszów), Orzysz / Bemowo Piskie, Ustka, Czarny, Wędrzynie, Biedrusko und Nowa Dębie,
- Militärkomplexe Skwierzyna, Powidz, Poznan, Lubliniec und Toruń sowie Flughäfen Wrocław-Stów

Es werden für mehrere Tausend US-Militärs Befehls- und Kommandozentralen, Unterkünfte, Flugplatzkapazitäten, Waffen- Munitions- und Kraftstofflager errichtet. Dazu eine Operationsbasis für Drohnen mit entsprechenden Kommunikationsinfrastrukturen.

Weiter sind damit der Ausbau von Verbindungswegen (Straßen, Brücken, Bahnanschlüsse) verbunden. Stationiert werden möglicherweise die kampferprobten Einheiten, die aus Afghanistan oder aus anderen der weltweiten US-Stützpunkten abgezogen werden sollen.



Hunderte Millionen US-Dollar und Zloty liegen bereit, um näher an die Grenzen des vermeintlichen Feindes heranzukommen und damit – die Willfähigkeit und

Speichelleckerei der polnischen und der baltischen Regierungen nutzend – systematisch eine Erstschlagskapazität aufzubauen. Begleitet wird das Szenario von einer medialen Umdeutung der Gründe für den 2. Weltkrieg und seiner Ergebnisse.

Nicht daß die Lamettaträger in den NATO-Stäben an einen Überfall Rußlands auf den Westen glauben. Wie zu Kreuzritterzeiten drängt es sie auch heute unwiderstehlich nach Osten. Dort fahnden sie nach dem „Feind“, nach Rohstoffen und Macht. Dafür haben sie Vasallen und Höflinge gefunden, die dem US-Imperialismus freiwillig dienen. Mittendrin und ganz vorn die deutsche Bundeswehr im Gedenken an die Wehrmacht, die schon mal fast so weit wie Napoleon war. Diese ist – wie weis gemacht werden soll – nicht an der Strategie und Tapferkeit der Roten Armee, sondern am harten Winter gescheitert. Da muß man natürlich Nachsicht mit den „zäh wie Leder und hart wie Kruppstahl“ gestählten Wehrmachtsskämpfern haben.

In diesem kreuzgefährlichen „Spiel“ steht die deutsche „Verteidigungsministerin“ an der Spitze und will mit Rußland aus einer Position der Stärke verhandeln, weil man damit schon immer gute Erfahrungen gemacht hätte. Gemeint sind die „guten Erfahrungen“ aus der Ära Gorbatschow und Jelzin, die man leicht übertölpeln konnte.

Und so wird man nicht müde, zu lügen, zu hetzen und die „Bedrohung aus dem Osten“ an die Wand zu malen.

Deutschland und Europa rüstet auf, um sich besser „verteidigen“ zu können. Verteidigen gegen wen? Das Ziel, die eigenen machtpolitischen und profitsichernden Pfründe des Kapitals zu sichern, haben mit „Verteidigung“ nichts zu tun.

Reiner Neubert
Berlin

ATOMIC BOMB COLLECTOR JOHNSON

Was ist mit Boris Johnson los?
Ist sein Verstand in Nöten?
Was will er? England wieder groß
Und die Lizenz zum Töten?

Europa ist ihm völlig schnurz.
Ihn juckt die Weltmachtgröße.
Er träumt vom atomaren Furz
Und setzt auf Chinas Blöbe.

Dreizehntausendundvierhundert
Dieser Böller hat die Welt.
Nur damit sich keiner wundert,
Wenn die Welt zu Staub zerfällt.

Lutz Jahoda



Mord des US-Staates

Vor 70 Jahren wurden Ethel und Julius Rosenberg hingerichtet

Am 5. April 1951 sprach Richter Irving Robert Kaufman das Todesurteil gegen Ethel und Julius Rosenberg: „Das Verbrechen der Angeklagten ist schlimmer als Mord.“ Dabei ging es in diesem Verfahren weder um Mord noch um Totschlag. Ihnen wurde vorgeworfen, in den Jahren 1944–1946 „das Atomgeheimnis der USA“ an die Sowjetunion verraten zu haben.

Der erste erfolgreiche Atomwaffentest der Sowjetunion im August 1949 löste in den Regierungskreisen der USA einen Schock aus, glaubte man sich doch auf Jahrzehnte im Alleinbesitz der Atomtechnologie und hielt die sowjetische Wissenschaft für generell rückständig. In der antikommunistischen McCarthy-Hysterie jener Jahre verfiel die US-Administration schnell auf die Idee, Mitglieder der Kommunistischen Partei der USA (CPUSA), die im Technologiebereich arbeiteten, seien die Urheber des Geheimnisverrats. Im Februar 1950 wurde der deutschstämmige Wissenschaftler Klaus Fuchs wegen Spionage in London festgenommen. Um sich vor einer hohen Strafe zu schützen, gab er sein Wissen über das amerikanische Atombombenprogramm in Los Alamos, seinen Kontakt dorthin und den sowjetischen Verbindungsmann Anatoli Jakowlew preis. Dies führte drei Monate später in den USA zur Verhaftung des Chemikers Harry Gold. Auch bei Gold hatte die Drohung mit der Höchststrafe Erfolg. Er erklärte dem FBI, 1945 einen US-Soldaten, der in Los Alamos arbeitete, wegen interner Informationen kontaktiert zu haben. Dabei konnte er lediglich eine Beschreibung einer Person liefern, die schließlich zur Identifikation eines David Greenglass führte. Greenglass zögerte ebenfalls nicht lange und gab an, seine Schwester Ethel und deren Ehemann Julius Rosenberg hätten ihn mit „kommunistischen Ideen indoktriniert“. Greenglass wurde zum Schweigen verpflichtet, damit die Ermittlungen gegen das Ehepaar Rosenberg unbehelligt von statten gehen konnten. Am Morgen des 17. Juli 1950 wurde Julius Rosenberg in seiner Wohnung festgenommen und die Wohnung durchsucht. Er bestritt die Vorwürfe. Der FBI-Direktor Edgar J. Hoover setzte sich mit der Staatsanwaltschaft in Verbindung und forderte, man müsse Rosenberg zur Aussage zwingen, „am besten, indem man auch seine Ehefrau festnimmt“. Am 11. August 1950 erfolgte der Zugriff. Auch Ethel wies die Vorwürfe von sich.

Der erste Verhandlungstag vor dem US District Court in New York war auf den 6. März 1951 terminiert. Auf der Anklagebank saßen neben dem Ehepaar Rosenberg David Greenglass und ein Schulfreund Julius Rosenbergs, Morton Sobell, der im August 1950 auf der Flucht an der mexikanischen Grenze gefaßt worden war. Für die Verurteilung der Rosenbergs war die Aussage von Ethels Bruder, David Greenglass,

von zentraler Bedeutung. Er erklärte, er habe technische Details des Atombombenprogramms, die zuvor von Ethel mit einer Schreibmaschine abgeschrieben worden seien, an Julius weitergegeben, auch Zeichnungen von Atombombenteilen habe er erstellt, die sodann Rosenberg entgegengenommen habe. Ruth Greenglass ergänzte, in der Wohnung der Rosenbergs habe ein Mahagoni-Tischchen gestanden, das Julius Rosenberg als Unterlage für die Erstellung microverfilmter Unterlagen genutzt habe. Das reichte den Geschworenen, um die Angeklagten Rosenberg schuldig zu sprechen. Die übrigen Beteiligten waren mit Haftstrafen davongekommen, Klaus Fuchs (14 Jahre), Harry Gold (30 Jahre, 1966 entlassen), David Greenglass (15 Jahre, bereits 1960 entlassen) und Morton Sobell (30 Jahre, 1969 entlassen). Unzählige Wiederaufnahmeanträge und Gnadengesuche blieben ohne Erfolg, eine breite Protestbewegung und die Eingaben des Papstes und Albert Einsteins konnten die Exekution nicht verhindern. Am 19. Juni 1953 ließen Ethel und Julius Rosenberg auf dem elektrischen Stuhl im Staatsgefängnis Sing-Sing ihr Leben.

Unter großem medialem Tamtam präsentierte die CIA auf einer Pressekonferenz am 10. Juli 1995 die 50 Jahre unter Verschluss gehaltenen „Venona-Papiere“. Der US Army Signal Intelligence Service – ein Vorläufer der NSA – hatte 1943 begonnen, die chiffrierte Kommunikation der Botschaft der Sowjetunion in den USA nach Moskau abzufangen und die ausgetauschten Nachrichten zu sammeln. Im Jahre 1946 gelang es Dechiffrier-Spezialisten, die Verschlüsselung zu knacken und sämtliche Nachrichten (etwa 3 000) lesbar zu machen. Das Venona-Projekt lief bis 1980 weiter. Die US-Administration räumte ein, diese Dokumente im Rosenberg-Verfahren verschwiegen zu haben, da die Sowjetunion sonst frühzeitig von der Entschlüsselung Kenntnis erlangt hätte. Die New York Times machte am 12. Juli 1995 mit der Schlagzeile auf, jetzt sei endlich der Code des Atombomben-Spionagerings geknackt. Die großartig angekündigten „Enthüllungen“ waren allerdings das Papier nicht wert, auf dem sie vorgelegt wurden. In den etwa 50 Dokumenten, die im weitesten Sinne mit dem Fall Rosenberg in Zusammenhang gebracht werden können, ist zu Ethel Rosenberg nichts zu entnehmen, außer einer beiläufigen Feststellung, sie „arbeite wegen ihrer zarten Gesundheit nicht“. Zu Julius Rosenberg, der in den Meldungen unter den Pseudonymen „Antenna“ und „Liberal“ auftaucht (20 Datensätze), findet sich nur Dürftiges. Typisch hierfür ist z. B. das Dokument 628 vom 5. Mai 1944, das die sowjetische Botschaft nach Moskau gekabelt haben soll: „Antenna“ hätte Kontakt zu einem Alfred Sarant hergestellt, der als Nachrichtenlieferant in Betracht komme. Sarant, seit

1944 Mitglied der CPUSA, arbeitete in einem Radar-Stützpunkt der US-Armee in Fort Monmouth und hatte keinerlei Berührungspunkte zum Atomprogramm. Diese und andere Meldungen legen höchstens die Vermutung nahe, Julius Rosenberg könne sich nachrichtendienstlich im Bereich der Radartechnik und der Luftfahrt betätigt haben. Es fällt bei Sichtung der Datensätze auf, daß die Gründe einer Zuordnung der Pseudonyme gerade bei Julius Rosenberg nicht konkret benannt werden. Unter dem 21. September 1944 findet sich die Nachricht, „Liberal“ hätte „seine Schwägerin Ruth Greenglass zur Mitarbeit empfohlen“, wodurch der Rückschluß auf die Identität des „Liberal“ suggeriert wird.

Es fragt sich, weshalb in den Datensätzen zu „Liberal“ und „Antenna“ Klarnamen für dritte Personen Verwendung fanden, die schließlich den Agenten unmittelbar enttarnt hätten. Das wäre für eine Spionagekonstellation mehr als fahrlässig. Aaron Katz, über 40 Jahre Vorsitzender des Ausschusses für die Wiederaufnahme des Rosenberg-Falls, geht daher von aus, es handele sich bei diesen Nachrichten um Fälschungen. Im Jahre 1996 erklärte David Greenglass in einem Interview mit der New York Times, er habe im Prozeß seine Schwester Ethel zu Unrecht belastet. Motiv: Er habe seine Frau Ruth schützen wollen, die nachrichtendienstliche Schreibeleistungen geleistet habe. Erst 2008 wurde bekannt, daß der frühere Generalstaatsanwalt William Rogers in einem unveröffentlichten Interview erklärt hatte, man habe die Drohung mit dem Todesurteil gegen Ethel bewußt eingesetzt, um sie zu zwingen, gegen ihren Mann auszusagen. Auch der Mitangeklagte Morton Sobell bestätigte im gleichen Jahr, daß Ethel wohl etwas von der nachrichtendienstlichen Tätigkeit ihres Mannes hätte ahnen können, gleichwohl aber stets inaktiv gewesen sei. Und Ray Cohen, der Sitzungsstaatsanwalt im damaligen Verfahren, gestand in seiner posthum 1988 erschienenen Autobiographie, Richter Kaufman habe auf sein Drängen schon vor Eröffnung des Prozesses zugesagt, die Todesstrafe gegen die Rosenbergs zu verhängen. Der Fakten sind also genug, um die Rosenberg-Akte wieder aufzuschlagen. Trotz 50 000 Unterschriften für eine Wiederaufnahme und einem Antrag, der alle Zweifel an der Schuld der Rosenbergs akribisch auflistete, scheiterte 2017 die letzte Eingabe der zwei Rosenberg-Söhne. Das beim damaligen Präsidenten Barack Obama eingereichte Gesuch auf Rehabilitierung blieb bis heute unbeantwortet. Ethel Rosenberg hatte recht, als sie wenige Wochen vor ihrer Hinrichtung notierte „Wenn wir hingerichtet werden, wird es ein Mord an unschuldigen Menschen sein und die Regierung der Vereinigten Staaten wird die Schande tragen“.

Dr. Ralf Hohmann

Lügen entlarvt!

Ein Buch von Sabine Schiffer über Medienmanipulation

Beim Frankfurter Westend-Verlag, der schon etliche interessante Titel zu verschiedenen Themen der nationalen und internationalen Politik publiziert hat, erschien jetzt ein höchst aktuelles Lehrbuch zur Medienanalyse von der Medienwissenschaftlerin und Friedensaktivistin Sabine Schiffer. Als ich den theoretischen Teil des Werkes las, dachte ich, es könnte eine Habilitationsarbeit sein, die eigentlich zu fachspezifisch ist

und gegen Libyen 2011 bei der Bevölkerung in den kriegführenden Ländern psychologisch ein Klima zu schaffen, in dem der Krieg nicht nur nicht abgelehnt, sondern befürwortet wird.

Während der seriöse Journalismus signifikant abnimmt, nimmt die „Public Relation“ (PR) zu. Skrupellos werden Meldungen, in der Regel „Fake News“, verbreitet mit fatalen Folgen, bei denen nicht selten auch Menschenopfer zu beklagen sind. So

verglich der damalige Bundesaußenminister Joseph Fischer (Die Grünen) die Verhältnisse in Serbien mit Auschwitz, und der ehemalige Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) präsentierte „zusammengetragene Leichen von Milizenkämpfern, (um) den Eindruck eines Massakers an der Zivilbevölkerung“ zu erwecken. Und das nur aus dem einen Grund, die Bombardierung Serbiens ab dem 24. März 1999 durch die NATO zu legitimieren. Anderes Beispiel: „Die PR-Agentur ‚Hill & Knowlton‘ setzte 1990 im Menschenrechtsausschuß des US-Kongresses eine angeblich kuwaitische Krankenschwester in Szene, die weinend von grausamen Morden von irakischen Soldaten an Frühgeborenen berichtete, die aus Brutkästen gezerrt und getötet worden seien“, was sich später als falsch herausstellte. Dies war dann die Legitimation für die imperiale „humanitäre Intervention“ in Kuwait.

Vor dem Einmarsch der USA in Afghanistan 2001 haben PR-Agenturen die Öffentlichkeit ganz gezielt auf die Lage der

Frauen dort gelenkt. Die dann erfolgte Intervention hat zu dem bisher längsten Krieg in der Geschichte der USA geführt. Als der Wikileaks-Gründer Julian Assange und der Whistle Blower Edward Snowden die Kriegsverbrechen in Irak und Afghanistan der Öffentlichkeit zugänglich machten, wurden sie zu Staatsfeinden Nummer eins erklärt. Nicht die Täter und die Verantwortlichen für deren Taten, sondern jene, die deren Machenschaften aufdecken, wurden und werden gnadenlos verfolgt.

Auch die so beliebte und gerne genutzte Wikipedia-Plattform manipuliert und zensiert. Was nicht paßt, wird gelöscht – dafür nennt die Autorin zahlreiche Beispiele.

Sabine Schiffer plädiert für einen unabhängigen Journalismus, da die Information in der heutigen Welt „zur Ware verkommen“ ist.

Kritisch ist anzumerken, daß die zahlreichen und interessanten Schaubilder und

Graphiken leider kaum zu erkennen und zu lesen sind. Dem Buch ist dennoch eine neugierige und interessierte Leserschaft zu wünschen.

Dr. Matin Baraki

Sabine Schiffer: Medienanalyse. Ein kritisches Lehrbuch, Westend Verlag Frankfurt/M. 2021, 300 Seiten, 20 Euro.



und nur für Akademiker von Interesse wäre. Beim näheren Studieren stellte ich aber fest, daß es sich um eine unerschöpfliche Informationsquelle und exakte Untersuchung der Berichterstattung der herrschenden Medien handelt, die für alle politisch interessierten Menschen wichtig ist, um zu verstehen, wie wir von Politikern, Schreibsöldnern und deren Geldgebern belogen werden. Die herrschende Meinung ist eben die Meinung der Herrschenden, die uns tagtäglich von ihnen präsentiert wird. Prof. Schiffer unterzieht sie einer gut belegten Kritik und Untersuchung.

Minutiös und exemplarisch weist sie Manipulationsabsichten und -praktiken heutiger Medienpolitik nach. Beispielsweise deckt sie Hintergründe auf, warum der libysche Staatschef Muammar Al-Gaddafi und Iraks Präsident Saddam Hussein mit Adolf Hitler verglichen wurden. Die Absicht bestand darin, für die Kriege gegen Irak im Jahr 2003

„Die Sprache aber dient dazu, das, was nützlich und schädlich, was gerecht und ungerecht ist, offenkundig zu machen.“

Aristoteles

An den Dadaismus und andere Fluchtwege

Als Kind schon hat man mich gelehrt
Zur Ehrlichkeit, die Sprache zu gebrauchen.
Und prinzipiell hab' ich sie nicht entbehrt,
Um in das Leben tiefer einzutauchen.

Die Poesie dabei, wie Kunst auch überhaupt,
Bedeutend Ehrbarkeit, Gewissen zu verkünden,
Daß nicht der Sinn vom Unsinn wird entlaubt,
Woraus die Dummheit und sich Angst
ergründen.

So ist der Schein, zu schwelgen noch im
Ungemach

Chaotisch mit den Worten eine Flucht,
Sich einzurichten bloß durch eine Sucht.

Wie liegt das Jetzt infolge Lügen brach.
Vergessen ist das Morgen. Siechen
Chloroformiert läßt nicht die Fäulnis riechen.

E. Rasmus

■ Regionalgruppe Bitterfeld-Wolfen

Am 28. April um 13 Uhr spricht Dr. Udo Stegemann zum Thema: **Staatsterrorismus und rechter Terrorismus – zwei Seiten einer Medaille?**

Ort: Kulturhaus der Stadt Bitterfeld-Wolfen (Vereinszimmer), Puschkinplatz 3, OT Wolfen, 06766 Bitterfeld-Wolfen

Unter Vorbehalt

Regieren mit den Versagern

Reformer in der Partei Die Linke: Links ist dort, wo der Daumen rechts ist

Diese Eselsbrücke ist scherzhaft gemeint. Auf die politische Wirklichkeit angewandt, ist sie jedoch verheerend. Die Jahre von 1814 bis 1848 nannte man in Frankreich die Periode der Restauration und der Revolution. In dieser Zeit gab es in der Deputiertenkammer eine Sitzordnung. Vom Parlamentspräsidenten aus gesehen, saßen rechts die Vertreter der Reaktion und links die der Bewegungsparteien, die auf die Veränderung der politischen und sozialen Verhältnisse hinwirkten. Im deutschen Bundestag sieht der CDU-Präsident die Fraktion der Partei Die Linke auch links von sich sitzen. Nur mit dem Unterschied, daß die Reformer in dieser Fraktion nicht mehr eine Bewegungspartei vertreten, die auf die Veränderung der politischen und sozialen Verhältnisse orientiert. Die Reformer sind die Daumen und Zeigefinger der Linke-Fraktion. Sie und die Vorstände der Partei werden von jenen dominiert, die mit den Bewahrern der kapitalistischen Verhältnisse zusammengehen wollen. Auf dem Online-Parteitag am 27. Februar in Berlin wurde eine Frauen-Doppelspitze gewählt, was nicht darüber hinwegtäuschen sollte, daß mit Susanne Hennig-Wellsow aus Thüringen eine „Radikalpolitikerin“ nach vorn stürmte, die ihre Partei im Bund aus der jahrzehntelangen Rolle als reine Oppositionspartei herausführen will. „Wir müssen vorbereitet sein, sollte sich das Fenster zu einer Regierungsbeteiligung in diesem Jahr öffnen. Wir sollten vor einer solchen Möglichkeit nicht erschrecken“, sagte sie der DPA in Erfurt. „Mein Ziel ist eine Bundesregierung ohne CDU – am liebsten eine grün-rot-rote ... Es wird spannend sein, zu sehen was passiert, wenn Bundeskanzlerin Angela Merkel die Bühne verläßt. Ich werbe dafür, uns regierungsbereit zu machen.“

Wozu Susanne Hennig-Wellsow bereit ist, um mit ihrer Partei in die Bundesregierung zu gelangen, das hat sie in der thüringischen Koalitionserklärung klargemacht. Ich soll also der Diffamierung der DDR zustimmen? Das werde ich mit Sicherheit nicht tun. Vom „Unrechtsstaat DDR“ ging kein Krieg aus. Hingegen führte der „Rechtsstaat“ BRD Krieg auf dem Balkan. Die kriegsführenden Parteien waren damals SPD und Grüne. Sie setzten die Agenda 2010 in Gang. Diese Parteien sind dafür, daß die BRD ihre Interessen am Hindukusch verteidigt, am Afrikanischen Horn campiert, weltmeisterlich Kriegszeug liefert und an weiteren Teufeleien beteiligt ist. Zu denen ins Bett will Frau Hennig-Wellsow die Partei Die Linke führen. Der Platz dort ist nur zu haben, wenn die PDL künftig bereit ist zuzustimmen, daß Kriege geführt, Rußland bedroht, Venezuela, Kuba

und Nicaragua mit weiteren Sanktionen belegt, die Ziele des Pariser Klimagipfels unterwandert, die Reichen reicher und die Armen ärmer werden. Proben dieser Bereitschaft hat der „alte“ Parteivorstand bereits zu Beginn des Jahres geliefert:



Entwurf des Wahlprogramms und der Beschluß zu Kuba.

Weltweit ist in linken Kreisen die Erkenntnis verbreitet, daß sich der Kapitalismus als unfähig erwiesen hat, die Probleme der Menschheit zu lösen. Auch in der Coronakrise hat das kapitalistische System, nicht nur in Deutschland, versagt.

Das scheint Frau Hennig-Wellsow anders zu sehen. Sie will mit den Versagern regieren. Eine auf die Veränderung der politischen und sozialen Verhältnisse hinwirkende linke Partei müßte im Blick auf die Bundestagswahlen den Kräften, die den Kapitalismus erhalten wollen, den Kampf ansagen und der Gesellschaft eine Alternative zum kapitalistischen System anbieten. Statt dessen will die „Radikalpolitikerin“ mit den Protagonisten des Kapitalismus zusammengehen und den Wählerinnen und Wählern das „spannende Schauspiel“ des Abgangs der Bundeskanzlerin Angela Merkel schmackhaft machen. Was soll daran überhaupt spannend sein? Frau Dr. Merkel tritt doch gar nicht wieder an.

Vor 22 Jahren redete Dietmar Bartsch der PDS ein, daß es Strategie der Partei sein müsse, koalitionsfähig für die SPD zu werden. Wohin hat diese Strategie geführt? Zu Unterwürfigkeit und Wählerverlusten. In allen Bundesländern, in denen die PDS oder

die Partei Die Linke mitregierten, versank die Partei am Ende in der Bedeutungslosigkeit – die Ausnahmen Thüringen und Berlin bestätigen nur die Regel. Immer wieder wurden die Führungskräfte der Partei angehalten, von dieser bewiesenermaßen zerstörerischen Orientierung abzugehen. Umsonst. Dietmar Bartsch war mit der Wahl zufrieden, die bürgerlichen Medien auch. Letztere verteilten auch gleich Ratschläge. Frau Hennig-Wellsow müsse die Partei zusammenführen und dafür sorgen, daß die Grabenkämpfe beendet werden. Das richtet sich klar gegen die Kommunistische Plattform und andere Zusammenschlüsse der Partei mit antiimperialistischem Profil.

Der digitale Parteitag hat auch klargemacht, daß ein großer Teil der Basis bereit ist, den Weg ins Ungewisse mitzugehen. Der bezahlte Apparat der Fraktionen beherrscht die Basis. Und so gelingt es seit Jahren, daß die Reformer und nun auch die „Radikalpolitikerinnen“ an die Spitze der Partei und auf die vorderen Plätze auf den Stimmzetteln gewählt werden. Die Genossinnen und Genossen der Kommunistischen Plattform führen seit drei Jahrzehnten einen aufopferungsvollen Kampf gegen das Abdriften der Partei. Die harte Realität aber ist, daß es den Reformern immer wieder gelingt, große Teile der Basis für die destruktive „linke“ Politik zu gewinnen. Auf dem Parteitag kandidierte Reimar Pflanz vom Landesverband Brandenburg gegen Hennig-Wellsow. Er sprach sich mit deutlichen Worten gegen das Projekt „Rot-Rot-Grün“ im Bund aus. In der „jungen Welt“ vom 1. März war von ihm zu lesen: „Wir werden nicht umgestalten, wir werden umgestaltet werden.“ Seine Warnung verhallte, etwas über 70 Prozent der Delegierten wählten die Thüringerin.

Ich kann mir vorstellen, wie sich Reimar Pflanz und seine Mitstreiter fühlen. Vor 22 Jahren kandidierte ich auf der Landesdelegiertenkonferenz der PDS des Landes Brandenburg für den Landesvorsitz gegen die Landtagsabgeordnete Anita Tack. Ich war gegen den Strategieansatz von Dietmar Bartsch und für eine PDS, die eine starke sozialistische Oppositionspartei werden müßte, die durch ihre konsequente Politik und nicht in Koalitionen Mehrheiten gewinnt. Ich bekam zwar viel Beifall, verlor aber knapp. „Sozialistischer Alt-Kader wäre fast Landesvorsitzender der PDS geworden“ hieß es in den bürgerlichen Medien und Lothar Bisky meinte, daß dies eine „Katastrophe“ gewesen wäre. Katastrophe für wen? Für den Daumen an der linken Hand?

Wolfgang Herrmann
Dreesch

Verabsolutierungen

Zweifelhafte Würdigung Rosa Luxemburgs – eine Nachbetrachtung

Als das ND 1981 den 110. Geburtstag Rosa Luxemburgs würdigte, hob Heinz Wohlgemuth deren Gemeinsamkeiten mit Lenin hervor. Und davon gab es nicht wenige. Das einigende Band war – „trotz theoretischer und politischer Meinungsverschiedenheiten“ – vor allem der feste Wille, alles zu tun, den Sozialismus weltweit, insbesondere in Deutschland und Rußland, zu verwirklichen, die Verteidigung des Marxismus in Theorie und Praxis, seine schöpferische Anwendung auf neue gesellschaftliche Herausforderungen sowie der konsequente Kampf gegen dessen Entstellungen. Dieses einigende Band schloß sowohl das klare Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats im Sinne von Marx und Engels als auch die kategorische Zurückweisung revisionistischer und opportunistischen Verfälschungen ein.

Vierzig Jahre später würdigte das nd den 150. Geburtstag Rosa Luxemburgs mit einer Beilage der Rosa-Luxemburg-Stiftung, für die auf Seite 1 mit dem Titel „Revolution und Kuchen – Vordenkerin, Realpolitikerin – und Hobbybäckerin“ geworben wurde, also etwas für jeden Geschmack. Eine Beschränkung auf Revolution und Marxismus hätte Rosa Luxemburg sicherlich besser gefallen.

Der rote Faden, der die Beiträge dieser Publikation durchzieht, besteht in folgenden Sätzen: „Eine Emanzipation mit anti-emanzipatorischen Mitteln und Methoden hielt Rosa Luxemburg für absurd. Freiheit der Andersdenkenden ermöglicht erst emanzipatorische Politik, denn Unterdrückung läßt sich nicht durch Unterdrückung abschaffen.“ – „Es verwundert nicht, daß für Luxemburg von diesem Standpunkt aus das leninistische Politikkonzept, Emanzipation mit anti-emanzipatorischen Mitteln zu erzwingen, ein Ding der Unmöglichkeit war, mit linker Selbstaufgabe gleichbedeutend.“

Die Autoren untermauern diese Position mit einem Luxemburg-Zitat.

„Sozialistische Demokratie beginnt ... nicht erst im gelobten Land, wenn der Unterbau der sozialistischen Wirtschaft geschaffen ist, als fertiges Weihnachtsgeschenk für das brave Volk, das inzwischen treu die Handvoll sozialistischer Diktatoren unterstützt hat. Sozialistische Demokratie beginnt zugleich mit dem Abbau der Klassenherrschaft und dem Aufbau des Sozialismus. Sie beginnt mit dem Moment der Machteroberung durch die sozialistische Partei. Sie ist nichts anderes als die Diktatur des Proletariats.“

Diesem Zitat geht nachfolgender Satz voraus, dem es nicht an Deutlichkeit mangelt: „Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, anstelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen.“

Mißverständnisse ahnend, fährt Rosa Luxemburg apodiktisch fort: „Jawohl: Diktatur! Aber diese Diktatur besteht in der Art der Verwendung der Demokratie, nicht in ihrer Abschaffung, in energischen, entschlossenen Eingriffen in wohlverworbene Rechte und wirtschaftliche Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft, ohne welche sich die sozialistische Umwälzung nicht verwirklichen läßt.“

Das Proletariat muß mithin, so Rosa Luxemburg, zunächst einmal die (politische) Macht ergreifen. „Es soll und muß eben sofort sozialistische Maßnahmen in energischster, unnachgiebigster, rücksichtslosester Weise in Angriff nehmen, also Diktatur ausüben, aber Diktatur der Klasse, nicht einer Partei oder einer Clique ...“ Rosa Luxemburg hat natürlich völlig recht, daß die Diktatur der Klasse anstatt einer der Partei zu etablieren ist. Damit steht sie mitnichten im Widerspruch zu Lenin. Lenin hat, anknüpfend an Marx und Engels, stets die Diktatur der herrschenden Klasse im theoretischen und praktischen Auge gehabt. Er hat die „Diktatur des Proletariats“ aber nicht abstrakt gesehen, sondern im Sinne revolutionärer Praxis. Man braucht kein Prophet zu sein, um sich vorstellen zu können, daß bei der von Rosa Luxemburg als notwendig angesehenen zweiten Phase der (November-)Revolution, also der grundlegenden Umgestaltung der kapitalistisch dominierten Wirtschaft in eine sozialistische, also der Enteignung der Kapitalistenklasse, auch sie keinen Augenblick gezögert hätte, revolutionäre Gewalt gegen „Andersdenkende“, gegen die Apologeten des Kapitalismus, anzuwenden.

Die obigen Autoren der RLS-Publikation stellen Emanzipation und anti-emanzipatorische Mittel starr, absolut gegeneinander, sehen darin geradezu einen antagonistischen Widerspruch. Eine solche Verabsolutierung widerspricht der Dialektik und wird zur antirevolutionären Phrase. Auch in nichtrevolutionären Zeiten richtet sie Schaden an. In einer revolutionären Situation würde sie zum Verhängnis werden, wie Rosa Luxemburg während der Novemberrevolution bitter erfahren mußte. Es gibt keinen Zweifel, daß Rosa Luxemburg bei der Verfolgung der von der KPD beschlossenen nächsten Aufgaben der Revolution die Untauglichkeit einer solchen Verabsolutierung deutlich gebrandmarkt hätte.

Der mit „Die Angst der Kommunisten vor einer Leiche“ überschriebene Beitrag wäre besser im „Schwarzbuch des Kommunismus“ aufgehoben. Anknüpfend an die Würdigung Rosa Luxemburgs als „erster Theoretikerin des Marxismus“ durch den Vertreter der Kommunistischen Internationale auf der Trauerveranstaltung für Karl und Rosa, soll sie sechs Jahre später voller Irrtümer stecken, wundert sich der Autor vielsagend. Die Blaupause befände

sich in einer Schrift Lenins, aus der der berühmte „Adler“-Vergleich ganz im Sinne der „ersten“ Marxistin stamme. Allerdings werde dabei geflissentlich vermieden, an wem Lenin „diesen Adler“ gemessen habe, nämlich an den „Hühnern vom Schlage Paul Levis, Scheidemanns, Kautskys und dieser ganzen Sippschaft“. Dabei handelt es sich um Lenins „Notizen eines Publizisten“. Die Autoren der Publikation zitieren so, wie Paul Levi Luxemburgs Werke auswählte – selektiv. „Paul Levi will sich jetzt bei der Bourgeoisie ... dadurch besonders verdient machen, daß er diejenigen Werke Rosa Luxemburgs neu herausgibt, in denen sie unrecht hatte.“

„Aber trotz aller dieser Fehler war sie und bleibt sie ein Adler; und nicht nur die Erinnerung an sie wird den Kommunisten der ganzen Welt immer teuer sein, sondern ihre Biografie und die vollständige Ausgabe ihrer Werke (mit der sich die deutschen Kommunisten in unmöglicher Weise verspäten, was nur teilweise mit den unerhört vielen Opfern in ihrem schweren Kampf zu entschuldigen ist) werden eine sehr nützliche Lehre sein bei der Erziehung vieler Generationen von Kommunisten der ganzen Welt.“ Dem ist nichts hinzuzufügen. Die Lenin unterstellten Gehässigkeiten und Bosheiten waren ihm fremd. Lenin und Rosa waren sich völlig darüber einig, daß linke Parteien nur dann erfolgreich agieren können, wenn sie auf dem Boden des Marxismus in Theorie und Praxis stehen, wozu eine ständige Auseinandersetzung mit Verfälschungen und Abweichungen gehört.

Rosa Luxemburg war sich übrigens auch sicher, daß die Bolschewiki ganz in ihrem Sinne wahrer menschlicher Emanzipation vorgegangen wäre, „wenn sie nicht unter dem furchtbaren Zwang des Weltkrieges, der deutschen Okkupation und aller damit verbundenen abnormen Schwierigkeiten litten, die jede von den besten Absichten und den schönsten Grundsätzen erfüllte sozialistische Politik verzerren müssen“.

Dr. Hans-Jürgen Joseph
Berlin

Wir gratulieren

Jürgen Claußner

der am 20. April seinen 65. Geburtstag begeht. Mit großem Engagement übernahm Jürgen 2020 die anspruchsvolle Aufgabe des Vereins-schatzmeisters.

Lieber Jürgen, wir freuen uns, Dich in unserem Leitungskollektiv zu wissen und wünschen Dir Energie und nie versiegenden Optimismus.

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

Die Überwindung des Utopismus durch Marx und Engels

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen.

RF

10. März 1977

Vor genau 100 Jahren schrieb Friedrich Engels u. a. jene drei Kapitel seines „Anti-Dühring“, die er 1880 zu einer Broschüre zusammenfaßte. Das Büchlein erschien zunächst in französischer und zwei Jahre später in deutscher Sprache unter dem Titel „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“. In der Folgezeit wurde es eine der meistverbreiteten Schriften der marxistischen Literatur.

Für unser Thema können wir uns wohl keinen besseren Berater wählen als Friedrich Engels. In der besagten Broschüre heißt es am Schluß des ersten Abschnittes: „Um aus dem Sozialismus eine Wissenschaft zu machen, mußte er erst auf einen realen Boden gestellt werden.“¹ Was meinte Engels damit?

Der wissenschaftliche Kommunismus entstand als Ausdruck der Interessen der Arbeiterklasse, durch die Aufdeckung ihrer Stellung in der Gesellschaft. Er konnte daher, im Unterschied zum utopischen Kommunismus, erst begründet werden, als die gesellschaftlichen Voraussetzungen hierfür herangereift waren.

Wie sah es vorher aus? Dem unentwickelten Stand der kapitalistischen Produktionsweise entsprachen unreife und doch kühne Ideen, die zu Beginn des 19. Jahrhunderts in den Systemen der drei großen Utopisten Saint-Simon, Fourier und Owen einen Höhepunkt gefunden hatten. (Siehe auch die beiden vorangehenden Beiträge unserer Serie Wissenschaftliche Weltanschauung; RF)

Mit dem ersten selbständigen Auftreten des Proletariats in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts formierte sich vor allem in Frankreich der Arbeiterkommunismus als selbständige Strömung und gewann Anfang der vierziger Jahre rasch an Einfluß. Führende Vertreter waren auf dem rechten Flügel Étienne Cabet, auf dem linken, revolutionären Flügel Auguste Blanqui und Théodore Dézamy. Wilhelm Weitling wurde sein Repräsentant in Deutschland.

Die Arbeiterkommunisten nahmen selbst aktiv an den Kämpfen ihrer Zeit teil und begannen – durch die Schaffung erster politischer Organisationen, einer Arbeiterpresse und die Entwicklung theoretischer Vorstellungen –

die Arbeiterbewegung organisatorisch und ideologisch von der Bourgeoisie zu lösen.

Als Ziel ihres Kampfes betrachteten die französischen Arbeiterkommunisten eine Ordnung, die auf gesellschaftlichem Eigentum beruht und in der die Produktion gemeinschaftlich und planmäßig betrieben wird. Sie erkannten, daß nur über den politischen Kampf eine entscheidende Änderung der sozialen Verhältnisse zu erreichen ist und man nur über eine Übergangsperiode zur neuen Gesellschaft gelangen kann. Die Vertreter des linken Flügels rechneten nicht mit der Einsicht der herrschenden Klassen, sondern verstanden die politische Emanzipation als Selbstbefreiung auf revolutionärem Weg und betonten die Notwendigkeit internationaler Solidarität. Alle diese Gedanken weisen den Arbeiterkommunismus als höchste Form des vormarxistischen Kommunismus aus. Er wurde zum Wegbereiter des Marxismus und der revolutionären Arbeiterbewegung.

Doch auch noch die Arbeiterkommunisten leiteten die Notwendigkeit gesellschaftlicher Neugestaltung nicht aus ökonomischen Voraussetzungen ab, sondern aus der Naturrechtslehre, aus „unabänderlichen Gesetzen“, die in der Natur und Vernunft des Menschen begründet seien. Sie waren noch nicht in der Lage, die Gesetzmäßigkeit der geschichtlichen Entwicklung zu erfassen. Die neue Gesellschaft wollten sie durch Appelle an die Vernunft beziehungsweise durch kühnen Handstreich einer kleinen Schar von Revolutionären einführen. Diese Vorstellungen waren utopisch. Ungeachtet der scharfen Kritik am entstehenden Kapitalismus und der vorausschauenden Ideen über die künftige Gesellschaft vermochte auch der Arbeiterkommunismus objektiv noch keine befriedigende Antwort auf jene Fragen zu geben, die mit der Entstehung des Kapitalismus und der Entwicklung der Arbeiterbewegung aufgeworfen waren. Die unreifen historischen Bedingungen verurteilten auch seine Bestrebungen wie die vorangegangener sozialistischer und kommunistischer Theoretiker zur Utopie.

Erst um die Mitte der vierziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts waren die Voraussetzungen dafür herangereift, den Sozialismus – wie Engels schrieb – „auf einen realen Boden“

zu stellen. Die kapitalistische Produktionsweise hatte sich in den fortgeschrittensten Ländern Europas so weit entfaltet, daß ihre inneren Widersprüche aufzubrechen begannen. Mit der stürmischen Entfaltung der großen Industrien in Form der maschinellen Großproduktion wurden jene Konflikte sichtbar, die auf einer bestimmten Entwicklungsstufe notwendig zur Umwälzung der Produktionsweise führen mußten. Gleichzeitig formierte sich das Industrieproletariat zur Klasse und nahm den Kampf gegen die Bourgeoisie auf.

Mit der Entwicklung des Kapitalismus und der Arbeiterbewegung in internationalem Maßstab wurde die Ausarbeitung einer wissenschaftlichen Theorie über Weg und Ziel des Kampfes der Arbeiterklasse auf die Tagesordnung gesetzt. Sie wurde nun aber auch erst möglich. Karl Marx und Friedrich Engels widmeten sich dieser Aufgabe mit großem Elan. Sie kannten das Leben und den Kampf des Proletariats, die sozialen Wurzeln seiner Misere und konnten auf wissenschaftlicher Basis die historische Mission des Proletariats aufdecken, nämlich die kapitalistische Ordnung zu stürzen und eine neue Gesellschaft zu errichten. Marx und Engels hatten sich darüber hinaus in jahrelangen intensiven Studien ein immenses Wissen angeeignet, das sie zu diesen theoretischen Verallgemeinerungen befähigte.

Wie Engels später feststellte, waren es zwei große Entdeckungen, durch die der Sozialismus eine Wissenschaft wurde: die materialistische Geschichtsauffassung und die Enthüllung des Mehrwerts. Er schrieb diese Entdeckungen Marx zu und verschwieg in seiner Bescheidenheit, daß er selbst daran wesentlichen Anteil hatte.

Was bedeutete die Ausarbeitung der materialistischen Geschichtsauffassung? Drei Gesichtspunkte mögen es verdeutlichen:

Erstens. Im Unterschied zu den utopischen Sozialisten und Kommunisten orientierten Marx und Engels auf die Gesellschaft selbst und suchten nach einem Kriterium, wesentliche von unwesentlichen Erscheinungen im gesellschaftlichen Leben zu unterscheiden. Dieses Kriterium gab nach Lenins Worten Marx dadurch, daß er „das ökonomische Gebiet aus den verschiedenen Gebieten des

sozialen Lebens heraus, daß er aus der Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse die Produktionsverhältnisse als die grundlegenden, ursprünglichen, alle übrigen Verhältnisse bestimmenden heraus hob.“² Engels formulierte das so: „Die materialistische Auffassung der Geschichte geht von dem Satz aus, daß die Produktion, und nächst der Produktion der Austausch ihrer Produkte, die Grundlage aller Gesellschaftsordnung ist.“³ *Zweitens*. Marx und Engels betrachteten die materielle Produktion als dialektische Ein-

Zeit für ihn reif sei. Als notwendiges Ergebnis der bisherigen geschichtlichen Entwicklung setzte er einen bestimmten Reifegrad der objektiven und subjektiven Bedingungen voraus. Die Entdeckung der materialistischen Geschichtsauffassung war nicht nur eine theoretische Meisterleistung. Sie war darüber hinaus, wie Engels 1885 feststellte, „von unmittelbarer Wichtigkeit für die gleichzeitige Arbeiterbewegung ... Kommunismus hieß nun nicht mehr Ausheckung, vermittelt der Phantasie, eines möglichst vollkommenen

er die Arbeitskraft seines Arbeiters zum vollen Wert kauft, den sie als Ware auf dem Warenmarkt hat, dennoch mehr Wert aus ihr heraus schlägt, als er für sie bezahlt hat; und daß dieser Mehrwert in letzter Instanz die Wertsumme bildet, aus der sich die stets wachsende Kapitalmasse in den Händen der besitzenden Klassen anhäuft.“⁷

Die Enthüllung des Mehrwerts wurde möglich durch die Entdeckung des spezifischen Charakters der Ware Arbeitskraft, der darin besteht, daß sie mehr Wert schafft, als sie selbst wert ist. Durch die Aufdeckung des Mehrwertgesetzes zeigte Marx die Haupttriebkraft der Entwicklung des Grundwiderspruchs der kapitalistischen Gesellschaftsformation, des Widerspruchs zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der kapitalistischen Form der Aneignung. Damit deckte er zugleich die Grundlagen des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat auf und zeigte, daß dieser Kampf gesetzmäßig ist. Auf diese Weise aber hatte Marx durch umfassendes ökonomisches Material die historische Mission des Proletariats auf neuer Stufe nachgewiesen. Die Erklärung der kapitalistischen Produktion und die Enthüllung des Wesens der Ausbeutung war für die Entwicklung des Sozialismus zur Wissenschaft von entscheidender Bedeutung: Die Notwendigkeit der Ablösung der kapitalistischen durch die kommunistische Gesellschaftsordnung, die bisher in allgemein-theoretischer Form nachgewiesen war, konnte damit umfassend ökonomisch begründet werden.

Indem Marx und Engels die Gesetzmäßigkeiten der geschichtlichen Entwicklung aufdeckten und untersuchten, konnten sie eine wissenschaftliche Erklärung der gesellschaftlichen Erscheinungen und Prozesse geben, wurden sie die Begründer der Gesellschaftswissenschaft.

Jahrhundertlang hatten Visionen von einer besseren und gerechteren Ordnung den Kampf der Ausgebeuteten und Unterdrückten begleitet. Mit der Begründung der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse verwandelten Karl Marx und Friedrich Engels diese Utopien in eine Wissenschaft. Ihre – von Lenin weiterentwickelten – Ideen wurden mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution zum ersten Mal lebendige Wirklichkeit.



heit von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Sie zeigten, daß in diesem dialektischen Wechselverhältnis die Produktivkräfte das vorwärtstreibende Element darstellen, und erkannten im Widerspruch zwischen dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte und den Produktionsverhältnissen die Haupttriebkraft der geschichtlichen Entwicklung.

Drittens. Die Aufdeckung der Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen gab die Möglichkeit, die Geschichte als eine Abfolge von Gesellschaftsformationen zu erfassen, die jeweils durch einen bestimmten Entwicklungsstand der Produktivkräfte und diesen entsprechende Produktionsverhältnisse gekennzeichnet sind. Jedesmal, wenn die sich weiterentwickelnden Produktivkräfte an die Grenzen der Produktionsverhältnisse stoßen, kommt es zu Kollisionen und schließlich zur Ablösung der jeweiligen Gesellschaftsformation durch eine höhere. Die erste geschlossene Darstellung der Grundprinzipien der materialistischen Geschichtsauffassung und der Lehre von der ökonomischen Gesellschaftsformation findet sich im ersten Kapitel einer Schrift, die Marx und Engels in den Jahren 1845/46 verfaßten und der sie den Titel „Die deutsche Ideologie“ gaben.

Mit der Ausarbeitung der materialistischen Geschichtsauffassung war es möglich, die Gesetzmäßigkeit des historischen Prozesses nachzuweisen. Der Kapitalismus war somit das Resultat des bisherigen Geschichtsverlaufs und brachte seinerseits Voraussetzungen für seine Ablösung durch die kommunistische Gesellschaftsformation hervor. Der Kommunismus – das war nun klar – konnte nicht willkürlich, zu einem beliebigen Zeitpunkt, eingeführt werden, wenn etwa eine Gruppe von Leuten meinte, daß die

Gesellschaftsideals, sondern Einsicht in die Natur, die Bedingungen und die daraus sich ergebenden allgemeinen Ziele des vom Proletariat geführten Kampfs.“⁴

Nachdem Friedrich Engels in seiner Schrift „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ Wesen und Bedeutung der materialistischen Geschichtsauffassung dargelegt hatte, wies er auf die zweite große Entdeckung von Marx hin: „Es handelte sich aber darum, die kapitalistische Produktionsweise einerseits in ihrem geschichtlichen Zusammenhang und ihrer Notwendigkeit für einen bestimmten geschichtlichen Zeitabschnitt, also auch die Notwendigkeit ihres Untergangs, darzustellen, andererseits aber auch ihren innern Charakter bloßzulegen, der noch immer verborgen war. Dies geschah durch die Enthüllung des Mehrwerts.“⁵

Bei der Ausarbeitung der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse, mit der sich Marx nach der Auswertung der Revolutionserfahrungen von 1848/1849 befaßte, wandte er die Grundprinzipien der materialistischen Geschichtsauffassung bei der eingehenden Analyse der Ökonomik der kapitalistischen Gesellschaftsformation an. Gestützt auf die Untersuchung ihrer Gesetzmäßigkeiten und Existenzbedingungen galt es, die historische Mission der Arbeiterklasse dadurch umfassend zu begründen, daß der historische Charakter des Kapitalismus und die Notwendigkeit seines Untergangs durch die Analyse dieser Ordnung selbst nachgewiesen wurden. Worin bestand die „Enthüllung des Geheimnisses der kapitalistischen Produktion vermittelt des Mehrwerts“⁶? „Es wurde bewiesen“, so Engels, „daß die Aneignung unbezahlter Arbeit die Grundform der kapitalistischen Produktionsweise und der durch sie vollzogenen Ausbeutung des Arbeiters ist; daß der Kapitalist, selbst wenn

Anmerkungen

- 1 Friedrich Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. In: MEW, Bd. 19, S. 201
- 2 W. I. Lenin: Was sind die „Volksfreunde“, und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten? In: LW, Bd. 1, S. 128
- 3 Friedrich Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. In: MEW, Bd. 19, S. 210
- 4 Friedrich Engels: Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten. In: MEW, Bd. 21, S. 212
- 5 Friedrich Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. In: MEW, Bd. 19, S. 209
- 6 Ebenda
- 7 Ebenda

Die Nationale Volksarmee der DDR

Gedanken zum 65. Jahrestag der Gründung der NVA (Teil I von zwei)

Einleitung

Als am 2. Oktober 1990 um Mitternacht die Nationalflagge der DDR in den Einrichtungen der NVA niedergeholt und dafür die Flagge der Bundesrepublik Deutschland aufgezogen wurde, ging eine Ära in der deutschen Geschichte, die gleichzeitig das Ende einer ganzen Armee war, die der Nationalen Volksarmee (NVA), zu Ende. Zu diesem Zeitpunkt verfügte die NVA noch über rund 150 000 Soldaten, Unteroffiziere, Fähnriche und Offiziere, sechs Divisionen und viele selbständige Formationen, 1,3 Millionen Handfeuerwaffen, 1 700 Kampfpanzer, etwa 2 800 Schützenpanzer, 880 Artilleriesysteme (im Kaliber größer als 100 Millimeter), 394 Kampf- und Übungsflugzeuge, 64 Kampfhubschrauber und 131 Kampfschiffe und -Boote. Hinzu kamen tausende Zivilbeschäftigte und dutzende Kasernen und Liegenschaften. Daß die NVA ohne einen Schuß abzugeben untergehen konnte, hatte sicher auch etwas mit dem Selbstverständnis ihrer Soldaten zu tun, die sich als „Volksarmisten“ als Teil des (DDR-) Volkes verstanden und die Selbstauflösung der Armee als Teil eines Volkswillens ansahen. Der Personalabbau durchlief zwei Phasen. Das Gros schied zum 2. Oktober 1990 aus den Streitkräften aus, u. a. alle Generale und Admirale und mehr als zwei Drittel der Offiziere und Berufssoldaten. Ein anderer Teil wurde noch für die Sicherung und Übergabe der Technik und Liegenschaften gebraucht und erhielt einen Vertrag bis 31. Dezember 1990. Übrig blieben von fast 37 000 Offizieren dann ein Jahr später weniger als ein Zehntel, herabgestuft im Dienstgrad, lediglich mit dem Status Zeitsoldat und im Vergleich weniger Geld. Das war das Ende. Doch wie begann alles?

Die Vorgeschichte

Als 1945 im Mai in Europa und im September in Asien der Zweite Weltkrieg zu Ende ging, waren mehr als 65 Millionen Menschen auf der Welt infolge des Krieges umgekommen, davon mehr als 27 Millionen allein in der Sowjetunion, mehr als 100 Millionen waren verstümmelt oder verkrüppelt worden, große Teile Europas und Asiens lagen in Trümmern. Fast alle, die als Soldaten oder Zivilisten vom Krieg in Mitleidenschaft gezogen worden waren, wollten nie wieder eine Waffe in die Hand nehmen. Doch hinter den politischen Kulissen lief ein anderes Spiel. Für die wirtschaftlich stärksten Westmächte gab es vor dem Zweiten Weltkrieg zwei Paria-Staaten auf der Welt. Das war zum einen die junge Sowjetunion. Sie militärisch zu besiegen, war am Ende des Ersten Weltkriegs und in den Jahren danach nicht gelungen. Also wurde sie politisch und wirtschaftlich sanktioniert. Der andere Paria war Nazideutschland. Hatten die Sieger des Ersten Weltkrieges generell ein Problem damit, daß schon wieder ein wirtschaftlicher Konkurrent heranwuchs,

war ihnen das Land nach der faschistischen Machtübernahme suspekt. Der offene Antisemitismus, das nationalistische Geschrei – das gehörte sich nicht für einen zivilisierten bürgerlichen Staat. So richtig unternahm man aber auch nichts gegen die Nazis. Die heimliche Hoffnung war, daß sich ihre Aggressivität gegen die Sowjetunion kanalisieren lassen würde. So ließen die Westmächte das faschistische Deutschland gewähren, als es sich 1938 das Sudetenland einverleibte. 1939 wurde das verbündete Polen im Krieg gegen Deutschland alleingelassen. Hitler ließ sich aber nicht steuern. Er überfiel rasch hintereinander halb Europa, bevor er sich „endlich“ 1941 gegen die Sowjetunion wandte. Wir wissen, wie das ausging. Am Ende war Deutschland besiegt und die Sowjetunion gehörte, nachdem sie jahrelang die Hauptlast des Kampfes gegen Deutschland und seine Verbündeten getragen hatte, zu den Siegern – wie auch die Westalliierten. Dieses Ergebnis war jedoch nicht im Sinne jener, die es lieber gesehen hätten, wenn die Sowjetunion zusammen mit Hitlerdeutschland untergegangen wäre. Die Winston Churchill zugeschriebene, aber bei ihm nicht nachweisbare Redewendung, „man habe das falsche Schwein“ geschlachtet, machte die Runde. Der Westen fühlte sich von der Sowjetunion bedroht, nicht militärisch, dazu fehlte es der Sowjetunion nach dem verheerenden Krieg an Kraft. Es war eher die Angst vor den Ideen, vor „der kommunistischen Seuche“, die sich in einigen befreiten Ländern auszubreiten begann. So war das Ende des Zweiten Weltkrieges auch der Beginn eines neuen Krieges, des Kalten Krieges.

Zwei Nachkriegsgeschichten

Dieser hatte für das besiegte Land sofort direkte Auswirkungen. Um zu verhindern, daß Deutschland nach der Niederlage schnell wieder erstarbt, hatte die Antihitlerkoalition, bestehend aus den USA, Großbritannien und der Sowjetunion in Teheran und Jalta – in Potsdam kam Frankreich dazu – beschlossen, es in vier Besatzungszonen aufzuteilen. So wurden der Osten sowjetische und der Westen US-amerikanisch/britisch/französische Besatzungszonen. Die Sieger halfen den Deutschen beim Wiederaufbau, machten aber auch klar, daß sie in ihren Zonen bestimmen wollten, wie die Entwicklung zu verlaufen hat. Insbesondere die USA, die territorial außer in Hawaii keine Kriegsschäden hatten und anders als Briten und Franzosen wenig Ressentiments gegenüber den Deutschen hegten, drangen auf den schnellen Wiederaufbau der Westzonen mit deutschem Personal, das vor allem ihre Russophobie teilte. Die Briten machten mit und die Franzosen wehrten sich dagegen vergebens. Beim Personal waren nach kurzer Zeit alle drei nicht wählerisch. So kam es, daß in den Westzonen zwar die ärgsten Nazis eingesperrt und verurteilt wurden,

aber in den Kommunalverwaltungen, bei der Polizei und selbst bei den Gerichten die Leute auftauchten, die schon vor 1945 an den entsprechenden Stellen saßen. Alle, Westalliierte, gemäßigte und reaktionäre bürgerliche Kräfte einte die vehemente Ablehnung der „Russen“ und ihres Regimes, das diese im Osten Deutschlands protegierten. Mit dem Marshall-Plan wurde die Wirtschaft der Westzonen angekurbelt, mit der separaten Währungsreform wurde deren Trennung von der sowjetisch besetzten faktisch vollzogen und konsequenterweise die Bundesrepublik Deutschland aus den Westzonen konstituiert. Anfang der 50er Jahre folgten die Westintegration Westdeutschlands mit der Unterzeichnung der Pariser Verträge. Von dort bis zum Beitritt des 1949 gegründeten westlichen Militärbündnisses NATO, der im Mai 1955 vollzogen wurde, war es politisch nur noch ein kleiner Schritt. Auch die entsprechende westdeutsche Armee, die Bundeswehr, wurde am 5. Mai 1955 gebildet, nachdem seit Anfang 1950 im Auftrag von Bundeskanzler Konrad Adenauer zuerst der ehemalige Wehrmachtsgeneral Graf von Schwerin und später Theodor Blank im „Amt Blank“ an deren Aufstellung gearbeitet hatten. Auch hier wurde auf „bewährtes“ Personal zurückgegriffen. So kann man selbst bei Wikipedia nachlesen: „Bei Gründung der Bundeswehr stammten deren Offiziere und Unteroffiziere fast ausnahmslos aus der Wehrmacht – teilweise auch aus der Waffen-SS. Im Jahre 1959 waren von 14 900 Bundeswehroffizieren 12 360 bereits in der Reichswehr oder Wehrmacht zu Offizieren ernannt worden, 300 Offiziere entstammten der Waffen-SS.“

In der sowjetischen Besatzungszone liefen die Dinge wesentlich anders. Zunächst einmal war das Verhältnis der Sieger zu den Besiegten kompliziert. Den sowjetischen Soldaten fiel es schwer, den Deutschen zu vertrauen. Viele hatten in den zurückliegenden Jahren erlebt, wie sich Deutsche, von denen sich viele gern als überlegene Herrenrasse gesehen hatten, in den von ihnen besetzten Gebieten verhalten hatten. Der Weg der Wehrmacht nach Osten und wieder zurück war gesäumt von Kriegsverbrechen, Terror, Völkermord, Zerstörung und Leid. Fast alle Familien der Sowjetunion hatten Angehörige verloren. Nun trafen die Soldaten der Roten Armee auf die Bevölkerung des besiegten Landes, der jahrelang Schauergeschichten von blutrünstigen „bolschewistischen Untermenschen“ erzählt worden waren. Die Angst vor ihnen war unmittelbar zu Kriegsende so groß, daß es in manchen Kommunen Ostdeutschlands zu Massenselbstmorden vor dem Einmarsch der sowjetischen Armee kam. Die Kluft wurde auch nicht kleiner, als denen, die angeblich von nichts gewußt hatten, langsam das Ausmaß dessen bewußt wurde, was Deutsche anderen angetan hatten. Man lernte miteinander auszukommen.

Hilfreich war, daß Stalin bereits 1942 seinen Landsleuten ans Herz gelegt hatte: „Die Erfahrungen der Geschichte besagen, daß die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.“ (23. Februar 1942) Populär wurden Menschen wie General Nikolai Bersarin, 1945 erster Stadtkommandant von Berlin, der durch sein Handeln viele Bürger vor dem Hungertod bewahrte und sich neben dem körperlichen sofort dem geistigen Überleben, den Kulturstätten, widmete. (Bersarin war von 1975 bis 1992 Ehrenbürger Berlins und wurde es nach vielen Diskussionen 2003 wieder.) Natürlich stützten sich die sowjetischen Verantwortlichen im Osten Deutschlands vor allem auf jene, denen sie am meisten vertrauten, auf ausgewiesene Antifaschisten, denen sie vielfach Verantwortung beim Wiederaufbau übertrugen. Daß unter diesen der Anteil kommunistischer Vertreter höher war als der von bürgerlichen Kräften, lag auch darin begründet, daß die Kommunisten konsequent gegen die Faschisten gekämpft hatten. Hinzu kam, daß sich ehemalige Verantwortungsträger zu Hauf in die Westsektoren absetzten, zusammen mit Großbauern, Junkern und Fabrikbesitzern. Viele wurden erst enteignet, nachdem sie schon weg waren. So mußte die junge DDR, die 1949 ein halbes Jahr nach der BRD konstituiert wurde, die Mehrzahl der Führungskräfte in allen Bereichen, Verwaltung, Wirtschaft, Schulbildung, Polizei und Justiz usw. durch neue Kräfte besetzen, die nur eine kurze oder gar keine Ausbildung für diese Stellen hatten. Nicht immer wurden die richtigen oder am meisten befähigten Leute ausgesucht, was die Aufbauarbeit zusätzlich erschwerte. Nach Gründung der Republik wurden in allen Bereichen schnellstmöglich junge Leute in allen möglichen Bereichen ausgebildet. Diese Generation bildete dann ab den 60er Jahren das Gros aller mittleren Führungskader. Für den inneren Schutz der sowjetischen Zone und später der DDR wurden schon 1946 Polizeiorgane geschaffen. Der Schutz nach außen oblag der Grenzpolizei. Von ca. 2 500 Mann wuchs die Truppe bis Anfang 1950 auf rund 10 000 Mann.

Die Gründung der NVA

Aus den kaserniert untergebrachten Polizeikräften, die polizeitypisch organisiert und bewaffnet waren, wurde ab 1952 die KVP (Kasernierte Volkspolizei) geschaffen, die strukturell und personell den Vorläufer einer Armee darstellte. Die Sowjetunion drängte die DDR-Führung, die Aufstellung eigener Streitkräfte vorzubereiten. Die äußeren Umstände, u. a. die laufenden Pläne für eine Armee der Westzonen, wirkten auch auf jene, die kurz zuvor noch „nie wieder eine Waffe in die Hand nehmen wollten“. So kam es ein knappes dreiviertel Jahr nach der Aufstellung der Bundeswehr auf Beschluß der DDR-Volkskammer vom 18. Januar 1956 zur Aufstellung der DDR-Armee, der Nationalen Volksarmee. Der formale Gründungstag war der 1. März 1956, der Tag, an dem die ersten Einheiten mit der Übergabe der Truppenfahne in Dienst gestellt wurden. Sahen die ersten Pläne noch die Bildung



Ehrenwache Neue Wache Berlin

einer vollständig autarken Streitkraft vor, die u. a. auch U-Boote, Zerstörer und Bomberflugzeuge erhalten sollte, wurde schnell klar, daß dies die ökonomischen Möglichkeiten der DDR weit überstieg. Gleichzeitig machten die sowjetischen Berater (die es in einigen Bereichen bis zum Ende der NVA gegeben hat) deutlich, daß die NVA von Beginn an als Teil der östlichen Militärkoalition, des als Antwort auf die NATO gegründeten Warschauer Vertrages, sein sollte. Innerhalb von dessen Organisation oblagen ihr spezifische Aufgaben, die sich auch aus ihrer strategischen Lage an der Schnittstelle zur NATO ergaben. Man brauchte daher nicht alle „militärischen Gewerke“. So wurde die NVA von Beginn an als Teil eines größeren militärischen Verbundes geplant. Gleichwohl stellte sie auch das nationale Verteidigungsinstrument der DDR dar. So wurden in der DDR zwei Militärbezirke (Nord als MB V und Süd als MB III) geschaffen, die gleichzeitig der sowjetischen Struktur einer Armee entsprachen und die im Kriegsfall, gemeinsam mit den in der DDR stationierten sowjetischen Streitkräften agieren sollten. Zum MB III gehörte eine mechanisierte Division (MD) in Halle, eine Infanteriedivision (ID) in Erfurt sowie eine Panzerdivision (PD) in Dresden. Dem MB V unterstanden eine MD in Potsdam, je eine ID in Schwerin und Prenzlau sowie eine PD in Eggesin. Die Personalstärke einer ID sollte 8 000 und die der MD und PD jeweils 9 000 Mann umfassen. Auch die DDR kam beim Aufbau der NVA nicht ohne fachlich versierte ehemalige Wehrmatsangehörige aus. Alle waren jedoch vorher im „Nationalkomitee Freies

Deutschland“ (NKFD) oder im „Bund Deutscher Offiziere“ organisiert und hatten teilweise schon während des Krieges mit der sowjetischen Armee zusammengearbeitet. Im einzelnen hatten neun Führungskräfte vorher einen Unteroffiziers- oder Soldatendienstgrad, sechs waren Offiziere und fünf ehemalige Generale (Vincent Müller, Dr. rer. pol. Otto Korfes, Arno von Lenski, Hans Wulz sowie Dr. med. Karl Walter) der Wehrmacht. An ihrer antifaschistischen Grundeinstellung gab es keinen Zweifel. Dennoch mußten, nach einem entsprechenden Befehl, 1957 die letzten Exgeneräle die NVA verlassen. Kein Vergleich mit den entsprechenden Kadern in der Bundeswehr. Die DDR-Führung und die der NVA hatten sich entschlossen, die Uniformen der neuen Streitkräfte anders als bei der Bundeswehr deutlich an historische Vorbilder anzupassen. Waren die Uniformen der KVP an sowjetische angelehnt, tauchten nun wieder Bilder von deutschen Soldaten in steingrauen Uniformen, mit „Knobelbechern“ oder Offiziere in Stiefelhosen auf. Die NVA-Uniformen sahen den Wehrmatsuniformen deutlich ähnlicher als die der westdeutschen Armee. Zeitzeugen berichteten, daß es vor der Entscheidung darüber lange Diskussionen zwischen den DDR-Verantwortlichen und den sowjetischen Beratern gegeben hatte. Die DDR-Vertreter waren zumeist für eine Anlehnung an das sowjetische Vorbild, die sowjetischen Offiziere argumentierten dagegen, daß es eine deutsche Militärtradition gegeben habe, die nicht nur reaktionär war, z. B. die vielen tausend Soldaten und Offiziere im NKFD. An deren Erscheinungsbild solle man sich anlehnen.

Traditionen

Die Frage danach, wie die NVA-Soldaten uniformiert sein sollten, warf zugleich eine damit im Zusammenhang stehende Frage auf. Auf welche Traditionen sollte sich eine deutsche Armee stützen, die doch vorhatte, mit all jenem zu brechen, was früher reaktionäres deutsches Militär ausmachte? Auch das wurde kontrovers diskutiert. Schließlich würden die Traditionen, auf die man sich berief, auch auf die geistige Verfaßtheit der Truppe wirken. Da der deutsche Militarismus von den führenden Repräsentanten der DDR völlig abgelehnt wurde, blieb nur wenig übrig. Deswegen stellte man fast ausschließlich die Traditionen des antifaschistischen Kampfes in den Vordergrund. Kasernen, Truppenteile und Einrichtungen der NVA wurden nach Widerstandskämpfern benannt. Hinzu kamen die Namen von Revolutionären aus der Novemberrevolution 1918 sowie herausragende kommunistische Theoretiker. So waren Namenspaten für die NVA-Lehreinrichtungen z. B. Friedrich Engels, Karl Liebknecht, Ernst Thälmann, Bruno Leuschner, Käthe Duncker, Erich Habersaath, Willi Sänger, Paul Frölich, Artur Becker, Etkar André, Richard Sorge, Lieselotte Herrmann, Max Reichpietsch, Paul Wieczorek oder Albin Köbis. Später kamen noch die Namen verdienstvoller Politiker der ersten DDR-Stunden hinzu wie

Wilhelm Pieck oder Otto Winzer. Ab Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre galten auch deutschen Patrioten aus den nationalen Befreiungskämpfen 1812/13 und einige preußische Militärreformer als Vorbilder, nach denen NVA-Einheiten und Einrichtungen benannt wurden. Stellvertretend seien hier Ferdinand von Schill und Gebhard Leberecht von Blücher genannt. Mit der beginnenden Raumfahrt wurden auch sowjetische Pioniere gerade bei den Landstreitkräften Namenspaten, z. B. Juri Gagarin und Wladimir Komarow. Größere Schiffe der Volksmarine erhielten aber auch Namen von DDR-Städten, ein bei der Marine übliches Verfahren.

Doch nicht nur bei den Namen von Einrichtungen und Truppenteilen spielten Traditionsnamen eine Rolle. Auch bei einigen Orden und Preisen: Gerhard von Scharnhorst, Friedrich Engels und Theodor Körner. Selbst im Liedgut spiegelt sich wider, was die NVA sein wollte und auf welche Grundlagen sie sich stützte. So war der „Yorcksche Marsch“ der Ehrenmarsch der NVA und das Lied „Spaniens Himmel“, das an die Verteidigung der Spanischen Republik durch die Internationalen Brigaden erinnerte, das wohl meist gesungene Lied in der NVA. All das zeigt den Versuch, eine neue deutsche Militärtradition zu stiften, die abseits

der preußisch-reaktionären Militärkultur bisheriger deutscher Armeen lag. Voraussetzung dafür war ein völlig neu geschaffenes Korps aus Unteroffizieren und Offizieren, die sich aus allen Bevölkerungsteilen rekrutierten. Die spätere Erinnerung an preußischen Militärreformer verdeutlichte die dialektische Betrachtungsweise von Geschichte: Die Ereignisse wurden in ihrer Zeit und in ihren Widersprüchen betrachtet. Vieles mag bei dieser Traditionsstiftung grob und manchmal wie mit dem Holzhammer gewesen sein, Spuren hat es auf jeden Fall hinterlassen.

Uli Jeschke

Als das Proletariat seine Partei hatte

Die Kommunistische Partei Frankreichs (PCF) und die französische Arbeiterbewegung (Teil I)

Sie wurde 1920 als „kommunistische Partei“ gegründet und war im Laufe des 20. Jahrhunderts die beste revolutionäre Arbeiterpartei, die das Land je kannte, weit vor den Blanquisten, den Kommunisten oder Sozialisten, die ihr vorausgingen, aber auch weit vor den verschiedenen „linken“ Formationen, welche die politische Szenerie seit der zeitgenössischen politischen Degeneration des PCF bevölkern. Die „beste“ will nicht sagen, daß sie perfekt gewesen wäre, aber diese Aussage zwingt, nach ihrer Bedeutung für unsere soziale Klasse und den Befreiungskampf der Werktätigen zu fragen. Was haben wir verloren, und was müssen wir zurückgewinnen? Der PCF gehört zum traditionellen Erbe. Strukturell war sie die Weiterführung der sozialistischen SFIO (Section française de l'Internationale ouvrière), gegründet 1905 als Vereinigung verschiedener marxistischer und sozialistischer Organisationen. Sie war aber auch der Bruch mit diesem Erbe, zuerst am Namen erkennbar. Sie änderte den Namen und wurde zur Kommunistischen Partei, als sie sich mehrheitlich (eine Minderheit spaltete sich ab) der neuen Kommunistischen Internationale anschloß, wurde zur französischen Sektion der Kommunistischen Internationale. Der Wechsel zeigt den Willen zu etwas Neuem an, anders zu sein als die „alte Partei“, die sich in der heiligen imperialistischen Kriegsunion sonnte. Sie wollte dem Beispiel der Russen folgen, die mit der Oktoberrevolution 1917 einen Weg geöffnet hatten. Als Kommunistische Partei wollte sie mit den Praktiken der „alten Partei“ brechen, deren Aktivitäten sich auf das parlamentarische Spiel konzentrierten – zum Schaden des Kampfes der Massen für die Eroberung der Macht.

Der Wille zum Bruch und der Aufbau einer Partei „neuen Typus“ drückten sich auf dem Kongreß von Tours in der Annahme der „21 Bedingungen“ der Kommunistischen Internationale aus. Hier Auszüge aus zwei der berühmten Bedingungen:

„1. Alle Presseorgane der Partei müssen von zuverlässigen Kommunisten redigiert wer-

den. Abgeordneten zu fordern, daß sie alle ihre Aktivitäten den wirklichen Interessen und der revolutionären Agitation und Propaganda unterordnen.“

Arbeiter als Parteiführer

Das bedeutete, die Presse und die Abgeordneten unter Parteikontrolle zu stellen. Doch es ging um mehr, um einen fundamentalen sozialen Umbruch, der das Gravitationszentrum der Partei änderte, weg von den traditionell durch intellektuelle Eliten gehaltenen Bereichen hin zur Partei selbst, hin zur Arbeiterklasse und ihrem Vortrupp. Und in der Tat wurde in den 20er Jahren die Partei mit Führern aus der Arbeiterklasse aufgebaut und radikal mit der SFIO gebrochen, die traditionell von einer Elite aus Intellektuellen und liberalen Berufen, Journalisten und Rechtsanwälten dominiert wurde.

Natürlich erforderte die „Bolschewisierung“ der Partei ab 1924 kolossale Anstrengungen bei der politischen Bildung aller Aktivisten und Kader. Nach einem Artikel der „Cahiers du Bolchevisme“ vom 28. November 1924 bestand die junge Partei aus „20 % Jaressismus, 10 % Marxismus, 20 % Leninismus, 20 % Trotzkiismus, 30 % Konfusionismus“, was anzeigt, wie notwendig ernsthafte Bildungsanstrengungen mittels Erziehungskonferenzen, Kursen, Studium von Broschüren und praktischem Engagement waren.

Praktisch aber ging es parallel darum, die Partei mitten in der Arbeiterklasse zu verwurzeln und von einer territorial um die Wahlkreise organisierten Sektion (typisch für eine sozialdemokratische Partei) zu einer Organisation zu kommen, die auf Betriebszellen fußte, denn die KP mußte organisiert



Logo der PCF

den, die ihre Ergebenheit an die Sache des Proletariats bewiesen haben. (...) Es ist unzulässig, daß die Verlage ihre Autonomie mißbrauchen und Politik treiben, die nicht ganz der Politik Partei entspricht. (...) 11. Parteien, die Mitglied der Kommunistischen Internationale werden wollen, haben die Pflicht, die Zusammensetzung ihrer parlamentarischen Fraktionen zu prüfen und zweifelhafte Elemente aus ihnen zu entfernen, die Abgeordneten nicht nur in Worten, sondern in der Tat dem Zentralkomitee der Partei zu unterstellen, von allen kommunistischen

werden, um dem Klassenkampf Impulse zu geben und ihn im Herzen der kapitalistischen Zitadellen zu führen.

Die Partei wandte sich in erster Linie an die Arbeiterklasse, aber sie mußte auch das anarchosyndikalistische Erbe überwinden, das allein den Gewerkschaftssektionen die Führung des Kampfes in den Betrieben überließ. Im August 1924 war der erste Generalsekretär des PCF ein Arbeiter, der Eisenbahner Pierre Séward (1887–1942). Die Anstrengungen wurden zu Beginn der Dreißiger gekrönt durch die Bildung einer stabilen Führungsgruppe von Arbeiteraktivisten um Maurice Thorez (1900–1964), Generalsekretär ab Juli 1930, gestützt auf Jacques Duclos (1896–1975) und Benoît Frachon (1893–1975).

Der Sinneswandel erfolgte 1994, als Georges Marchais (1920–1997), auch er Arbeiteraktivist, durch Robert Hue (geb. 1946) ersetzt wurde, der als Präsident der Association des Elus communistes (Vereinigung der kommunistischen Abgeordneten) Symbol einer kontroversen Entwicklung ist, die mit Pierre Laurent (geb. 1957), ehemaliger Journalist bei l'Humanité, oder Fabien Roussel (geb. 1969) fortgesetzt wurde. Letzterer machte sich im Apparat einen Namen. Zuerst war er mit 28 Jahren Kommunikationsberater der Staatssekretärin Michèle Demessine, dann parlamentarischer Assistent von Alain Bocquet (beide PCF.)

In den 20er Jahren wurde die herausragende Stellung der Betriebszellen ganz sicher nicht ohne schmerzhaft lebhaft Debatten angenommen, da sie völlig mit den sozialdemokratischen Gewohnheiten brach. Es war auch notwendig, Abweichungen bei der Anwendung dieser organisierten Bolschewisierung zu verhindern. So stellte die Organisationskonferenz der Kommunistische Internationale 1925 heraus, daß „die Betriebszellen durch Betriebsfremde überflutet wurden“, die normalerweise nicht mehr als 5 % der Zellen ausmachen sollten. Es ging um „Isolierte, die nichts von den Betrieben wußten und in den Versammlungen allgemeine und abstrakte Diskussionen einbrachten, die nichts zu tun hatten mit dem Bestreben der Partei, den Betriebsarbeitern die Losungen der Partei für ihren Kampf zu vermitteln“. Allerdings bedeutete die herausragende Stellung der Betriebszellen auch nicht, andere Orte zu vernachlässigen, woran Maurice Thorez auf dem Kongreß der Partei 1926 in Lille deutlich erinnerte. Das verdeutlichten auch die Beschlüsse der II. Organisationskonferenz der Komintern von 1926: „Unsere Politik wird in den Betrieben gemacht, aber auch örtlich, in den Cafés, sie wird ebenfalls auf dem Lande gemacht (...). Sie wird im Rahmen der Departements gemacht, und die kommunistische Partei, die mit ihrer Politik nicht in den Wolken schwebt, muß all diesen Realitäten absolute Rechnung tragen.“

Das Ergebnis der Bolschewisierung – mit ihrer zweigleisigen Ausrichtung auf die Betriebe und das Heranziehen von Arbeiterführern – ließ nicht auf sich warten. Zu gleicher Zeit, als die Führung der Partei die der Arbeiter wurde, erreichte sie 26 Mandate bei den Parlamentswahlen 1924, wovon etwas mehr als 50 % aus der Produktion kamen (gegenüber

0 % vorher). Zum ersten Mal in der Geschichte Frankreichs besetzte die Arbeiterklasse eine Führungsposition in einer politischen Organisation. Sie versuchte, vom Status der „Klasse an sich“ zu dem der „Klasse für sich“ zu kommen.

Arbeit in Gewerkschaften

In diesen Jahren der Bildung der jungen Partei bestätigte sich der proletarische Charakter des PCF durch eine solide Arbeit in den Gewerkschaften, vor allem in der CGTU. Die CGTU wurde 1921 von aus der reformistischen CGT Ausgeschlossenen gebildet und wuchs kräftig. Das ging nicht ohne Probleme vor sich: Die leitende Gewerkschaftsgeneration vor 1914 befaßte sich mit Tagesproblemen, während die jungen Arbeiter zuerst mit dem Kapitalismus fertig werden wollten. Sie empfanden den „Kampf ums Beefsteak“ als überholt. Dem PCF gelang die Fusion der beiden Generationen, was das Aufkommen einer soliden Strömung des Klassenkampfes in der Gewerkschaftsbewegung ermöglichte, zuerst in der CGTU, nach 1935 dann in der wiedervereinigten CGT. Der PCF verstand es auch, große Arbeiterführer an seine Seite zu ziehen, z. B. Gaston Monmousseau, Führer des revolutionären Flügels der CGT während des Ersten Weltkrieges, dann ab 1922 Generalsekretär der CGTU. 1925 trat er in den PCF ein und kam 1926 ins Politbüro.

Das bedeutete nicht, daß die Klassengewerkschaft unter Vormundschaft der Partei stand. Stalin sagte während der Sitzung des Exekutivkomitees der Komintern zur französischen Frage: „Die Führung der Gewerkschaften läßt sich nur mit Hilfe der Kommunisten ausüben, die ständig in den Gewerkschaften arbeiten, nicht aber, wenn man sie umgeht. (...) die Partei kann sich nicht festigen, wenn sie nicht in den Gewerkschaften und ihren Führern eine starke Stütze hat.“ (J. W. Stalin: Werke, Band 8. Dietz Verlag, Berlin 1952, Seite 94)

Der PCF errang durch beispielhaftes, selbstloses Arbeiten in der Gewerkschaft und beim Kampf in den Betrieben Leitungsfunktionen. In verschiedene Gewerkschaftsinstanzen gewählte kommunistische Aktivisten waren von ihren Arbeitskollegen wegen ihrer praktischen Arbeit anerkannt. Sie waren eine Vorhut der Arbeiterklasse, weil sie zum einen ständig fest in der Klasse verankert waren und so sektiererische linke Abenteuer vermieden. Und sie besaßen andererseits eine strategische Vision des Klassenkampfes – die sie vor reformistischen Illusionen schützte. Eine solche Fähigkeit war und ist nicht per Dekret zu erreichen; sie baut sich durch die Ausbildung der Aktivisten auf, durch die Beherrschung der marxistisch-leninistischen Theorie und die wissenschaftliche Analyse der Kämpfe und anderes.

Lenin bemerkte im Februar 1922 (in den „Notizen eines Publizisten“): „Die Umgestaltung des alten Typus der parlamentarischen, in Wirklichkeit reformistischen und nur leicht revolutionär übertünchten europäischen Partei zu einem neuen Typus der Partei (...) ist eine außerordentlich schwere Sache. (...) es durchzusetzen, daß die Partei zur Vorhut des revolutionären Proletariats wird, sich dabei nicht von den Massen zu lösen, sondern

in immer nähere und engere Verbindung mit ihnen zu kommen, sie zum revolutionären Bewußtsein und zum revolutionären Kampf emporzuheben – das ist das Schwierigste, aber auch das Wichtigste.“ (Lenin: Werke, Band 33. Dietz Verlag, Berlin 1966, Seite 194)

Eben das schaffte der PCF in den Feuern der Schlachten der Jahre 1933, 1940, 1950, 1960, auch noch 1970, und wurde die treibende Kraft der Arbeiterklasse gemeinsam mit anderen sozialen Schichten, vor allem in der Welt der Bildung und Kultur.

Der PCF verstand, sich immer mehr den Massen zu nähern, deren Sprachrohr er wurde und indem er eine unbestreitbare „Tribunen-Funktion“ ausübte. Mit Geschick und Zielstrebigkeit wurde er eine große Massenpartei, engagierte sich in der antifaschistischen Volksfront und leitete in der Tat mit der CGT die große Streikbewegung vom Mai/Juni 1936, durch welche die 40-Stunden-Woche, bezahlter Urlaub von 15 Tagen und eine Lohnsteigerungen von 7 bis 15 % (für die niedrigste Stufe) erreicht wurden, aber auch die Einrichtung von Personalvertretungen, die Ausweitung von kollektiven Verträgen auf alle Werkstätigen und die Anerkennung der gewerkschaftlichen Freiheit.

Seele der Résistance

Erinnert werden muß an die heroische, entscheidende und wesentliche Rolle des PCF im antifaschistischen Widerstandskampf von 1940 bis 1945. Der PCF, die „Partei der Füsilierten“, war die Seele der inneren Résistance, nicht nur der Résistance der französischen Widerstandskämpfer, sondern auch jener der Arbeiterklasse. Während der Okkupation machte sich die französische KP die Sorgen der Massen zu eigen, um so auch ihr Bewußtsein zu heben: Ab 1939 bis 1940 wurde alle Kraft gegen die Teuerungen eingesetzt, womit die unmittelbaren Probleme aufgenommen wurden. Das zeigt sich in Besetzungen von Bürgermeisterien durch Hausfrauen, durch Demonstrationen, Delegationen, dann durch Streiks, wie die große Arbeitsniederlegung in Nord-Pas-de-Calais im Mai/Juni 1940, der in zwei Wochen 100 000 Werkstätige in Bewegung setzte. Indem die Arbeiterklasse den Kampf gegen die Unternehmer aufnahm, wurde sie sich der wahren Natur des Vichy-Regimes und seiner engen Verbindungen zu den faschistischen Besatzern bewußt. Die Nazis und die französische Polizei kollaborierten in der Tat bei der Unterdrückung der Streikenden, der Gewerkschafter und der Kommunisten. So verankerte die KP im Bewußtsein der werktätigen Massen den Zusammenhang von Klassenkampf und nationaler Frage.

Nach Kriegsende stellte der katholische Schriftsteller François Mauriac fest: „Letztlich ist allein die Masse der Arbeiterklasse der Fahne des geschändeten Vaterlands treu geblieben.“ Dieser Einsatz der Arbeiterklasse ist der Kommunistischen Partei zu danken.

Entnommen dem Heft „Chantiers“ Nr. 39 v. 31.12.2020. Redaktionell leicht gekürzt. Im Internet auf französisch: cercles.comunistes.free.fr

Übersetzung: Alexandra Liebig

Wiedergelesen

Klaus Mann: „Mephisto“ – 1956 in der DDR aufgelegt, in der BRD verboten

Am 24. Februar 1971, vor gut fünfzig Jahren, verkündete das Bundesverfassungsgericht der Bundesrepublik Deutschland sein Urteil in einem Rechtsstreit, der durch alle Instanzen geführt worden war und national wie international große Beachtung gefunden hatte. Begonnen hatte er nach dem Tode des Schauspielers Gustav Gründgens am 7. Oktober 1963. Er war während einer Weltreise in der philippinischen Hautstadt Manila gestorben. Sein Adoptivsohn und Alleinerbe Peter Gorski klagte gegen die Nymphenburger Verlagshandlung, die sich 1965 entschlossen hatte, den Roman „Mephisto“ von Klaus Mann auch in der Bundesrepublik zu veröffentlichen.

In der DDR war das Buch bereits 1956, zwanzig Jahre nach der Erstausgabe und nach gescheiterten Versuchen von Erika Mann, einen bundesdeutschen Verlag für eine Veröffentlichung zu gewinnen, im Aufbau-Verlag erschienen. Die Auflagenhöhe betrug stattliche 50 000 Exemplare, die rasch vergriffen waren – man konnte die DDR-Ausgabe auch in der BRD erwerben.

In dem Rechtsstreit ging es im Grundsatz um das Verhältnis von Kunstfreiheit auf der einen und Persönlichkeitsschutz auf der anderen Seite. Das Gericht konstruierte einen „postmortalen“ Persönlichkeitsschutz, weil der im Grundgesetz verankerte Persönlichkeitsschutz nur lebenden Personen zugute kommt. Es bewertete in seiner Entscheidung diesen „postmortalen“ Persönlichkeitsschutz höher als die Kunstfreiheit. Damit war die Klage von Gorski gegen die Nymphenburger Verlagshandlung erfolgreich. Die Veröffentlichung des Romans „Mephisto“ war in der BRD verboten. Das Urteil ist bis heute rechtskräftig. Erst zehn Jahre später, im Jahr 1981, wurde der Roman trotz des bestehenden Veröffentlichungsverbots in der Bundesrepublik im Rowohlt-Verlag veröffentlicht und erreichte im Jahr 2012 seine 17. Auflage.

Klaus Mann wurde am 18. November 1906 als ältester Sohn von Thomas Mann in München geboren. Er starb durch Freitod am 21. Juni 1949 in Cannes. Am 13. März 1933 emigrierte er zunächst nach Paris und von dort in die kleine südfranzösische Ortschaft Sanary-sur-Mer, wo seine Familie und viele deutsche Emigranten Zuflucht gefunden hatten. Die nächsten Stationen waren Amsterdam und Küsnacht. Am 10. Mai 1933 wurden auch seine Bücher verbrannt. 1934 erfolgte seine Ausbürgerung durch das Naziregime.

Aus dieser Zeit ist seine vielfältige antifaschistische Tätigkeit bekannt. Er gründete und leitete die erste literarische Emigrantenzeitschrift „Die Sammlung“ (1933/35). 1934 nahm er am 1. Allunionskongreß der Sowjetschriftsteller in Moskau und im Juni 1935 am I. Internationalen Schriftstellerkongreß zur Verteidigung der Kultur in Paris teil, auf dem er eine aufsehenerregende Rede hielt. Er beschäftigte sich darin mit der Frage, wie es dem Faschismus gelingen konnte, die Jugend

für sich zu gewinnen und warum die linken Kräfte in dieser Frage versagt hätten.

Um die Jahreswende 1935/36 bewegten und begeisterten ihn die Aktivitäten, die Artikel, Aufrufe und Einschätzungen seines Onkels Heinrich Mann zur politischen Situation im faschistischen Deutschland und zum Beitrag der Literatur im Kampf gegen den Faschismus. Heinrich Mann spielte eine führende Rolle im Pariser Lutetia-Kreis und bei den Bemühungen um die Bildung einer deutschen Volksfront aller Hitler-Gegner. In dieser Zeit vertiefte Klaus Mann sich in Zeitungsartikel über die Situation in Nazi-Deutschland, las erneut den Roman seines Onkels „Der Untertan“, Goethes „Faust“ und Maupassants „Bel Ami“. Die Gesamtheit dieser Eindrücke bestärkte ihn, einen neuen Roman zu schreiben.

Die Machtübergabe an die Nazis hatte ihn und sein literarisches Schaffen grundlegend verändert – darin sind sich alle Biographen einig. Sie gab ihm eine neue Richtung und neue Ziele in seinem Ringen um eine aktive, gesellschaftlich progressive Funktion bürgerlich-humanistischer Literatur. Er wurde zu einer zentralen Figur der antifaschistischen Publizistik. Im Exil entstanden daher Klaus Manns bedeutendste Arbeiten, die trotz Flüchtigkeiten, Kompositionsschwächen und Hang zum Episodischen ein bemerkenswertes Werk sind.

Es war kein Geringerer als sein Freund, der Schriftsteller Hermann Kesten, der Klaus Mann im November 1935 nach der Veröffentlichung von „Symphonie pathétique“ von der Idee abbrachte, einen utopischen Roman über Europa in 200 Jahren zu schreiben. Vielmehr begeisterte er ihn mit dem Vorschlag, in einem Roman den kometenhaften Aufstieg eines homosexuellen Karrieristen im Nazireich, mit dem Staatstheaterintendanten Gustaf Gründgens als Hauptfigur, künstlerisch zu beschreiben. Zudem sollte das Buch, so Kestens weiterer Vorschlag, gesellschaftskritisch werden und viele satirische Elemente enthalten.

Nach einigem Zögern und Abwägungen – es ging ja immerhin um einen Menschen, den er gut kannte, mit dem er zusammengearbeitet hatte und der bis zur Scheidung seiner Schwester von Gründgens 1929 sein Schwager war – faßte er den Entschluß, Kesten zu folgen. Wir wissen aus seinen Tagebuchnotizen, daß er am 21. Dezember 1935 mit den Vorarbeiten begann und sich für den Namen Hendrik Höfgen für die Hauptfigur entschied, weil darin das Wort „Höfning“ mitschwingt – der Schauspieler als Hofnarr, als „Affe der Macht“ (so heißt es im Roman).

Er stellte Teile des Buches in Lesungen und Gesprächen vor, zwei Amsterdamer Exil-Verlage meldeten sich kritisch zu Wort und Mann selber schrieb in seinen Tagebüchern: „Mephisto“ wird ein kaltes und böses Buch. Vielleicht wird es den harten Glanz des Hasses haben.“

Am 17. Juni 1936 kündigte die Emigrantenzeitschrift „Pariser Tageblatt“ einen Vorabdruck des Romans folgendermaßen an: „Das Werk ist ein Theaterroman aus dem Dritten Reich. Im Mittelpunkt stehen Figuren aus der Wirklichkeit, die glänzend gesehen sind.“

Ein paar Tage später folgte die ergänzende Ankündigung: „Ein Schlüsselroman. Im Mittelpunkt steht die Figur eines Intendanten und braunen Staatsrates, der die Züge Gustav Gründgens trägt. Um ihn herum erkennt man den ganzen Troß der nationalsozialistischen Würdenträger.“

Diese Ankündigung löste Proteste aus, denen Klaus Mann entgegnete: „Kein Schlüsselroman. Eine notwendige Erklärung: Ich muß protestieren – um der Würde Ihres Blattes willen; um unserer Leser willen, die zu anspruchsvoll sind, als daß sie mit ‚Schlüsselromanen‘ amüsiert sein möchten; schließlich auch um meiner eigenen Würde willen ... Hier handelt es sich um kein ‚Portrait‘, sondern um einen symbolischen Typus – der Leser wird beurteilen, ob auch einen lebensvollen, dichterisch geschauten und gestalteten Menschen.“

Diese „Richtigstellung“ wurde mit Schmunzeln bedacht, denn zu deutlich waren die lebenden Vorbilder der Romanfiguren zu identifizieren: Hendrik (eigentlich Heinz) Höfgen = Gustav Gründgens; Otto Ulrichs = Hans Otto; Juliette Martens = Andrea Manga Bell; Dora Martin = Elisabeth Bergner; Nicoletta von Niebuhr = Pamela Wedekind; Barbara Bruckner = Erika Mann; Geheimrat Bruckner = Thomas Mann; Sebastian = Klaus Mann; Ministerpräsident, der Fliegergeneral, der Dicke, die Macht, etc. = Hermann Göring; Theophil Marder = Carl Sternheim; Der Professor = Max Reinhardt; Benjamin Pelz = Gottfried Benn.

Mann nahm an dem Manuskript in der Zeit des Vorabdrucks im „Pariser Tageblatt“ viele Korrekturen vor. Das Buch erschien – ohne homosexuelle Bezüge – erst im Oktober 1936 im Amsterdamer Querido-Verlag. Anfang Dezember waren bereits 1 200 Exemplare verkauft.

Mit Kritiken äußerten sich u. a. Johannes R. Becher, Stefan Zweig, Kurt Hiller, aber auch Klaus Manns Bekannte und Verwandte wie seine Mutter Katia und sein Vater Thomas. In der Exilpresse schrieben Hermann Kesten, Hugo Huppert, Ludwig Marcuse und Balder Olden, der meinte, das Buch werde in Deutschland „verboten und verschlungen“ werden. Auch Gottfried Benn, der sich selbst in der Person Benjamin Pelz erkannte, äußerte sich zum „Mephisto“: „Geistig sehr schwach, sachlich abgestanden, kritisch unergiebig.“

Gründgens erhielt mehrere Freiemplare. Seiner Behauptung, er habe das Buch nie gelesen, wird von seinem Mitarbeiter mit der Wahrnehmung widersprochen, Gründgens habe den „Mephisto“ fast auswendig gekannt.

Dr. Dirk Krüger
Wuppertal

Auf den Prüfstand

Nachdenken über ökonomische Gesetze

In dem Buch „Politische Ökonomie des Sozialismus – ihre Anwendung in der DDR“ von 1975 heißt es zu ökonomischen Gesetzen, diese würden „... existieren und wirken, unabhängig vom Willen und Bewußtsein der Menschen“. Sie würden aber „... die Tätigkeit von Menschen voraussetzen, einschließen und bestimmen“.

Es erschließt sich mir nicht, welche „außermenschliche“ Kraft das Handeln der Menschen bestimmen soll, ohne daß es diesen bewußt wird.

In dem Lehrbuch ist in diesen Zusammenhängen von „Ausnutzung“ der ökonomischen Gesetze die Rede. Aber auch diese abgeschwächte Formulierung setzt gedanklich voraus, daß es irgendeine Kraft gibt, die es in den Dienst der Menschen zu stellen gilt.

Doch nicht nur in unserer Lehre gab es solche, wie ich meine, Ungereimtheiten im Verhältnis von (subjektivem) Erkennen und Handeln und (objektiven) Mächten, die letztlich bestimmend sind für das Handeln der Menschen.

In der kapitalistischen Wirtschaftsordnung wird vor allem der „Markt“ zu einem Mysterium hochstilisiert. „Der Markt wird es richten“, heißt es allenthalben. Gegen ihn könne man trotz vieler Bemühungen eben nichts machen. Ohne ihn würde es ja auch kein Wachstum, keinen Fortschritt geben.

Ich vertrete den Standpunkt, daß in jeder menschlichen Gesellschaft nichts, aber auch gar nichts ohne den Willen und das Bewußtsein von Menschen geschieht. Jedes Handeln setzt voraus, daß die entscheidenden Personen oder Personengruppen einer gestellten Zielsetzung folgen und entsprechend gegebener Bedingungen die Arbeit organisieren. Sie bedürfen – bei Beachtung geltender Regeln des Zusammenlebens – keinerlei äußerer, „außermenschlicher“ Anregungen, Anleitungen oder was sonst auch immer.

Wenn man von dieser Position ausgehend die kapitalistische und die sozialistische Gesellschaft betrachtet und vergleicht, kann man epochale Unterschiede feststellen.

Das kapitalistische Wirtschaftssystem beruht weitestgehend auf Privateigentum an Produktionsmitteln und Kapital überhaupt und wird beherrscht von dem zwanghaften Drang nach Profiterzielung der Kapitaleigentümer. Dem liegt der schier unbändige Wille nach möglichst maximaler Profitsteigerung und der Druck, sich gegen die Konkurrenz behaupten zu müssen, zugrunde. Wenn man will, könnte man diesen Zusammenhang schon mal als eine Gesetzmäßigkeit bezeichnen. Was mir aber viel wichtiger erscheint, ist die Tatsache, daß die auf diesen Privatinteressen beruhenden Entscheidungen und Handlungen in der Gesellschaft zu Konsequenzen führen, die von den Einzelunternehmern überhaupt

nicht überschaut und somit auch nicht berücksichtigt werden können. Das „Bewußtsein“, d.h. das wirkliche Wissen der Unternehmer beschränkt sich zwangsläufig auf das eigene Unternehmen und ihr direktes Umfeld. Sie entscheiden und handeln durchaus rational – aber eben nur in bezug auf ihre eigenen Zielstellungen und Handlungsmaximen.

Das eigentliche Problem ist jedoch, daß von diesen betriebswirtschaftlich begründeten Handlungen volkswirtschaftlich und gesellschaftlich Entwicklungen losgetrennt werden, die den Entscheidungssträgern unbekannt bleiben, und sollten sie sich dessen doch bewußt werden, werden sie hintergangen, höchstens widerwillig befolgt, weil diese in der Regel den selbstgesetzten Zielstellungen zuwiderlaufen. Diese „Fernwirkungen“ führen dann zu den kapitalistischen Produktionsweise charakterisierenden Merkmalen mit z.T. verheerenden gesellschaftlichen Konsequenzen. Das ist, kurz zusammengefaßt, die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise, also praktisch die Planlosigkeit, Nichtbeherrschbarkeit volkswirtschaftlicher Prozesse und ihre Wechselbeziehungen zu gesellschaftlichen Erfordernissen. Die Anarchie wurde bereits von den Klassikern erkannt und in den Rang eines ökonomischen Gesetzes erhoben. Sie äußert sich in dauerhafter Arbeitslosigkeit, immer wiederkehrenden Krisen, wachsender Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich, fortschreitender Umweltzerstörung, im Abhängig-Werden ganzer Regionen und Länder, wachsende Kriegsgefahren etc. Alle diese Merkmale lassen sich direkt oder indirekt auf das bewußte, aber eben betriebswirtschaftlich profitorientierte Handeln der Kapitaleigentümer zurückführen und ist im Rahmen kapitalistischer Produktionsverhältnisse unabwendbar. Insofern objektiv, also „gesetzmäßig“.

Allerdings, diese „objektiven ökonomischen Gesetze“ bestimmen nicht das Handeln der Akteure, sondern umgekehrt, das mit Willen und Bewußtsein begründete Handeln der Akteure bringen zwangsläufig gesellschaftliche Konsequenzen hervor, die in den gegebenen Eigentumsverhältnissen wurzeln. Gesellschaftliche Aktivitäten, Gewerkschaften, oppositionelle Kräfte stemmen sich zwar gegen diese Auswirkungen, sie können sie aber höchstens „deckeln“, Symptome mildern, aber Ursachen nicht beseitigen.

Was also im Kapitalismus objektiv, nachhaltig, gesetzmäßig erscheint, ist trotzdem immer nur menschengemacht. Keine „unsichtbare Hand des Marktes“ (Adam Smith), kein „objektives ökonomisches Gesetz“, aber auch keine Schicksalsfügung und Ewigkeitsgarantie des Eigentums kann die Menschen wie Marionettenpuppen an unsichtbaren Strippen tanzen lassen. Was

Menschen tun, muß auch von Menschen richtiggestellt werden können. Das jedoch setzt ein Bewußtwerdungsprozeß voraus. Die Frage ist, wer sind die wirklichen „Strippenzieher“, die sich hinter dieser „unsichtbaren Hand“ geschickt verbergen, welche Ziele verfolgen sie und über welche Machtmittel verfügen sie, daß sie ihre Ziele auch gegen den Willen der großen Mehrheit der Menschen durchdrücken können?

Für Marxisten liegt es auf der Hand, daß es sich um die Kapitaleigentümer selbst handelt. Wenn, was historisch gesehen zwingend notwendig ist, die Miseren der kapitalistischen Produktionsweise überwunden werden müssen, ist dies nur dauerhaft möglich durch Überwindung der Anarchie der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, also der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse.

Nur, wenn sich die Menschen frei machen können von den Zwängen der profitorientierten Wirkungsmechanismen der „freien“ Marktwirtschaft können sie ihre Zukunft nach eigenen Zielstellungen bewußt gestalten. Diese Zielstellungen sind eben Schutz der Natur für alle zukünftige Generationen, Sicherung eines friedlichen Zusammenlebens der Völker und Nationen, menschenwürdige Lebensverhältnisse für alle etc.

Von diesen Zielstellungen aus sind die konkreten Handlungsmaximen abzuleiten, wozu wir aufgrund eines (zu diesem Zweck notwendiger Weise zu schaffenden) vergesellschafteten Eigentums und einer volkswirtschaftlichen Planwirtschaft grundsätzlich in der Lage sein können. Allerdings hat unsere eigene Vergangenheit gezeigt, daß das deutlich schwieriger ist, als wir es uns vorgestellt haben. Dennoch ist es zwingend notwendig, die kapitalistische Produktionsweise zu überwinden. Dazu bedarf es m. E. aber keinerlei „ökonomischer Gesetze“, schon gar nicht, wenn man sie „unabhängig vom Willen und Bewußtsein der Menschen wirkend“ ausgibt. Denn sie sind entsprechend dem Wissen des jeweiligen Forschungsstandes in der DDR lediglich deklariert, nicht, wie Naturgesetze entdeckt worden. Und so spreche ich mich, wenn es um die sachliche Analyse unserer eigenen positiven und auch negativen Erfahrungen geht, dafür aus, die „objektiv wirkenden“ Gesetze wie das Gesetz der planmäßig, proportionalen Entwicklung, das Wertgesetz, das Gesetz der stetigen Steigerung der Arbeitsproduktivität u.a. auf den Prüfstand zu stellen.

Was wir brauchen, ist die Erarbeitung von Schlußfolgerungen für die Gestaltung eines künftigen Wirtschaftssystems entsprechend unserer sozialistischen Weltanschauung und keine wie auch immer zu bezeichnenden Mystifizierungen und die Postulierung ewiger Wahrheiten.

Dr. Peter Elz

Zum 45. Jahrestag der Eröffnung des Palastes der Republik

Nach nur 32monatiger Bauzeit fand am Wochenende vom 24. zum 25. April 1976 die feierliche Eröffnungsveranstaltung des Palastes der Republik statt, an der 3 800 Gäste, so die am Bau beteiligten Bau- und Montagearbeiter, Werk tätige der Zulieferindustrie, Kulturschaffende und Angehörige der Nationalen Volksarmee, teilnahmen. Mit dabei waren Persönlichkeiten der Partei und Staatsführung der DDR, die ihren Dank an die am Bau beteiligten Kollektive übermittelten. Prominente Künstler des In- und Auslandes gestalteten ein mitreißendes Festprogramm. Gemeldet wurde, daß am ersten Eröffnungstag bis in die späten Abendstunden 105 000 Besucher gezählt wurden. Die Geschichte des Palastes bestätigt, daß der Bau im wahrsten Sinne des Wortes ein Haus des Volkes, eine Stätte der Begegnungen, der Geselligkeit, der Kultur und Bildung gewesen ist. Es wurde mit seinen großartigen, in Europa unvergleichlichen Möglichkeiten bis zu seiner Schließung am 19. September 1990, die unter dubiosen, bis heute nicht vollständig geklärten Umständen stattfand, von den Besuchern, Gästen, Künstlern, Interpreten in beeindruckender Weise angenommen.

Etwa 15 000 Besucher pro Öffnungstag zählte der Palast in der Folgezeit, 70 Millionen waren es in den Jahren von 1976 bis 1990.

Das Haus des Volkes war, so die Meinung von Fachexperten und Architekturhistorikern, einmalig in der deutschen Geschichte.

Eine Bürgerin der Alt-BRD schrieb, daß sie nach einem Fernsehbericht über den Palast erst so richtig begriffen habe, warum dieser

Bau weg mußte – so etwas konnte die reiche Bundesrepublik ihren Bürgern nicht bieten. Unmittelbar nach Bekanntwerden der Abrißabsichten regte sich ab 1993 unübersehbarer Protest. Dessen Formen und Akzente veränderten sich im Laufe der Jahre, verstummt ist er bis heute nicht. Er wird mit neuen Akti-



vitäten des 2007 gegründeten und deutschlandweit wirkenden Bürgerinitiative, des „Freundeskreises Palast der Republik“, fortgesetzt. Jeder, der sich zu seinen Zielen und Aufgaben bekennt, kann Mitglied werden. Einer seiner aktuellen Schwerpunkte ist die Einflußnahme auf die Erinnerung an den Palast im Humboldtforum auf dem Berliner Schloßplatz. Dazu wurden im Rahmen seiner „30 Thesen zum Palast der Republik und Schloßplatz Berlin“ Vorschläge entwickelt

und der Öffentlichkeit übergeben. Sie sind Gesprächsgegenstand mit Politikern, aber auch mit der Leitung der Stiftung Humboldtforum im Berliner Schloß.

Vorgeschlagen werden u.a. folgende Ausstellungskomplexe bzw. Ausstellungselemente

- ein Palastmodell im Maßstab 1:50
- die Darstellung der Volkskammer der DDR mit Sachzeugnissen und Ausstellungen
- die Aufstellung der Gläsernen Blume an einem geeigneten Ort im Humboldtforum
- die Dokumentation typischer Palastveranstaltungen, des TIP und des Palastalltags, besonders auch der gastronomischen Einrichtungen
- die vollständige Nutzung der Gemädegalerie des Palastes
- die Dokumentation der Palastzwischenutzung
- die Dokumentation des Protestes gegen die Palastschließung

Diese und weitere Vorschläge bestimmen gegenwärtig die Arbeit des Freundeskreises. Aus Anlaß des 45. Jahrestages der Palasteröffnung wird eine Wanderausstellung vorbereitet und Ende April eröffnet. Sie soll ein Ort der Begegnung mit ehemaligen Palastbesuchern und ihren Erinnerungen an das Haus sowie mit jüngeren Menschen sein, für die der Palast Neuland darstellt. Natürlich werden auch Politiker, Künstler, Fachexperten und nicht zuletzt die „RotFuchs“-Leser zum Gespräch bzw. Meinungsaustausch eingeladen.

Rudi Jenner, Dieter Lämpe
Freundeskreis Palast der Republik

Betriebsrisikolehre ist Klassenjustiz

Der im Januar-Heft des RF veröffentlichte Beitrag „Betriebsrisikolehre“ von Wilhelm Rettler gibt Anlaß zu einigen Klarstellungen:

1. Die Regelung des § 615 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) über den Annahmeverzug des Arbeitgebers widerspricht nicht der Marx'schen Lohntheorie. Im Gegenteil: Sie bestätigt, daß der Arbeiter eben nicht seine Arbeit dem Kapitalisten zur Verfügung stellt, sondern nur seine „Arbeitskraft“, also nur seine potentielle Möglichkeit zu arbeiten. Arbeit ist Einsatz der Arbeitskraft. Seine Arbeitskraft zur Verfügung stellen, tut er auch dann, wenn diese nicht zur „Arbeit“ gelangt, weil der Unternehmer sie nicht einsetzen kann. In diesen Tagen von Corona ist das ein sehr häufiger Fall und die Unternehmer tun alles, um diese Rechtsfolge des Gesetzes zu verhindern und den Arbeiter um ihren Lohn zu betrügen.
2. Die Aufhebung dieser klaren gesetzlichen Regelung durch das Reichsgericht, später das Reichsarbeitsgericht und das

Bundesarbeitsgericht durch sogenanntes Richterrecht war kein demokratisch legitimes Recht und deshalb klar verfassungswidrig. Das Reichsgericht urteilte in dem „Straßenbahnerfall“ sogar so, daß man, um zu einem „gerechten Ergebnis“ zu kommen, gar „nicht von den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches ausgehen dürfe“, sondern „die sozialen Verhältnisse“ ins Auge fassen müsse. Man stelle sich das vor: Ein Gericht schiebt ein Gesetz beiseite und faßt „die sozialen Verhältnisse ins Auge“. Das ist und das war nichts anderes als massiver Rechtsbruch. Vor allem westdeutsche Marxisten haben diese Rechtsprechung in den 70er Jahren immer wieder zu Recht als illegitime Klassenjustiz gegeißelt.

3. Indem die Betriebsrisikolehre eine „Ausnahme“ vom Annahmeverzug des Unternehmers bei Streiks macht, läßt sie die Arbeiter als Klasse für ihre Klassengenossen haften. Das war Klassenjustiz in Reinkultur, da hier

(sogar entgegen dem bürgerlichen Gesetz) an die Zugehörigkeit zur Klasse Rechtsfolgen geknüpft werden. Keiner hat das so gut erkannt wie der konservative Arbeitsrechtler Kurt Biedenkopf, der diese „Lehre“ unter Hinweis darauf, sie argumentiere „wie das Kommunistische Manifest“, kritisierte. Richtig daran war, daß diese Justiz tatsächlich von der juristischen Argumentation übergegangen war zu einem ideologischen Klassenkampf.

4. Es gilt immer wieder daran zu erinnern, daß diese Rechtsprechung gegen das Gesetz gerichtet war und ist und nur einem Klasseninteresse folgte und folgt. Dieses „Richterrecht“ war und ist illegitim und verfassungswidrig und kein Recht.

Dr. Rolf Geffken
Hamburg

Quelle: Geffken, Klassenjustiz 1972, S. 22 f.; ders., Umgang mit dem Arbeitsrecht, 2019, S. 156 ff.

Unbeirrt

Elfriede Brüning – eine Lebensreise durch Raum und Zeit

Elfriede Brüning umspannte mit ihrer Schreibein Arbeit ein ganzes Jahrhundert. Sie wurde 103 Jahre alt. Aus der Widerstandskämpferin vor und im Zweiten Weltkrieg entwickelte sich später eine Begleiterin des DDR-Alltags und des zwangsvereinigten Deutschlands. Ihr ganzes Leben packte sie zwischen zwei Romane: „Und außerdem ist Sommer“, Leipzig 1934, und: „Und außerdem war es mein Leben“, Berlin 1994. Dazwischen schrieb sie ein Dutzend Romane und mehr als 50 Erzählungen, Novellen, Filmerzählungen und Stücke.

Sie sagte von sich: „Mich trieb es mit Macht an die Schreibmaschine. Das Schreiben bot mir die einzige Möglichkeit, meinem Leben einen Sinn zu geben.“ Dabei war ihr das nicht in die Wiege gelegt worden. Elfriede Brüning wurde am 8. November 1910 in Berlin geboren. Nach dem Besuch der Schule arbeitete sie als Büroangestellte und Sekretärin. Bereits mit 16 Jahren veröffentlichte sie Feuilletons und Reportagen. Ab 1930 konnte sie ihre Arbeiten in großen bürgerlichen Zeitungen plazieren, seit 1932 in der KPD-nahen Presse, in der „Roten Post“ zum Beispiel und in der „Arbeiter Illustrierten Zeitung“. 1931 trat sie der KPD bei, 1932 wurde sie Mitglied des Bundes Proletarisch-Revolutionärer Schriftsteller (BPRS). Im Oktober 1935 wurde sie wegen des Verdachts auf Hochverrat verhaftet, kam nach einem halben Jahr frei, mußte sich aber regelmäßig bei der Gestapo melden. 1937 heiratete sie den Lektor und Schriftsteller Joachim Barckhausen. 1942 wurde ihre Tochter Christiane geboren.

Elfriede Brüning, aus kleinbürgerlichen Verhältnissen stammend, wußte früh, daß sie ihren Lebensunterhalt mit dem Schreiben verdienen wollte – für ein Mädchen ihrer Herkunft in den 20er Jahren ein scheinbar unerfüllbarer Traum, doch Elfriede folgte unbeirrt ihrem Weg. Sie las, was sie in die Hände bekam.

1940 erwarben ihre Eltern ein Laubengrundstück in der Krümmen Straße in Zühlsdorf im heutigen Landkreis Oberhavel, wo sie wegen der Bombenabwürfe auf Berlin bald fest wohnten. Ab Januar 1945 versteckten sie dort in einem Erdunker ihren Bruder Wolfgang, der als Marinesoldat desertiert war.

Ab 1950 arbeitete sie als freie Schriftstellerin. Ihre in der DDR viel gelesenen, oft autobiografisch gefärbten Texte behandeln meist Frauenschicksale sowie den Widerstand in Nazi-Deutschland.

Am 8. November 2010 feierte Elfriede Brüning ihren hundertsten Geburtstag. Kurz vorher, Ende August 2010, hat sie zum Friedensfest in Strausberg gelesen und fleißig Bücher signiert. Sie erzählte aus ihrem Leben: „Bei meinem Eintritt in die KPD war ich zwanzig Jahre alt. Wir wollten die alte, verrottete Welt aus den Angeln heben, eine neue, gerechte Ordnung errichten, in der unter anderem auch Köchinnen Schulen und Universitäten besuchen können, um Minister zu werden, wie Lenin forderte. Aber wir mußten erst das Ende des Zweiten Weltkrieges erleben, ehe wir in einem Teil des Landes den Versuch unternehmen konnten, unsere Ideale zu verwirklichen.“ Nach den Jahren des Faschismus fieberte Elfriede Brüning der neuen Zeit entgegen. Wie viele andere beteiligte sie sich am Aufbau des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden und konnte sich nicht vorstellen, jemals das Ende dieses Staates miterleben zu müssen. Sie schrieb: „Als wir am nächsten Morgen erwachen, ist nichts mehr so, wie es vorher war. Wir gleichen Waisen, die ihre Eltern durch Unfall verloren haben. Und die großspurige Bundesrepublik hat uns zwangsadoptiert.“

Schon beim ersten Versuch, die DDR zu liquidieren, am 17. Juni 1953, bezog sie klar Stellung. Die Tage vor dem 17. Juni verbrachte sie im Lokomotivbau Elektrotechnische Werke (LEW) in Hennigsdorf. Dort recherchierte sie

für ihren Roman „Regine Haberkorn“, der „die Probleme der Frauen von heute“ behandeln sollte. Um die Frauen und ihre Probleme besser kennenzulernen, ließ sie sich als Glimmerlegerin am Band einsetzen. Den 17. Juni selbst erlebte sie in Berlin, wo eine Versammlung des Schriftstellerverbandes angesagt war. Obwohl sie die Maßnahmen der Regierung nicht unkritisch sah, bekannte sie sich vorbehaltlos zu ihrem Staat, der DDR.

„Regine Haberkorn“ erschien 1955. In dem Roman gibt es eine der schönsten Beschreibungen brandenburgischen Lebens: „Über Nacht war es Frühling geworden. Niederschöpping, der häßliche Berliner Industrievorort, hatte sich seltsam verschönt, wie ein Mensch, der liebt. In dem klaren Wasser der Havel spiegelte sich der blaue Himmel und die Strömung floß so eilig dahin, als ob sie alle verlorene Zeit vom Winter wieder einholen müßte. In den Kleingärten mischte sich der kräftige Geruch frisch umbrochener Erde mit dem von Farbe und Teer, der von den benachbarten Bootshäusern herüber strich – und nur wenige Tage später, da traten alle diese Frühlingsgerüche hinter dem betäubenden Duft des Flieders zurück, dessen lila und weiße und rote Dolden überall in den Vorgärten aufgeblüht waren und die verwitterten Häuser und Lauben wie kokette Schleifen zierten.“ Bemerkenswert sind auch die in ihren autobiografischen Schriften aufgenommenen Texte über 200 hervorragende Persönlichkeiten – von Alexander Abusch und Johannes R. Becher bis Erich Weinert und Hedda Zinner –, die sie in ihrem Leben getroffen hat.

Über Elfriede Brüning gibt es die sehr empfehlenswerte Biografie „Frauen ohne Männer? Selbstverwirklichung im Alltag“ von Sabine Kebabir.

Die letzten Lebensjahre verbrachte sie wieder in ihrer Geburtsstadt. Sie starb 2014 in Berlin.

Heinz Pocher

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats April!

Zum 94. Geburtstag

Heinz Blauert (Berlin) am 13. April

Zum 93. Geburtstag

Brigitte Marx (Zörbig) am 4. April

Walter Andersson (Schwedt)
am 22. April

Zum 92. Geburtstag

Ursula Münch (Strausberg) am 11. April

Zum 91. Geburtstag

Dr. Werner Irmeler (Wandlitz) am 15. April

Zum 90. Geburtstag

Karl Halbritter (Aschersleben)
am 12. April

Zum 85. Geburtstag

Manfred Miethke (Potsdam) am 5. April
Erwin Heitschmidt (Mechernich)
am 29. April

Zum 80. Geburtstag

Hannelore Heinsch (Wandlitz, OT
Klosterfelde) am 2. April
Katharina Dreier (Berlin) am 11. April
Peter Müller (Freital) am 23. April

Wolfgang Hupfer (Chemnitz)
am 25. April

Zum 75. Geburtstag

Andreas Bendel (Dresden) am 23. April
Dr.-phil. Berndt (Waren) am 27. April
Bernd Gündel (Crinitzberg) am 30. April

Zum 70. Geburtstag

Friedrich Thiemann (Nienburg,
OT Altenburg) am 3. April
Dieter Obst (Freiberg) am 12. April

Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen anderen Geburtstagskindern des Monats.

Der Holocaust von Gardelegen

Wolfgang Kauffmann war neun Jahre alt, als seine Familie im August 1962 in Berlin-Buch überraschend Besuch von Tante Rosemarie Thiele aus dem Harzstädtchen Thale bekam. Sie erschien gemeinsam mit ihrem Mann Gerhard. Wolfgang Kauffmann hatte ihn vorher noch nie gesehen. Irgendetwas schien hier nicht zu stimmen. „Mein Bruder und ich wurden recht schnell aus dem Zimmer geschickt. Warum, wußten wir nicht“, erinnert sich Dr. Kauffmann, heute Arzt im Ruhestand. Kurz zuvor war sein Cousin Ulf, der Sohn von Rosemarie und Gerhard, unmittelbar vor seinem Abitur in Thale an Leukämie verstorben. Hing das Kommen der Verwandten mit diesem traurigen Ereignis zusammen? Später wurde in der Berliner Familie Kauffmann darüber nicht mehr gesprochen. Die Fragen der Söhne blieben unbeantwortet. Erst viel später erfuhr Kauffmann, wer da mit seinen Eltern am Kaffeetisch gesessen hatte: Gerhard Thiele, im April 1945 NSDAP-Kreisleiter von Gardelegen, SS-Obersturmbannführer und Oberleutnant der Wehrmacht. Seitdem wurde er als Hauptverantwortlicher für ein schreckliches Massaker am Tag vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs in der alten Hansestadt Gardelegen, 60 Kilometer nördlich von Magdeburg, steckbrieflich gesucht.

Der Todesmarsch

Im Frühjahr 1945 steht das faschistische Deutschland vor dem Zusammenbruch. Die Konzentrationslager im Südharz werden vor der heranrückenden Front evakuiert und die zu Skeletten abgemagerten und kranken Häftlinge zu Tausenden in Fußmärschen über den Harz getrieben. Wer nicht weiter kann, wird erschossen. Ihr Weg ist von Leichen gesäumt. Kein Häftling soll in die Hände der Alliierten fallen, hatte „Reichsführer-SS“ Himmler befohlen. Im Nordharz angekommen, werden die Häftlinge, Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene, Widerstandskämpfer und Juden aus vielen europäischen Ländern in Güterwaggons gepfercht und mit dem Ziel Bergen-Belsen und Sachsenhausen in Richtung Altmark transportiert. Die von der Front weiter entfernt liegenden Konzentrationslager können nicht mehr erreicht werden, die Bahngleise sind durch Bomben zerstört. In der Region Gardelegen werden vier bis fünftausend Häftlinge unter dem Kommando des SS-Hauptscharführers Erhard Brauny gesammelt. Am 13. April, gegen 16.00 Uhr, bringt man mehr als tausend Häftlinge – von SS-Leuten, Wehrmachtssoldaten, Angehörigen des lokalen Volkssturms und der Hitlerjugend bewacht – zur nahegelegenen Isenschnibber Feldscheune. Hier werden sie verpflegt. Man sagt ihnen, sie sollen sich zum Schlafen ins Stroh legen. Am nächsten Tag würde man sie den Amerikanern übergeben.

Das Massaker

Unter ihnen ist auch Zbigniew Waltz, von seinen Kameraden Nick genannt. Als polnischer Zwangsarbeiter in Berlin hat er gemeinsam mit seiner Verlobten Christina bis zu ihrer Verhaftung im Untergrund gegen die Faschisten gekämpft. Christina kam ins Gefängnis

nach Halle und muß dort die Vollstreckung des Todesurteils erwarten. Hoffnungsvoll denkt Nick, bevor er einschläft, ein letztes Mal an Christina: „Morgen wird alles vorüber sein, vielleicht ist es auch für Christina noch nicht zu spät.“

„In der Mitte der Scheune war loses Stroh aufgeschichtet“, erinnert sich der polnische Zeuge Stanisław Majewicz. „Ich nahm sofort Benzingeruch wahr.“ Kurz bevor die beiden eisernen Scheunentore geschlossen und verriegelt werden, stürmt ein SS-Mann mit gezogenem Revolver in der einen und ei-

mußten die Toten bestatten. Holzkreuze auf ihren Rücken tragend, zogen sie zur Begräbnisstätte, unter ihnen auch Volkssturmlaute und Hitlerjungen, die an der Untat beteiligt waren. Am 25. April 1945 wurde der militärische Ehrenfriedhof eingeweiht. „Sie haben die Achtung der zivilisierten Welt verloren“, rief Colonel George P. Lynch den Einwohnern von Gardelegen zu. Ihnen werden Gräber zur lebenslangen Pflege zugeteilt. Im Mai wurde im „Life Magazine“ über den „Holocaust von Gardelegen“ berichtet. Historiker meinen, daß hier zum ersten Mal das altgriechische Wort



Blick auf den Ehrenfriedhof und das Gedenkbuch

Foto: Andreas Froese-Karow, Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt

ner brennenden Fackel in der anderen Hand ins Scheuneninnere und wirft die Fackel ins Stroh. Rasend schnell breitet sich das Feuer aus. Einige Häftlinge versuchen den Brand zu löschen – vergeblich. Panik bricht aus. Die brennenden Menschen werfen sich gegen die Scheunenwände. Die Wände brechen nieder. Einige stürmen nach draußen. Ein Überlebender berichtet später, einen ins Freie Laufenden bemerkt zu haben, der mit dem Ruf „Vive la France“ unter dem sofort einsetzenden Maschinengewehrfeuer tot zusammenbricht. Handgranaten werden ins Scheuneninnere geworfen und explodieren dort. NSDAP-Kreisleiter Thiele soll befohlen haben, den Brand zu legen. Nun ordnet er an, noch mehr Benzin aus Gardelegen herbeizuschaffen, um alle Leichen zu verbrennen. Die menschlichen Überreste werden oberflächlich verscharrt.

Die Befreier

Am 15. April entdeckten die am Vortag in Gardelegen eingerückten amerikanischen Soldaten die verkohlten, halb vergrabenen Leichen. Nur wenige Häftlinge hatten das Massaker überlebt. Die männlichen Einwohner von Gardelegen, die älter als 16 Jahre waren,

„holocaustos = vollständig verbrannt“ im Zusammenhang mit Naziverbrechen gefallen ist. Nach 1985 hat es einen Bedeutungswandel erfahren und wird seitdem für die an jüdischen Menschen verübten Gräueltaten verwendet.

Schuld ohne Sühne

Erhard Brauny wurde 1947 im „Dachauer Dora-Prozess“ angeklagt und zu lebenslanger Haft verurteilt. Eine Beteiligung am Massaker in der Isenschnibber Feldscheune bestritt er. Gerhard Thiele, der als Hauptverantwortlicher des Massakers gilt, entzog sich seiner Verantwortung durch die Flucht und wurde nie gefaßt. Nachforschungen von Wolfgang Kauffmann und dem Gardelegener Torsten Haarseim zufolge soll er unter dem Namen Lindemann in Düsseldorf gelebt haben. Staatsanwaltschaften in Ost und West erhoben mehrmals Anklage gegen ihn und schrieben ihn zur Fahndung aus. 1997 bestätigte das Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt die Identität von Lindemann und Thiele, stellte aber fest, daß er bereits 1994 verstorben war.

Nach 1989/90 erhob der ehemalige Museumsleiter von Gardelegen, der auch für die

Gedenkstätte verantwortlich war, Strafanzeige gegen einige Häftlinge, die als Funktionshäftlinge, als Kapos, von der SS eingesetzt waren, um die Befehle der Wachmannschaften umzusetzen. Historiker, unter ihnen auch der jetzige Gedenkstättenleiter Andreas Froese, betonen, daß bei der Beurteilung ihres Verhaltens die besonderen Umstände der Haft berücksichtigt werden müssen. Die Anklage wurde von der Staatsanwaltschaft fallengelassen.

Die Gedenkstätte

1953 errichtete man in der Nähe der Scheunüberreste eine Gedenkstätte. In ihrem Eingangsbereich kann man lesen: „An dieser Stätte wurden in der Nacht des 13. April 1945 unmittelbar vor ihrer Befreiung 1016 antifaschistische Widerstandskämpfer von Faschisten bestialisch ermordet.“ Später hat

man die Gedenkstätte umgestaltet und die Plastik „Der Widerstandskämpfer“ aufgestellt. Bis zur „Wiedervereinigung“ besuchten jährlich 35 000 Menschen, darunter viele Jugendliche, die Gedenkstätte, um sich über die Gräueltaten der Faschisten zu informieren und der Toten zu gedenken. Nie sollte vergessen werden, was damals geschah und nie sollte es sich wiederholen.

Nach dem Ende der DDR lehnte die BRD dieses Bemühen und die Anteilnahme der Menschen als „staatlich verordnet“ ab. 1991 wurde die Ausstellung geschlossen. 22 Jahre später, im Januar 2013, haben unbekannte Täter achtzehn Kreuze aus dem Gräberfeld des Ehrenfriedhofs gerissen und zu einem Hakenkreuz gelegt. Wieder konnten sie nicht dingfest gemacht werden. Jetzt gilt die Gedenkstätte als gefährdeter Ort und wird überwacht. Nach langen, qualvollen Diskussionen und

Verhandlungen ist sie aus der kommunalen in die Trägerschaft des Landes Sachsen-Anhalt überführt worden. Die neue Dauerausstellung sollte anlässlich des 75. Jahrestages des Massakers am 13. April 2020 mit einer Rede des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier eröffnet werden. Das wurde aber wegen des Corona-Geschehens zunächst verschoben und fand im September 2020 statt. Was soll man den Familien Kauffmann und Thiele raten? Es hätte auch unser Onkel, unser Vater, es hätten auch unsere Großeltern sein können. Wie geht man damit um? Dr. Kauffmann hat sich zu seiner Verantwortung als Familienangehöriger bekannt und Licht in das Dunkel gebracht, das lange Schatten der Vergangenheit wirft, auch noch nach 76 Jahren.

Prof. Klaus Denecke
Werder (Havel)

BUCHTIPS

Matthias Krauß: In eins gespalten. Sind wir wirklich ein Volk?

Der Potsdamer Journalist Matthias Krauß hat sich in seinen Büchern „Die Partei hatte manchmal recht“ (2009), „Wem nützt die Aufarbeitung?“ (2016) und „Die große Freiheit ist es nicht geworden“ (2019) mehrfach mit der staatlichen Einheit, d. h. dem Anschluß

der DDR an die BRD befaßt. Es ging um deren Preis, den allein die Ostdeutschen zu bezahlen hatten, um die vielen positiven Dinge, von denen sie sich verabschieden mußten und um das antikommunistische, Anti-DDR-Trommelfeuer, dem sie bis heute unterliegen.

Im neuen Band „In eins gespalten“ geht es ihm

um den Klassenaspekt bei diesen Vorgängen. Er schreibt: „Wir Ostdeutschen kamen aus der sozialistischen DDR in die kapitalistische BRD, wo eine vergleichsweise stabile bürgerliche Demokratie seit Jahrzehnten funktionierte. Wo die einen alles besitzen und die anderen nichts. Wo die einen Rechte genießen und Privilegien und die anderen das nicht können. Wo die einen die Kassen füllen müssen und die anderen sie plündern dürfen. Sind wir vor dem Hintergrund der Realitäten tatsächlich ein Volk? Können wir das überhaupt sein? Es wäre also neben dem Ost-West-Verhältnis auch das zwischen Oben und Unten zu untersuchen. Zunächst müßte man die Frage beantworten: Wem nützt sie? Wem dient sie? Wozu dient sie? Wie weit geht sie? ... Haben Ostdeutsche und ihre Kinder ähnlich gute Aufstiegschancen? Oder muß man dem Historiker Jürgen Angelow rechtgeben, der in seinem Buch ‚Entsorgt und ausgeblendet‘ nachwies, daß die Karriereausichten Ostdeutscher sogar im Osten schlechter sind, immer schlechter werden und sich dieser Nachteil auf die nachfolgenden Generationen vererbt?

Gewähren die realen Machtbeziehungen im Land eine Gleichberechtigung, die eine wirkliche Einheit ermöglicht?“

Verlag Das Neue Berlin, Berlin 2021,
189 Seiten, 15 Euro

Cornelia Kerth/Martin Kutscha (Hg.): Was heißt hier eigentlich Verfassungsschutz? Ein Geheimdienst und seine Praxis

Cornelia Kerth ist Sozialwissenschaftlerin und Bundesvorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA). Martin Kutscha ist Jurist und Professor a. D.



für Staats- und Verwaltungsrecht an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, engagiert in der Humanistischen Union (HU). Beide haben den Sammelband „Was heißt hier eigentlich Verfassungsschutz?“ für ihre beiden Verbände herausgegeben.

Der Bremer Rechtsanwalt und Publizist Rolf Gössner geht in seinem

Beitrag der „Früh- und Skandalgeschichte“ des „ideologischen Inlandsgeheimdienstes“ nach. Martin Kutscha fragt: „Kampf gegen Extremismus und Terrorismus?“ Er benennt „die politisch gewollte Amtsanmaßung des Verfassungsschutzes“. Die Berliner Rechtsanwältin Antonia von der Behrens, die im Münchner NSU-Prozeß Nebenklagevertreterin war, legt dar „Wie die Verfassung im NSU-Prozeß geschützt wurde“ und schildert das am Beispiel von „V-Personen als Zeuginnen und Zeugen“. Der Politikwissenschaftler Luca Heyer, der bereits eine Studie über das neofaschistische bewaffnete Netzwerk „Hannibal“ um den ehemaligen Elitesoldaten André S. und

den Verein Uniter veröffentlicht hat, geht der Frage nach: „Ein Netzwerk für die Sicherheit der Bürger?“. Er beleuchtet in seinem Beitrag „Die Rolle des Verfassungsschutzes und anderer Geheimdienste im Hannibal-Komplex“. Klaus Stein, der als Lehrer im Ruhestand als ehemals Betroffener in der „Initiative gegen Berufsverbote“ aktiv ist, fragt: „Wer sind die Verfassungsschutze?“ Er untersucht „Die Rolle des Verfassungsschutzes bei der Berufsverbotepraxis“. Niklas Schrader (Die Linke) ist Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und äußert sich hier zur „Aufklärung‘ durch den Verfassungsschutz an Schulen“. Till Müller-Heidelberg, Rechtsanwalt in Bingen, beschreibt den „Verfassungsschutz als Richter über die Gemeinnützigkeit“. Udo Kauß, Rechtsanwalt in Freiburg im Breisgau, untersucht „Probleme der gerichtlichen Kontrolle des Verfassungsschutzes“. Die Bundestagsabgeordnete Martina Renner (Die Linke) schreibt unter dem Titel „Die Landnahme der Geheimen“: „Eine parlamentarische Kontrolle findet nicht statt.“

Im Vorwort schreiben die Herausgeber, bei jedem Terrorakt mit rassistischem oder neofaschistischem Hintergrund forderten Politiker mehr Sicherheitspersonal. Ignoriert werde dabei, „daß der Verfassungsschutz beim ‚Kampf gegen den Rechtsextremismus‘ bisher auf ganzer Linie versagt hat, ja schlimmer noch: Statt bei der Aufklärung des terroristischen Netzwerkes rund um den ‚Nationalsozialistischen Untergrund‘ (NSU) und dessen über viele Jahre anhaltende Mordserie tatkräftig mitzuwirken, wurden die polizeiliche Ermittlungsarbeit gezielt behindert und die eigene Verstrickung in die Neonaziszene durch die zahlreichen V-Leute der ‚Ämter‘ systematisch vertuscht. Auch was es mit den Verbindungen mehrerer Verfassungsschutzämter mit dem militanten ‚Hannibal-Komplex‘ auf sich hat, wirft die Frage nach der Rolle rechter Netzwerke in Teilen der Exekutive auf.“

PapyRossa Verlag, Köln 2020, 148 Seiten,
12,90 Euro



Joseph Biden meldet sich zurück. Nach acht Jahren als Vizepräsident unter Obama und nach vier Jahren Präsidentschaft eines Donald Trump ist er der neue Mann an der Spitze der USA, die der Schweizer Friedensforscher Daniele Ganser die „Skrupellose Weltmacht“ nennt. Biden steht nun an der Spitze eines Machtzentrums, das den Drohnenkrieg befiehlt, der unschuldige Menschen tötet. In dem die Ermordung Bin Ladens am Bildschirm verfolgt wurde. Das die Tötung des Iranischen Generals Soleimani anwies und ganz nebenbei der Irakische General Al-Muhadis starb. Das Julian Assange und Edward Snowden zu Staatsfeinden erklärte, weil sie die Machenschaften der US-Geheimdienste und die Kriegsverbrechen der US Army aufdeckten. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz am 19. Februar bekräftigte Biden seine „Rückmeldung“, was um so merkwürdiger ist, als doch die USA nie weg waren aus Europa und der NATO.

Das Wort „gemeinsam“ war eines der am häufigsten benutzten Worte in Bidens Rede auf der Sicherheitskonferenz. Allerdings sind Rußland und China darin keineswegs miteingeschlossen. Im Gegenteil. Offen und unwidersprochen bringt Biden die alte Strategie der USA ins Spiel: Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, wenn es Washingtons Interessen erfordern. Unwidersprochen bleibt auch der Verstoß gegen das Völkerrechtsprinzip der souveränen Gleichheit aller Staaten und das Verbot der Anwendung und Androhung von Gewalt. Daniele Ganser schreibt: „Keine andere Nation hat seit 1945 so viele andere Länder bombardiert und so viele Regierungen gestürzt wie die USA. Sie unterhalten mehr als 700 Militärstützpunkte im Ausland, exportieren die meisten Waffen und haben den höchsten Rüstungsetat der Welt! (732 Milliarden Dollar 2020) Dabei sind 39,7 Millionen Menschen, gleich 12,3 % arm. Die USA sind keine Demokratie, sondern eine Oligarchie, wo 540 Milliardäre und 300 000 Superreiche die Geschicke des Landes nach ihren Interessen bestimmen, unabhängig davon, wer dort Präsident ist. Wir sehen, daß sich die USA im Verfall befinden, und man hat oft das Gefühl, in einem Land der sogenannten Dritten Welt zu sein. Die Infrastruktur ist marode, das Gesundheitssystem ist völlig zerrüttet, das Bildungssystem liegt in Trümmern, nichts funktioniert.“

Wem will dieses Land Moral predigen, wem will es Vorschriften machen? Und die EU, die BRD inklusive, machen sich zum Juniorpartner dieser skrupellosen Weltmacht USA.

Horst Nörenberg, Potsdam

Im Corona-Supergau und der Nawalny-Schmierkomödie ist eine entlarvende außenpolitische Entscheidung des „Wertewestens“ der Öffentlichkeit

vorenthalten worden: Die NATO hat das Verbot von Atomwaffen kollektiv abgelehnt. „Mit Rußland muß aus einer Position der Stärke heraus verhandelt werden. Das war schon immer eine gute Tradition deutscher Außenpolitik“, fabulierte Annegret Kramp-Karrenbauer im Bundestag im November vergangenen Jahres. Soll heißen: Dazu brauchen wir Atomwaffen, weil der Russe ja praktisch vor der Tür steht. Es schert überhaupt nicht, daß Artikel 26 des Grundgesetzes das Verbot von Angriffskriegen und die Lieferung von Waffen in Krisengebiete festlegt. Dabei stehen die Grünen mit Baerbock und der Böll-Stiftung fest an der Seite von Maas, der nichts vom Atomwaffenverbot hält, und der transatlantischen Kriegstreiber. Was ist nur aus der Sonnenblümchen-Partei geworden? Verdächtig wurde es mir, als der Turnschuhminister, dessen erste Amtshandlung es in Berlin gewesen sein soll, die Beteiligung von ostdeutschen Firmen bei der Einrichtung seines Büros zu untersagen, deutsche Soldaten zur „Verteidigung westlicher Werte“ an den Hindukusch schickte.

Als Heilmittel gegen Kriegsbeschlüsse könnte ein Vorschlag dienen, den ich im Netz fand: Befürworter von Angriffskriegen in fremden Ländern sollten für mindestens einen Monat ins Praktikum an die Front kommandiert werden. Vielleicht würde das die neokoloniale Großmäuligkeit der Groko dämpfen. Die Wünsche der kaiserlichen Soldaten in Remarques „Im Westen nichts Neues“ im Trommelfeuer an der Somme waren wesentlich radikaler: Sie wollten im Sportstadion auf der Tribüne zusehen, wie die Minister beider Seiten in Turnhosen mit Knüppeln den Konflikt austragen würden.

Dr. Gerd Machlett, Siedenbollentz

Die jüngsten Anstrengungen der EU, Rußland mit weiteren Sanktionen zu disziplinieren, haben mich nachdenklich gemacht. Es ist verwirrend zu beobachten, daß in außenpolitischen Erklärungen zumindest verbal erkannt wurde, daß Rußland kein Kindergarten ist und gut gepflegte Kontakte von Vorteil für Deutschland sein können. In der realen Politik aber verhalten sich Deutschland, die EU und die USA allerdings so, als sei dieses Land ein Kindergarten und die ungezogenen Kinder bedürften ständig einer strengen Erziehung auf der Grundlage der allein seligmachenden „westlichen Werte“. Der Außenminister geht mit vorausweisendem Gehorsam sehr dynamisch voran. Hält er sich etwa für den Erziehungsberechtigten gegenüber dem Riesenreich? Natürlich stets die Erlaubnis der USA voraussetzend. Werden solche Fehleinschätzungen vielleicht dadurch begünstigt, daß Deutschland schon wieder Panzer und Soldaten nahe der russischen Grenze stationiert hat?

Jürgen Barz, Wismar

Die USA präsentieren sich auch im weltweiten Informationskrieg als die Führungsmacht in der EU, vornehmlich in Deutschland. Dabei werden Medien, Nichtregierungsorganisationen, Parteiführungen und Wirtschaftsvereinigungen entsprechend beeinflußt und eingebunden. Hat man Deutschland „unter Kontrolle“, hat man auch die EU im Griff. Entscheidend für Washington ist es, eine Annäherung Deutschlands an Rußland erfolgreich zu verhindern, was offenbar die in elitären Etagen gewissermaßen mit der Muttermilch verinnerlichte Russophobie erleichtert. Die USA haben und werden weiter ihre Machtapparate zur Erreichung und Sicherung ihrer Weltherrschaftspläne rigoros einsetzen. Deshalb auch die paranoide Hochrüstung, mit der die Vereinigten Staaten den Weltfrieden aufs Spiel setzen.

Aber auch daran beteiligt sich der BRD-Vasall freudig mit 2 % der Wirtschaftsleistung, mehr als z. Z. des Kalten Krieges. Man will es seinen Herren schon recht machen.

Die Beeinflussung und Abhängigkeit ist sowohl in der Außen- wie der Innenpolitik allgegenwärtig. Da werden keine propagandistischen Mittel bis hin zur Finanzierung übelster Lügen (Vergiftung Nawalnys oder Putins Schloß) ausgelassen. So hält man seinen Hofhund BRD an der kurzen Kette, denn in Übersee befürchtet man, daß das wiedererstandene Großdeutschland davon träumt, das zu erreichen, was es 1945 verlor. Die BRD als europäische Führungsmacht könnte dann neben China und Rußland ein zusätzlicher Konkurrent werden, wenn es um die Verwirklichung der USA-Weltherrschaftspläne geht. All diese generalstabsmäßigen Machtspiele, die dem kapitalistischen System eigen sind, haben zur Folge, daß fortschrittlichen gesellschaftlichen Entwicklungsformen immer mehr die Luft abgeschnürt wird. Der Bogen ist überspannt.

Bernd Schruppf, Erfurt

Wie erwartet wies der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte am 16. Februar 2021 die Klage eines Afghanen zu dem Bombenangriff am 4. September 2009 am Kundus ab. Der deutsche Oberst Klein – später Brigadegeneral – ordnete die blutigste deutsche Militäraktion nach dem Zweiten Weltkrieg an. Der Angriff kostete 142 Menschen das Leben, darunter waren Kinder. Die beiden entführten Tanklastzüge waren im Fluß Kundus stecken geblieben. Afghanen entnahmen den Fahrzeugen Treibstoff. Obwohl für den acht Kilometer entfernten Stützpunkt der Bundeswehr keine Gefahr bestand, wurde bombardiert. In dem Krieg, der seit 20 Jahren Afghanistan heimsucht, geht es um mehr. Das Land hat gemeinsame Grenzen mit der VR China, Pakistan und dem Iran. Deren Einfluß soll verhindert werden. Immerhin stehen „westliche Werte“ auf dem Spiel. Daß dazu auch die Ausbeutung der reichen Vorkommen an strategischen Rohstoffen wie Lithium, Kobalt oder Kupfer gehört, versteht sich von selbst. Das verteidigt die Bundeswehr, da sind Tote Kollateralschäden. Der einstige Bundespräsident Köhler und der SPD-Politiker Struck wußten genau, warum deutsche Interessen auch am Hindukusch verteidigt werden. Deshalb soll der NATO-Krieg nach dem Willen der Bundesregierung mit deutscher Teilhabe weitergehen. Das Doha-Abkommen ist Geschichte. Die Interessen der Afghanen bleiben Sache der unterschiedlichsten Taliban.

Wilfried Schubert, Güstrow

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion der CDU kümmert keine Kultur und Bildung der Bevölkerung. Sie hat nur den funktionierenden Konsumenten im Blick und da bietet das Privat-TV effektive Hilfe mit pausenloser Gehirnwäsche, sprich Werbung. ARD und ZDF mit den 3. Programmen strahlen noch in Teilen und meist zu nächtlicher Stunde zu viel politische Inhalte sowie kritische Magazine aus, was dem Umsatz abträglich sein kann. Leider haben sich die vom Beitragszahler finanzierten öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten bei der „Quotenjagd“ mit allabendlicher Mördersuche, Arztmärchen und niveaulosen Schmonzetten zur besten Sendezeit vom einst vorgegebenen Bildungsauftrag immer weiter entfernt. Unbestritten ist, daß das Medium TV noch vor Legislative, Judikative und Exekutive den größten Einfluß auf Wähler besitzt und deshalb vor „unbedachten“ Schritten zur Erhöhung des Niveaus des Programmangebots bewahrt werden

muß. Erinnert sei an Adenauers Versuch 1961, das TV ganz ungeniert als Staatsfunk zu betreiben, den das Bundesverfassungsgericht in einer seiner Sternstunden klar zurückwies.

Richard Jawurek, Markkleeberg

Bilderstürmer sind im weitesten Sinne Personen, die aus politischer oder weltanschaulicher Intoleranz handeln. So geschehen am 24. Februar in Halle. Im Stadtrat lehnte eine Mehrheit die Benennung des neuen Planetariums nach dem ersten Deutschen im All, Sigmund Jähn, ab. Diese Haltung erinnert an die Bilderstürmerei im 16. Jahrhundert. Begründung: Jähn sei Repräsentant des DDR-Regimes gewesen. Offizier der NVA war er auch, und in der SED. Nach der „Wende“ habe er sich weder von der DDR noch der SED distanziert.

Das reicht allemal, die Verdienste Sigmund Jähns um die Luft- und Raumfahrt zu ignorieren. Ich frage mich, geht es hier überhaupt um die Person Sigmund Jähn oder eher darum, wieder einmal ein Stück DDR-Identität verschwinden zu lassen? Von dem griechischen Dichter Aischylos stammt der Satz: „Nur wenn die Sieger Tempel und Götter des Besiegten achten, dann vielleicht erliegen sie nicht dem eigenen Sieg.“ Diese Mahnung scheint den Akteuren in Halle nicht bekannt zu sein.

Wilfried Steinfath, Berlin

Täve Schur auf einer ganzen Seite des RF zu würdigen, habe ich mit Freude und Dank aufgenommen. Diese herausragende Persönlichkeit war ein toller Sportmann und ein im Umgang mit anderen Menschen aufgeschlossener und freundlicher Mensch. So zielstrebig wie im Sport arbeitete er auch an seiner späteren beruflichen Entwicklung. Er setzte sich aktiv für das Gedeihen des neuen Staates, der DDR, ein. Besonders dem Frieden und der Schaffung eines neuen Menschenbildes fühlte er sich verpflichtet. Vor allem ehrt ihn, daß er seiner humanistischen Grundhaltung bis heute treugeblieben ist und aus seiner Verbundenheit zu seinem Heimatland kein Hehl macht.

Daß solche Menschen in der BRD oft ausgegrenzt werden, erleben wir aktuell in der Debatte zur Namensgebung des neuen Planetariums in Halle/Saale. Teilweise mit Schaum vor dem Mund versuchen Ewiggestrige zu verhindern, daß sie den Namen „Sigmund Jähn“ erhält. Aus meiner Sicht gibt es nicht einen einzigen wirklichen Grund, diesem verdienstvollen Menschen eine solche Ehrung zu verweigern, aber viele Gründe die Einrichtung mit seinem Namen zu schmücken.

Reinhardt Koblichke, Aschersleben

In einem Brief zur Entscheidung des Stadtrates von Halle, dem neuen Planetarium den Ehrennamen „Sigmund Jähn“ zu verweigern, wandte sich unser Leser Raimon Brete an den Oberbürgermeister von Halle, den wir gekürzt abdrucken:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Was hindert Stadträtinnen und Stadträte von Halle daran, den auch für die Stadt traditionsreichen Namen für das Planetarium fortzuschreiben? Was verstellt ihnen den Blick auf einen Mann, der durch Leistung und Bescheidenheit Bedeutendes als erster deutscher Kosmonaut geleistet hat? Warum soll sein weltweit anerkanntes Wissen, Können, Fleiß und Arbeitseifer einer „Halleschen Anerkennung“ entgegenstehen oder will man ein Verdikt? Vergegenwärtigen Sie sich bitte der öffentlich nachdrücklichen und äußerst freundlichen Anerkennung

des Menschen Sigmund Jähn durch die deutschen und internationalen Astronauten!

Wie wenig der Stadtratsbeschuß auf Verständnis bei Bürgerinnen und Bürgern stößt, zeigen u. a. veröffentlichte Meinungen in den unterschiedlichsten Medien. Den in den öffentlichen Debatten pro „Sigmund Jähn“ mehrheitlich vorgetragenen Argumenten kann nur zugestimmt werden.

Die bisher im Stadtrat von Halle getroffene Entscheidung trägt nicht zur Befriedung, sondern untrüglich zur weiteren Verfestigung der Spaltung der Gesellschaft, vor allem im Osten, bei. Tief betroffen von der bislang getroffenen Entscheidung möchte ich Sie bitten, diesen Beschluß noch einmal gründlich zu überdenken.

Raimon Brete, Chemnitz

Zu „Der Westen will Unterordnung“, RF 277, S. 3
Die Polemik von Alexander S. Neu gegen das Papier von Matthias Höhn unterstütze ich voll. Es gibt nur eine kleine Differenz. Für mich war die Wiedervereinigung der Krim mit Rußland nicht völkerrechtswidrig. Meines Erachtens kann man dem Verbot der Separierung von Gebieten den Vorrang geben, umgekehrt aber auch das Selbstbestimmungsrecht des Volkes an die erste Stelle setzen.

Dr. Kurt Laser, Berlin

Seit Jahren überschwemmt die EZB die EU mit riesigen Finanzmitteln zum Nullzins-Tarif. Über die Sinnfälligkeit dieser Maßnahme gibt es unterschiedliche Auffassungen.

Beabsichtigt soll ja sein, auf diese Weise Unternehmen dazu zu bringen, Kredite aufzunehmen, damit zu investieren und so die Wirtschaft anzukurbeln. Das hat aber nicht funktioniert. Mit dem Geld wurde auf den Finanzmärkten spekuliert, die Finanzblase weiter vergrößert.

Sinnvoller wäre es gewesen, zinslose Kredite aufzunehmen, um damit Brücken, Straßen, Schulen usw. zu sanieren, die Digitalisierung voranzutreiben, den Nahverkehr und die Bundesbahn auszubauen, zusätzliche Studienplätze zu schaffen etc.

Leider wird das nicht gemacht. Begründet wird das mit der „Schwarzen Null“. Doch nun hat die Regierung wegen der Corona-Pandemie Schulden en masse aufgenommen. Und wer soll sie abtragen? In der „plusminus“-Sendung vom 17. Februar wies Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes, darauf hin, daß die 116 Milliardäre in Deutschland im vergangenen Jahr ihr Gesamtvermögen von 500 auf 595 Milliarden Euro steigern konnten. Auch darauf, daß die Zahl der Millionäre in Deutschland während der Corona-Zeit auf inzwischen 2 200 gestiegen ist.

Diese Krisengewinner müssen adäquat an der Schuldentilgung beteiligt werden. Es darf doch nicht sein, daß von Kurzarbeit Betroffene finanzielle Einbußen haben, viele Selbständige vor dem finanziellen Aus stehen und die Superreichen noch reicher werden.

Wolfgang Reinhardt, Nordhausen

Nach der Ver(hö)hnung der weltweiten Friedensbewegung und des eigenen friedenspolitischen Parteiprogramms durch den sicherheitspolitischen Sprecher der PDL-Fraktion im Bundestag beschloß der Parteivorstand nun auch noch eine antisolidarische Erklärung gegen das sozialistische Kuba. Es fehlt nur noch die Proklamation dieses Gremiums und seiner Bundestagsfraktion: „Wir geben auf, links zu sein.“ Wie geschichtsblind, aber dafür um so arroganter, urteilen und entscheiden Mitglieder in den Vorständen der Linkspartei und der Führung ihrer Fraktion im

Bundestag über die innenpolitischen Angelegenheiten von Staaten, die trotz fortlaufender Aggressionen durch die USA und der EU am Ziel eines sozialistischen Gesellschaftssystems festhalten? Kuba ist gegenwärtig neben China und Vietnam das Fanal sozialistischer Entwicklung, die sich auch die Partei „Die Linke“ auf ihre Fahne geschrieben hatte. Aber die Hoffnung, daß die Parteiführung konsequent darauf hinarbeitet, schwindet für ihre Mitglieder, Sympathisanten und Wähler mehr und mehr.

Sie fragen sich: Ist die „Die Linke“ als Alternative zur CDU/CSU, den „Grünen“ und der SPD bei den Bundestagswahlen im Herbst dieses Jahres überhaupt noch wählbar, wo sie doch immer mehr von früheren Positionen abrückt? Spielt sie damit nicht der AfD in die Hände, die Teile linker sozialer Forderungen und Ziele relativ erfolgreich propagandistisch verwertet? Was bewegt führende Funktionäre dieser Partei, sich von ihrem eigenen Programm zu lösen und sich Kräften anzubiedern, die alle Versuche, eine Systemveränderung in Richtung sozialistischer Gesellschaft anzupeilen, mit all ihrer kapitalen Macht unterbinden will? Geht es ihnen noch um die Menschen oder spekulieren sie nur mit lukrativen Posten in einer kapitalhörigen Bundesregierung nach der Bundestagswahl im Herbst dieses Jahres? Lautstarke Aufschreie aus der Basis der Partei gegen ihre „Oberen“ müßten erschallen, wenn sie politischen Schaden von ihrer Partei abwenden will.

Manfred Wild, Berlin

„Alle seien in die Linke eingetreten, weil sie sich über Armut empörten, Ungerechtigkeit nicht hinnehmen wollten, den Krieg verachteten und wußten, daß der Faschismus nie wieder siegen dürfe.“ So wird Janine Wissler, die eine neue Kovorsitzende der Partei Die Linke von der Presse zitiert. Das ist ein begrüßenswerter Standpunkt, wozu es jedoch noch keiner linken Positionen bedarf. Dieses Bekenntnis wird in der Mitgliedschaft vermutlich aller Parteien in Deutschland verbreitet zu finden sein. Was seit langem fehlt, sind orientierende, programmatische und verbindliche Aussagen für den Kampf zur Beseitigung der Ursachen für Krieg, Faschismus, Armut und Ungerechtigkeit. Stattdessen ist der Wille zur Beteiligung an einer Bundesregierung an vordere Stelle gerückt.

Was das bedeutet, hat in der Vergangenheit das Handeln vorgeblich linker Politiker in Beteiligung an Landesregierungen und bei Großstadtregerungen gezeigt. Mecklenburg-Vorpommern: Verbleib in der Regierungskoalition trotz gravierenden Verstoßes gegen den Koalitionsvertrag durch die SPD. Stadt Dresden: Verkauf kommunaler Wohnungen. Berlin: Verlassen der Tarifgebundenheit der Angestellten. Thüringen: Verurteilung der DDR als Unrechtsstaat. Es gibt etliche andere Beispiele. Die Wirkung war in entlarvender Regelmäßigkeit der Verlust der Wähler. Ganz besonders ist die Frage von Krieg und Frieden ein Lackmestest für linke Positionen. Wer ernsthaft gegen Krieg ist und doch im Bund mitregieren will, müßte in einer Bundesregierung auch die Ursachen dafür beseitigen, die NATO-Mitgliedschaft beenden, die Soldaten aus dem Ausland zurückbeordern, den Rüstungsexport stoppen und die Einhaltung entsprechender UN-Beschlüsse gegenüber den anderen Mitgliedern der UNO fordern, ungerechte Sanktionen (z.B. gegen Kuba oder Rußland) aufheben, die Militarisierung der EU stoppen und die militärische Eskalation gegen andere Länder beenden. Sofort müßten die Stationierung von Atomwaffen in Deutschland aufgekündigt und die Bereithaltung der Trägerwaffen in der Bundeswehr

durch Verschrottung beendet werden. Das sind nur einige der vielen, auf der langen Liste von Sofortmaßnahmen stehenden Schritte in linker Regierungsverantwortung.

Auch innenpolitisch wären eine Menge weiterer Sofortentscheidungen und entsprechende gesetzliche Maßnahmen notwendig, sei es das Hartz-IV- oder Renten-Unrecht, sei es die Steuergerechtigkeit, der Mindestlohn, die Leiharbeit und anderes mehr. Vor allem aber geht es um Verantwortung in der Bekämpfung der Rechtsentwicklung in der BRD. Natürlich kann nichts davon in Minderheitsbeteiligung auf Bundesebene durchgesetzt werden. Entschuldigendes Schulterzucken würde die Konsequenz sein: „Wir waren zwar dagegen, aber wir konnten uns leider nicht durchsetzen. Zumindest aber haben wir es versucht.“ Mitregieren wollen bedeutet Verrat an den eigenen Grundsätzen.

Volkstümlicher ausgedrückt: Kumpanei wird Lumperei.

Renato Lorenz, Berlin

Die tiefen Wasser der Linkspartei geraten einmal wieder vor den Bundestagswahlen in Bewegung und lassen Unruhe an der Oberfläche sichtbar werden. Der Vorstand der Partei hat sich ganz offen mit dem im Januar gefaßten Beschluß, dem 90 Prozent der Vorstandsmitglieder zustimmten, gegen die Kuba-Solidarität der letzten Jahre gewandt. Das kann nur als ein Kniefall gewertet werden, um bei möglichen Koalitionspartnern SPD und Grünen punkten zu können.

Das darf nicht ohne entschiedenen Widerstand der Parteibasis hingenommen werden. Wir, die Älteren und Mitglieder von Cuba si, haben nicht vergessen, daß die gegen das sozialistische Kuba vertretene Grundhaltung der PDS-Fraktion im Europaparlament schon 2003 Wellen schlug, als die Fraktionsvorsitzende Gabi Zimmer und die Mehrheit der Fraktion für eine Resolution der Verurteilung Kubas wegen angeblicher Verletzung der Menschenrechte, die von den spanischen Franquisten eingebracht wurde, stimmten. Die „taz“ zitierte Gabi Zimmer mit dem Satz: „Castro, Mauer auf!“ Oder: „Mich fasziniert der morbide Charme des untergehenden Castro-Regimes.“ Den venezolanischen Präsidenten Hugo Chavez nannte sie einen „falschen Freund für Cuba“ und „Polithasardeur“.

Verstärken wir unsere Solidarität mit dem revolutionären Kuba, entlarven wir die sogenannte kritische Solidarität mit diesem Land als das, was sie in Wirklichkeit ist: ein Einfallstor der samtenen Konterrevolution in Eintracht mit den Gegnern des Völkerrechts und den Feinden Kubas.

Karl Scheffsky, Schwerin

Zu Dr. Bernhard Majorow: Tschekisten in der Konterrevolution, RF 277, S. 15

Mit Freude und Dankbarkeit habe ich den Beitrag zur Rolle der Tschekisten aufgenommen und möchte ihn mit eigenen Erlebnissen belegen. So wie ich werden es 1989 alle Beteiligten empfunden haben. Wir standen plötzlich vor dem Scherbenhaufen unserer Ideale. Wie konnte man soziale Sicherheit, eine Gesellschaft des Gemeinsinns und des kollektiven Miteinander für eine Welt des Ellenbogendenkens, der Herrschaft der „Besitzenden“ über die der „Besitzlosen“ eintauschen? Doch die Versprechungen von „blühenden Landschaften“ wirkten und zeigten unter vielen Bürgern verlockende Wirkungen.

So verloren wir eine historische Chance, die sich uns so schnell nicht wieder bieten wird. Aber es waren nicht nur der Verlust unserer Ideale und der Verlust

unserer sozialen und ökonomischen Basis, mit dem wir konfrontiert waren. Die Einverleibung der DDR durch die BRD wurde von Beginn an mit einer Welle von Verleumdungen, sogenannten Enthüllungen und schlimmsten Verdächtigungen gegen uns überflutet, für die es kein Maß gab, weder Objektivität noch Anstand. Es schien wie ein Wetteifern, wessen „Enthüllung“ die des anderen übertraf, mit der man sich einkaufen konnte in die neue Gesellschaft. Nur langsam verstanden wir: Diese Methode hat System. Es ging darum, das gesellschaftliche System der DDR zu verteufeln, damit es als Alternative zum kapitalistischen Gesellschaftsmodell der BRD für alle Zeiten ausgeschaltet wird.

Einige Wochen nach der Grenzöffnung meinten Spitzenpolitiker der PDS, daß es nun darauf ankäme, das „Ansehen der Partei“ zu retten. Für die entstandenen Probleme in der DDR hatte man die „Schuldigen“ schnell zur Hand. Das waren wir, die Mitarbeiter des MfS. Diejenigen also, welche die von der Partei gewiesene Linie absicherten und Verantwortung trugen. Dafür standen wir ja schon seit Jahrzehnten in BRD-Medien im Ruf, die „Inkarnation des Bösen“ zu sein.

Ich erinnerte mich, eine ähnliche Szenerie Jahrzehnte zuvor erlebt zu haben. Bereits Ende der 50er Jahre hatten wir in der Parteileitung der Bezirksverwaltung des MfS in Neubrandenburg zusammen mit der Bezirksstaatsanwaltschaft festgelegt, jedes Strafverfahren zu geheimdienstlichen Handlungen gegen die DDR vor den Arbeitskollektiven oder in Wohngebieten auszuwerten und zu beweisen. Das wurde stets mit großem Interesse aufgenommen und bald DDR-weit mit großen Wander-Ausstellungen fortgesetzt. Da in den dargestellten Strafverfahren aber oft auch Parteimitglieder involviert waren oder ihr Fehlverhalten mit aufgedeckt wurde, fand diese gut gemeinte Öffentlichkeitsarbeit jedoch bald ein jähes Ende. Solche Veranstaltungen wurden mit der Begründung untersagt, daß das „Ansehen der Partei“ nicht beschädigt werden dürfe. Die Folge war, daß derartige Sachverhalte nicht mehr an die Öffentlichkeit gelangten. Daß damit aber der Gerüchteküche Tür und Tor geöffnet und der Gegenseite für ihre Entstellungen und Verdächtigungen leichtes Spiel geboten wurde, wollte niemand sehen. Nach und nach stand nicht die vom Westen inszenierte Tätigkeit gegen die DDR wie Wirtschaftsstörungen, Spionage, Brandstiftungen, gezielte Abwerbungen von Fachkräften usw. am Pranger, sondern wir, die wir bemüht waren, das zu verhindern.

Das gleiche Bild zeigte sich im Zusammenhang mit oppositionellen Handlungen. In Informationen, die an das Zentralkomitee gingen und selbst auch in individuellen Beratungen mit führenden Parteifunktionären wurden immer wieder Forderungen erhoben, vermeintlich oppositionelle Kräfte nicht mit geheimdienstlichen, sondern politischen Mitteln zu begegnen. So hatte auch der damalige Bezirkschef des MfS von Berlin, Dr. Wolfgang Schwanzitz, noch 1988 in Beratungen mit dem damaligen 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED Berlin, Günter Schabowski, auf diese Verantwortungslage hingewiesen, was strikt zurückgewiesen wurde. Heute gehören maßgebliche Funktionäre der Partei Die Linke zu jenen, die nicht müde werden, die DDR als „Unrechtsstaat“ zu diffamieren.

Dr. Heinz Günther, Berlin

Ich habe mit sehr großem Interesse den Artikel „Tschekisten in der Konterrevolution“ von Dr. Bernhard Majorow im Februar-RF gelesen.

Ich bin Jahrgang 1963 und wollte auch meinen

Beitrag zur Sicherung unserer DDR leisten. Mein Wunsch war es, wenigstens drei Jahre zu dienen und das beim Wachregiment „Felix Dzierzynski“. Mein Vater war zu diesem Zeitpunkt Major der Grenztruppen in Kleinmachnow, mein Bruder Leutnant bei den Luftstreitkräften.

Die Genossen fragten mich, ob ich mir auch vorstellen könnte, als Berufssoldat im MfS, speziell in der HA VI, Paßkontrolle, zu arbeiten. Ich bat mir Bedenkzeit aus. Letztendlich war es dann der Dienst in Grenztruppenuniform. Ich empfand es als Ehre, daß man mich damals auserwählt hatte.

Von 1982 bis 1989 war ich an der Grenzübergangsstelle Drewitz im Dienstgrad eines Leutnants in der Personenkontrolle beschäftigt. Ich habe dort in der Grenzpassage erlebt, wie übel der Kapitalismus mit seiner Arbeitslosigkeit, Drogenproblematik, Business funktioniert.

Mitte der 80er Jahre kamen dann mit Gorbatschow Perestroika und Glasnost auch auf uns zu. Die Bürger wurden immer unzufriedener. Der Druck auf die Staatsgrenze wuchs von Jahr zu Jahr. Schleusungen nahmen zu. Doch die Partei- und Staatsführung der DDR zeigte sich dieser Entwicklung nicht gewachsen.

Frank Sterzinger, Königs Wusterhausen

Mich hat der Inhalt eines Buches fasziniert, das symptomatisch für den Umgang der Machteliten der BRD bei der Zerschlagung der materiellen, wissenschaftlich-technischen und geistig-kulturellen Grundlagen des Sozialismus in der DDR nach 1990 steht: „Der Fall Wilhelm Krelle“

Jürgen Rambaum und seine beiden Mitautoren haben es sich zur Aufgabe gemacht, diesen „Fall“ an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt Universität zu Berlin zu untersuchen. Der ehemalige SS-Generalstabsoffizier, SS-Sturmbannführer Wilhelm Krelle, von 1958 bis zu seiner Emeritierung 1982 Professor für Wirtschaftliche Staatswissenschaften an der Universität Bonn, wurde mit der Aufgabe betraut, die renommierte Humboldt-Uni von der „staatsnahen DDR-Intelligenz“ zu „säubern“. Und er machte es gründlich. Sein verbrieftes Leitspruch war: „Kein Marxist wird seinen Fuß über die Schwelle dieses Hauses setzen, solange ich hier das Sagen habe.“

Er befand 170 DDR-Wissenschaftler – teils mit hoher internationaler Reputation – als unzumutbar für das bundesdeutsche Demokratieverständnis, feuerte sie und fällte damit ihr berufliches Todesurteil. Auch dafür wurde der Bundesverdienstkreuzträger Krelle mit der Ehrendoktorwürde der Humboldt-Universität geehrt.

Ich habe dieses Buch mit viel Interesse und großem Gewinn gelesen und kann es unbedingt weiterempfehlen. Es ist im Verlag am Park unter der ISBN-Nr. 978-3-947094-47-9 für 15 Euro zu beziehen.

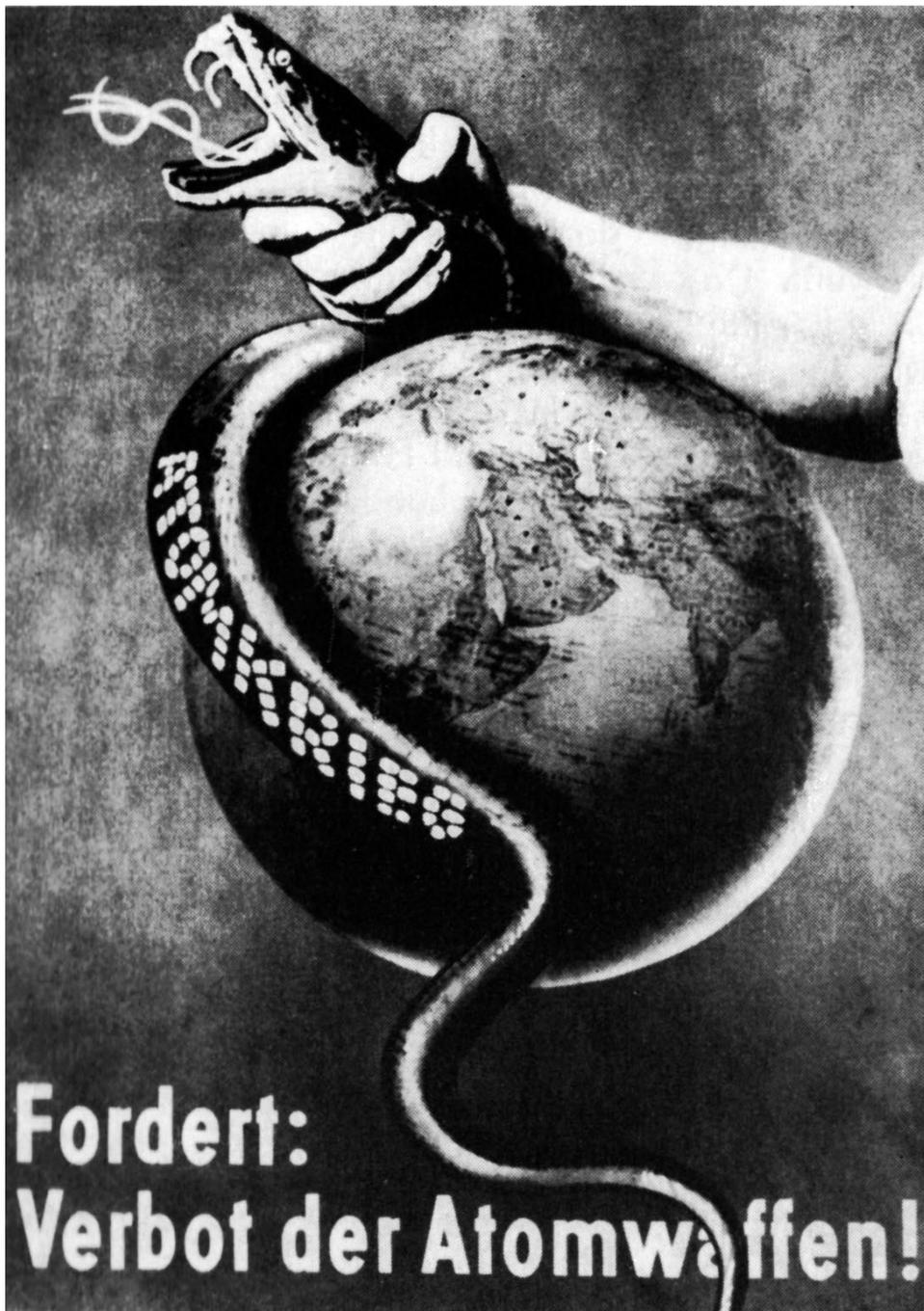
Wolfgang Rausch, Wandlitz

Ich möchte ein zwar schon etwas älteres, aber immer noch aktuelles Büchlein empfehlen, das mich sehr bewegt.

Im Verlag Wiljo Heinen erschien im Jahr 2013 vom Verfasser Slov ant Gali „Gemeinschaft der Glückseligen – Wie wir die Welt wollen“. Mit viel Herz und Humor, aber auch Ernsthaftigkeit und wissenschaftlichem Anspruch beleuchtet der Autor unsere Weltanschauung, den Sozialismus, den Kapitalismus und die zukünftige Gesellschaft, die uns allen am Herzen liegt.

Es ist für 5 Euro bei <https://www.gutes-lesen.de/laden/glueckssuechtig/> zu erwerben.

Bernd Gnant, Geithain



John Heartfield,
DDR 1955

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0160-238 30 85
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Rüdiger Serinek

Herstellung: Druckerei Gottschalk

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Matin Baraki
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Prof. Dr. Achim Dippe
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Bernd Gutte
Helmuth Hellge
Wolfgang Herrmann (Dreesch)
Dr. Ralf Hohmann
Lutz Jahoda
Rico Jalowietzki
Uli Jeschke

Dr. Kurt Laser
Prof. Dr. Anton Latzo
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Wolfgang Metzger
Jobst-Heinrich Müller
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Innsbruck)
Heinz Pocher
Hans Schoenefeld
Prof. Dr. Rolf Sieber
Peter Steiniger
Johann Weber
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)
Edda Winkel

Künstlerische Mitarbeit:

Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030-983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net

oder Heiner Brendel
Tel. 030-654 45 94
Gerald Umlauf, Aribert Schilling u. v. a. m.

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030-241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen: Jürgen Claußner
Postfach 52 02 23, 12592 Berlin
Tel. 030-427 27 66

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXX

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.